

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnent: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Beitungs-
 Verordnungen für 1901 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühren
 beträgt für die sechsheftigen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Verlags-
 und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 22. Februar 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die politische Lage in Spanien.

Madrid, den 18. Februar.

Wenn man allein nach dem Lärm und den Tumulten, die in den letzten Tagen in den meisten hauptsächlichsten Städten dieses Landes stattgefunden haben, sowie nach den Berichten der Depeschen-Agenturen und der bürgerlichen Blätter urteilt, sollte man glauben, wir ständen vor einem hochbedeutenden politischen Systemwechsel. Doch dem ist nicht so, wie nur zu bald die Ereignisse lehren werden.

Hauptsächlich ist die Aufregung dem Ungeheiß der Partei geschuldet, die gegenwärtig regiert, den Konservativen. Sie richtet sich zunächst gegen die Königin-Regentin, weil diese die Heirat der Prinzessin von Asturien, der Thronerbin (nach dem Ableben des jugendlichen Königs, D. N.) mit Don Carlos von Bourbon genehmigt hat, dem Sohn des Grafen von Caserta, einer Person, die sich im letzten Bürgerkrieg als Parteilager des Präsidenten Carlos VII. ganz besonders hervorgetan hat. Dazu kam die Unklugheit, den Studenten Ferien zu geben mit der Begründung, es gehe um die Ehre der Heirat der Prinzessin, und ferner die Tollkühnheit, daß man dem Grafen zu der Hochzeitsfeier hierher kommen ließ, obgleich man wußte, wie unbeliebt er hier infolge seiner reaktionären Vergangenheit ist.

Doch können diese Vorkommnisse nicht als alleinige Ursachen gelten. Man muß mit in Betracht ziehen, daß das jetzige Ministerium, das nur zu dem Zweck gebildet ist, die Heirat der Prinzessin zu ermöglichen, einen durchaus kerisalen und reaktionären Charakter trägt. Sein Chef, der General Aguirre, ist ein noch größerer Freund der Kirche, als der Kaiser, und der Minister des Innern, Senor Magate, gehört zu den eifrigsten Gründern katholischer Arbeitervereine, während der Justizminister, Marquis von Badillo, als Freund und Beschützer der Aristokratie bekannt ist. Ferner muß man berücksichtigen, daß man im Volk die Heirat der Prinzessin mit der Gunst verknüpft, der sich im königlichen Palast die Würdenträger der Kirche und die Mönche erfreuen, daß die seitige Ausbreitung der Orden, die sich neuerdings sogar mit industriellen Unternehmungen befassen, in großen Teilen des Landes mit Unwillen verfolgt wird, der hier durch die Aufführung des Dramas „Electra“ des berühmten Romanisten Pérez de Galdos noch gesteigert wurde. Bleibt man alles dies in Betracht, wird man leicht verstehen, wie die erwähnte Tölpelhaftigkeit der konservativen Regierung der heute sich geltend machenden Erregung freie Bahn schuf.

Die Studenten, die mit wenigen Ausnahmen in unsrem Lande weit mehr für Estandalieren eingenommen sind, als für ein ernstliches Studium, protestierten, beeinflusst durch die Campagne, die man im Parlament und in der Presse gegen die Heirat führte, sowie durch die an die Aufführung des Galdos'schen Dramas sich anschließenden Manifestationen, gegen die ihnen aufgesetzten Ferien, — und es blieb nicht beim bloßen Protestieren; als der erste Tag der Ferien herankam, demonstrieren die Studenten auf den Straßen und hörten nicht auf zu toben, bis man den Belagerungszustand verhängte. Und nachdem einmal Madrid den Aufruhr gegeben, folgten auch die übrigen Universitätsstädte nach. Die Aufregung wurde allgemein.

Als in Madrid der Tag kam, an dem der Graf von Caserta eintraf, piff ihn die Menge am Bahnhof aus und brachte Hochs auf die Freiheit aus. Die kommenden Tage vergnügte man sich dann damit, einige Klöster mit Steinen zu bewerfen, bis die Sicherheitswachen, denen es nicht gelingen wollte, die erregten Haufen zu zerstreuen, Hilfe herbeiriefen.

Den Studenten schlossen sich allerlei Laffen und halbwildliche Jungen an; der Demonstrationen, die sich aus revolutionären Gründen an den Tumulten beteiligten, sind recht wenige und ihre revolutionären Absichten sind der Art, wie jene der Jahre 1864 und 1868. — heute ganz unmaßgebliche Ziele, denn die politischen Verhältnisse haben sich seitdem gründlich geändert. Und daselbe gilt von der Bewegung in den Provinzen. Auch hier wird sie von denselben Elementen getragen und verfolgt dieselben Tendenzen. Eigentliche Arbeiter haben sich nur in wenigen Städten und in schwacher Zahl den Tumultuanten angeschlossen. Und das ist nur natürlich. Weder verfolgen die Demonstrationen einen bestimmten Plan, noch steht an der Spitze der erregten Bevölkerungsteile irgend eine durch freiherrliche Anschauungen bekannte Persönlichkeit, noch sind die Leiter der Parteieinstellung zu nehmen. In Madrid scheinen einige: „Sie soll nicht heiraten!“, andre: „Die Mönche müssen sterben!“, wieder andre: „Es lebe die Republik!“ — alles bunt durcheinander. In einem der Abende drang hier ein großer Haufe der Demonstranten in ein Theater, in dem man die melodramatische Parodie „Die Marcellaine“ spielte. Die toll applaudierten die Eindringlinge dort der Vorstellung, und doch ist diese Parodie, welche unsren „Revolutionären“ so herrlich gefiel, von den Socialisten mehrfach ausgetrampelt worden, denn sie ist nichts als eine gemeine Verhöhnung freiherrlicher resp. fortschrittlicher Anschauungen.

Der Beweis, daß die Agitation sich hauptsächlich auf standal-fällige bürgerliche Elemente stützt, ergibt sich schon daraus, daß bisher nur wenig Blut geflossen ist. Obgleich die Unruhen in manchen Ortschaften tagelang andauert haben, zählt man doch nur in zwei oder drei Orten einen oder zwei Tote und einige Schwerverwundete. Auch zögerte die Regierung recht lange, bis sie zur Verhängung des Belagerungszustands schritt. Hätte die Cürung wirklich einen ausgeprochen revolutionären Charakter, hätten sich die Arbeiter in Masse an ihr beteiligt, das Blut wäre in Strömen geflossen und sofort das Kriegsrecht proklamiert worden.

Nichtig ist, daß verbreitete Blätter die Cürung geschürt haben, aber nicht um die Regierung bloßzustellen, auch nicht, um den anti-kerisalen Bestrebungen Nachdruck zu geben, sondern um mehr

Exemplare zu verkaufen und ein Geschäft zu machen. Mehrere Eigentümer solcher Blätter haben früheren Ministerien angehört und sie alle haben die Ausbreitung der Orden in Spanien begünstigt und sich dem Klerus, wo es nur ging, gefällig erwiesen.

Die Republikaner haben sich bisher nicht an der Bewegung beteiligt. Sie beschränkten sich darauf, am 11. Februar, dem Gedächtnistage des Falls der Republik, in ihrem hiesigen Kasino die Monarchisten zu bekämpfen und die Unruhen als günstige Vorzeichen für den Sieg ihrer Principien darzustellen. Und die liberalen Monarchisten (die Partei Sagasta) begünstigten sich damit, zu erklären, daß die Regierung es recht ungeschickt treibe und durch ihre harten Maßnahmen die Bevölkerung provociere. Wie es scheint, haben die Liberalen ganz vergessen, daß sie während des Kriegs mit den Vereinigten Staaten sechs Monate lang Spanien unter den Belagerungszustand gestellt haben, der doch jetzt nur auf Madrid und einigen andren Hauptstädten lastet.

Die socialistische Partei hat sich lediglich abwartend verhalten, da sie von vornherein wußte, was folgen würde: die Säuberung während einiger Wochen; denn die Bedingungen, unter welchen zur Zeit die politischen Kräfte stehen, erlauben nicht, daß sich die Lage anders gestaltet. Es genügt, den Charakter und die Lage der spanischen politischen Parteien zu kennen, um ziemlich genau zu wissen, wie es hier kommen wird. Vier Parteien kommen für unser politisches Leben in Betracht: drei bürgerliche und die socialistische. Letztere besitzt, obgleich sie stetig an Stärke gewinnt, leider noch nicht die genügende Macht, um auf die bürgerlichen Parteien bestimmend einzuwirken und sie zu einer Lösung der jetzigen politischen Fragen in wirklich fortschrittlichem Sinne zwingen zu können. Die republikanische Partei aber ist so blutleer und zerrüttet, daß sie während der letzten Kriege mit unsren Kolonien und des Kampfs mit den Vereinigten Staaten sich als absolut außer Stande gezeigt hat, das Unheil, das jene Kriege über Spanien brachten, dahin auszumäßen, die Monarchie zu stürzen. Heute mangelt es den Republikanern erst recht an dem Mut, der Monarchie den Todesstoß zu versetzen. Der größte Teil von ihnen hat völlig aufgehört, auf die eigene Kraft zu vertrauen; er erhofft nur noch ganz allein von zukünftigen Ereignissen die Erhebung der Republik. Den größten Teil ihrer Hoffnung setzen sie auf einen General, der unzufrieden mit der Regierung ist. Sie denken, es könnte eines Tags der General Welles die Republik herstellen, der jetzige Generalkapitän von Madrid, der augenblicklich seinen „Liberalismus“ durch Anwendung der despotischen Maßregeln gegen die Demonstranten und die Presse erweist.

Es bleiben also als Herren der Lage nur die Konservativen und die Liberalen übrig. Zwischen beiden besteht kaum ein Unterschied. Beide haben den religiösen Gemeinschaften gleich bereitwillig die Thore Spaniens geöffnet; beide haben gehorham befolgt, was ihnen die „Santa Sede“ (der päpstliche Stuhl) auftrug; beide haben dem hohen Klerus redlich geholfen, jenen Einfluß in Spanien zu erlangen, den er heute besitzt.

Ist denn gar nicht zu hoffen, daß es nicht doch zur Anwendung durchgreifender Mittel kommt? Nein. Die Regierung befindet sich allerdings zur Zeit in einer Krise. Vielleicht werden die Liberalen demnächst zur Macht gelangen; und wenn nicht, wenn diesmal dem konservativen Kabinett Aguirre nochmals ein konservatives Kabinett Silvela folgt, dann werden sie sicherlich im nächsten Jahre die Ministerstellen einnehmen. Und dann wird man sehen, daß weder Sagasta, noch irgend eine andre Person seines Ministeriums sich ernsthaft gegen die Weisheit wenden wird. Hat doch Sagasta vor einigen Jahren, zur Zeit des Aufstandes auf den Philippinen, obgleich er wußte, daß diese Inselgruppe Spanien verloren gehen würde, wenn nicht von dort die Mönchorden entfernt würden, sich für den Verlust des Archipels entschieden, nur um sich nicht das Mißfallen der Königin zuzuziehen, die nichts von einem Vorgehen gegen das Mönchtum wissen wollte.

So wenig die Männer, die heute zur Regierung gelangen können, auf ökonomischen, administrativen, militärischen und politischen Gebiet irgend etwas Beträchtliches leisten werden, so wenig werden sie ernste Maßregeln gegen den Klerus wagen. Alles was man erwarten darf, sind einige kleine Reformen, aber auch diese erst nach vielen Umschlingungen. Größere Schritte vorwärts auf der Bahn des Fortschritts werden erst dann gethan werden, wenn die Bourgeoisie klarere Einsicht in ihre eignen Interessen erlangt, und wenn das Proletariat zahlreicher und mächtiger als heute, seinen Einfluß auf alle Angelegenheiten des Landes geltend macht.

Pablo Iglesias.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Februar.

Der Reichstag

erledigte heute seine umfangreiche Tagesordnung in ziemlich kurzer Zeit. Der Postetat wurde verabschiedet und ebenso der Etat der Reichsdruckerei. Nur über die Unterbeamten der Post entspann sich eine längere Debatte, die sich auch auf die Verwendung von Frauen im Postdienst erstreckte. Hier trug der Antisemit Werner seine reaktionären Anschauungen vor und behauptete, daß die Frau in das Haus gehöre. Auch das Recht der Unterbeamten auf den Titel Herr wurde erörtert. Staatssekretär von Bobbelski bezeichnede es als eine Unverschämtheit, wenn junge, höhere Beamte im Dienst ergraute Postunterbeamte nur mit ihrem Namen anriefen.

Genosse Zubeil lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Postillons und erlangte die Zusicherung vom Staatssekretär, daß seine Beschwerden Berücksichtigung finden sollten. Auch die Wetter-

mäntel sollen bewilligt werden. Genosse Frohne wies darauf hin, daß die Telegraphenarbeiter von der Post schlechter bezahlt würden, als von der Privatindustrie. Sie müssen sich, wie Herr v. Bobbelski zugab, in der That mit der Hoffnung trösten, daß sie als Unterbeamte einmal Verwendung finden werden.

Der Etat der Reichsdruckerei hielt recht lange auf. Herr Dr. Arendt von den Freikonservativen pflückte ein Dübchen mit der Norddeutschen Verlagsanstalt, dem Hause, das die offizielle „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ herausgibt und der Bismarck auch den Druck des „Reichs-Anzeigers“ zugeschanzt hat. Am 1. April des nächsten Jahres läuft der Vertrag ab und Herr Arendt fordert, daß die Reichsdruckerei die Herstellung des „Reichs-Anzeigers“ übernehme. Herr v. Bobbelski schien aber wenig Lust dazu zu spüren und erhielt Excurs durch Herrn Paasche, der über Schädigung der Privatindustrie durch die Reichsdruckerei klagte. Das Thema wird in der dritten Lesung des Etats noch weiter erörtert werden.

Die Petitionen, die noch auf der Tagesordnung standen, gaben zu keiner längeren Debatte Anlaß. Selbst die Rechte sand es zu langweilig, bei einer Petition gegen die Konsumvereine ihre üblichen Angriffe auf die Arbeiter-Konsumvereine zu wiederholen. Eine Petition über die sanitären Verhältnisse der Ströme gab unsrem Genossen Stolle Gelegenheit, auf die Verunreinigung der Flußläufe durch die Abwässer der Industrie hinzuweisen. Morgen und übermorgen fällt die Sitzung aus, um den Kommissionen Zeit zu lassen, ihre Arbeiten zu fördern, daß weiterer Stoff für die Plenarsitzungen vorhanden ist.

Am Montag steht Abänderung der Strandungs-Ordnung und Bericht der Wahlprüfungs-Kommission auf der Tagesordnung.

Zu unsrer gestrigen Notiz über den Reichstag wird uns berichtigend mitgeteilt, es sei keine Majorisierung der Voten durch die Rechte und das Centrum gewesen, daß gestern nach der Rede des Abg. Stuchmann die Debatte über die Theaterzensur geschlossen wurde, vielmehr hatte Abg. Wassermann dies auf Anregung des Genossen Heine und nach Zustimmung aller Parteien beantragt. Die socialdemokratische Fraktion hielt nach der Trägerschen Rede den Gegenstand für erschöpft, zumal noch das Schlusswort des Abg. Müller-Meinigen ausstand.

Das Abgeordnetenhaus

hat am Donnerstag den Etat des Handelsministeriums zu Ende beraten. Der konservative Antrag auf Errichtung einer Handelskammer für Berlin gelangte mit großer Mehrheit zur Annahme. Die übrige Debatte war belanglos, da gerade die wichtigsten Etatspositionen entweder ganz übergegangen oder nur oberflächlich behandelt wurden. So hielt es z. B. kein Mitglied für geboten, über den Titel, der von der Gewerbe-Aufsicht handelt, auch nur ein Wort zu verlieren. Nach der Ansicht des Zunderparlamentaristen ist es um die preussische Fabrikinspektion glänzend bestellt. Einer Debatte über das Fortbildungsschulwesen machte die Mehrheit, nachdem sie kaum begonnen, durch einen Schlussantrag schnell ein Ende. Die Herren fürchten nicht ohne Grund eine Kritik der preussischen Fortbildungsschule. Dagegen nahm das Haus das über alljährlich wiederkehrende Geschwätz der Herren Hahn und Camp über die Börse mit Wohlgefallen auf. Herr Hahn prophezeite diesmal, daß eine Reform des Börsengesetzes nicht zu einer Milderung, sondern zu einer Verschärfung führen würde.

Am Freitag steht der Etat der Bauverwaltung auf der Tagesordnung.

Konservative Königstreue.

Das Gerücht, König Eduard von England werde demnächst nicht nur seine kranke Schwester in Cronberg, sondern auch Berlin besuchen, von dessen Schwelme Erzlich Präsident Krüger zurückgestoßen wurde, läßt den Verdruß auch der „ernstgesinntesten“ Kreise gegen die Politik des Kaisers neu erstarren. Das Blatt des „Bunds der Landwirte“ läßt seinen Parteilager, sich über den neuen Akt der „Engländerei“ nicht zu erregen, denn die auswärtige Politik Deutschlands sei demnach verdorben, daß nichts mehr zu verderben“ ist. Zur Kennzeichnung konservativer Königstreue verdienen einige Sätze der „Deutschen Tageszeitung“ festgehalten zu werden. Sie schreibt:

„Um so größere Aufregung hat aber die Nachricht hervorgerufen, daß König Eduard wahrscheinlich auch nach Berlin kommen werde. Wir verstehen dieses Gefühl, das ja im ersten Augenblick jeden erfasst haben muß, das aber ruhiger Betrachtung gegenüber nicht stand halten kann.“

Man verweist auf die skroffe Abweisung des Präsidenten Krüger und zieht den Schluß, daß der Gegenstand in der Behandlung der beiden Staatsoberhäupter ein schlechtes Licht auf unsre Neutralität dem skandinavischen Krieg gegenüber werfen, daß er nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande als Bestätigung unsrer Parteilahme für England gelten und unsre auswärtigen Beziehungen weiter verschlechtern müsse.

Wir können das nicht gelten lassen. Der Besuch des Königs Eduard in Berlin würde politisch gar keine Bedeutung haben, selbst wenn man sich deutschseits Miße geben wollte, ihm diese Bedeutung beizulegen. Damals, als Präsident Krüger beim Vortreten der deutschen Grenze seine Abweisung erhielt, als Graf Bälou im Reichstag deutlich genug zu verstehen gab, daß diese Zurückweisung aus Rücksicht auf England geschehen war, — damals war es berechtigt, daß ein Sturm der Entrüstung durch Deutschland hallte. Denn das war der Moment, wo es dem deutschen Volk und der ganzen Welt klar gemacht wurde, daß unsre Regierung schon längst für England

Paris ergriffen, sich nicht nur in Südafrika, sondern in allen Welttheilen auf die englische Seite gestellt hatte. Der König Eduard nach Berlin kommen oder nicht, das ändert an den Thatfachen nichts. Das Deutsche Reich ist heute ebenso wenig neutral wie Portugal, Schlichter an Schlichter mit diesem sich es auf englischer Seite. Man darf dem z. B. das ein Krupp die Waffenlieferungen an England wieder aufnehmen würde, wenn er nicht der vollen Heberzeugung wäre, daß er damit bei der deutschen Regierung keinen Anstoß erregt? Es nützt nichts, die Augen zu schließen, um die unerwünschte Thatsache nicht zu sehen, daß unsere Politik ganz und gar im englischen Fahrwasser schwimmt. Die Befürchtung, daß durch den Berliner Besuch des englischen Königs unter Beziehungen zu anderen Mächten unzulässigerweise verborgen werden könnten, ist grundlos: an unserer politischen Stellung ist nichts mehr zu verberben. Der Besuch des englischen Monarchen kann, falls ihm wirklich ein politischer Anstrich gegeben werden sollte, nur höchstens als politische Dekoration wirken, als eine höfliche Darstellung des bereits längst bestehenden, durch die Kaiserreise nach England kaum noch beeinflussten politischen Zustandes. Am allerwenigsten aber sollte doch auf unserer Seite diesem dekorativen Element in der Politik ein ihm nicht zukommendes Gewicht beigelegt werden. Und schließlich: Wenn der neue englische König nach Berlin kommt, um sich auch förmlich im lgl. Schloß für all die Liebenswürdigkeiten zu bedanken, die ihm unser Kaiser erwiesen hat, — so thut er doch eigentlich nur, was sich gebührt.

Das ist der Grund, warum wir uns an dieser Stelle mit dem Besuch König Eduard VII. eigentlich gar nicht befassen wollten und es auch fernerhin nicht mehr thun werden. Seine Reise nach Deutschland ist, kurz gesagt, nichts als eine rein persönliche, oder, wenn's hoch kommt, rein höfliche Angelegenheit. Das Oberhofmarschallamt mag ja dadurch in eine feierhafte Bewegung versetzt werden. Das deutsche Volk geht die ganze Sache gar nichts an.

Als jüngst der „Vorwärts“ das Fest des 18. Januar als eine „höfliche Angelegenheit“ kennzeichnete, wurde über uns ein Räbel voll Schmähungen geleert und Herr Dr. Dertel, Chefredacteur der „Deutschen Tageszeitung“, sprach der Socialdemokratie die Gleichberechtigung mit andern Parteien ab, weil sie die Monarchie, die Grundlage der Reichsverfassung, ablehne und verunglimpfe.

Jetzt straft das Blatt desselben Agrarierführers die Politik des Kaisers mit einer Nichtachtung ohnegleichen. Da der Monarch eine auswärtige Politik betreibt, die den Agrariern mißfällt, verfallen die hitzigsten Vorkämpfer der unentwegten Königstreue in Kundgebungen des galligsten Antimonarchismus. Ist wohl jemals in Deutschland der monarchistische Autoritätsgedanke dermaßen erschüttert worden als durch die Raufschläge, welche die „Deutsche Tageszeitung“ ihren landwirtschaftlichen Lesern erteilt, deren Königstreue als alleinige Rettung der Monarchie bezeichnet zu werden pflegt?

Eigentlich wird Dr. Dertel bereit sein, von jetzt an neben der Socialdemokratie die konservativen Agrarier außerhalb der Verfassung zu stellen. —

Der Triumph Waldersees.

Es ist erreicht! Was alle Diplomatenriffe, alle widerwärtigen und unwillkürlichen Beschlüsse der Legationen in Peking während all der Monate nicht zuzugebrauchen hatten, ist im Handumdrehen dem Weltgeneralissimus gelungen. Er brauchte die gepanzerte Faust nur drohend anzudeuten und der Hof in Peking erklärt sofort völlig kleinlaut und verschüchtert, alle Forderungen der Allmächtige prompt erfüllen zu wollen. Die Köpfe der Tuan, Lan und Tung-fuh-tang werden nun schleunigst fallen, die Kriegsschiffadmiralität wird bei Heller und Pfennig auf dem Brett aufgezählt werden und Graf Waldersee wird sich, sobald das Eis auf der Rede von Tatu geborsten sein wird, mit seinen ruhmgelockten Truppen wiederum nach Deutschland einschiffen, mit Ausnahme der 8 oder 10 000 Mann, die zum dauernden Schutz des Christenthums und der Kapitalinteressen in Peking zurückbleiben werden. Die „Chinesen“ innerhalb der schwarz-weißen Grenzpfähle aber, die über den Weltgeneralissimus hämisch gespöttelt, werden sich bei dem Triumphzuge des heimgekehrten Chinaherwinders zerknirsch in die dunkelsten Winkel verziehen.

Der Krieg in China, die internationale Diplomatenpost war also durch Waldersees scharfe Drohung beendet. Oder doch nicht?

Sonderbar aber jedenfalls, daß das Wilow-offiziöse Scherl-Organe so gar nicht die günstige Gelegenheit benutzte, den imponierenden Erfolg der Abdeschhaus-Politik zu feiern. Im Gegenteil, das Scherl-Blatt will sogar in unerhört frecher Weise über den Effekt des angeblichen Einschüchterungsversuchs:

„Daselbe anhaltende Durchschlüpfen, das De Wet in Südafrika gelangt, wie große Einzelkämpfer immer von englischer Seite aufgeboten werden, um ihn einzufangen, zeigt auf diplomatische Gebiet in China Li-Hung-Tschang. Ihm war am letzten Sonnabend vertraulich von Mitgliedern der Gesandtschaften mitgeteilt worden, daß die vom Grafen Waldersee vorbereitete neue Expedition Singafu zum Ziel habe und daß der kaiserliche Hof eingeklinkt werden solle. Der alte Fuchs vernahm dies mit allen Zeichen des Schreckens und entfernte sich mit dem Prinzen Tsching, um Cillelegramme an den Hof zu schicken. Dieser wird sie in fröhlicher Stimmung entgegen genommen haben, dem Absender und Empfänger wissen, daß die Expedition sich innerhalb der Grenzen von Peking halten muß und daß sie Singafu nicht erreichen kann. Li-Hung-Tschang aber meldete alsbald den Gesandtschaften, daß der Hof nunmehr eingewilligt habe, die von ihnen verlangten Strafen zu vollstrecken.“

So hat der chinesische Reichsfanzler eine dankbare Position gewonnen, die ihm ein ausgedehntes Kämpferpiel gestattet. Viele Monate lang er den Gesandtschaften von Schritten berichten, die der Hof behufs Ergreifung der Verurteilten gethan, von ihrer Flucht, von neuer Verfolgung nach entfernteren Provinzen, bis die Ausländer die Geduld verlieren und heimwärts dampfen.

Auch ein andres, nicht selten offiziös bedientes Blatt, der „Hamb. Korresp.“, mißt der Einwilligungserklärung des Hofes nur eine sehr mäßige Bedeutung bei. In einem Telegramm eines ihrer Berliner Korrespondenten heißt es zum Schluß:

„Im deutschen, englischen und japanischen Hauptquartier herrscht feierhafte Thätigkeit zur Vorbereitung der Expedition, die vielleicht auch jetzt noch stattfinden muß.“

Und die Redaktion bemerkt dazu, daß es in der That noch fraglich sei, ob die geplante Expedition nun überflüssig geworden sei.

Da eine offizielle Meinungsäußerung noch immer nicht vorliegt, hat sich also die Gefährlichkeit der Situation noch in nichts verringert. Man tappt absolet im Dunkeln darüber, was denn nun Waldersee eigentlich vor hat und welche Instruktion Wilow ihm zu geben gedenkt.

Mögen die citierten Auslassungen immerhin eine Scharfmaacherendenz haben, darin treffen sie unbedingt ins Schwarze, daß die neueste Zusicherung des Hofes sich von den früheren ähnlichen Erklärungen in nichts unterscheidet. Hielt aber Waldersee die Provocierung eines neuen polvertenen Cirkus eines so forschenden, demütigenden Sabelgeräts für wert? Oder gestillt es ihn wirklich nach einem chinesischen Moskauer? Oder will er den Mächten, die ihn so liebenswürdig im Stich gelassen haben, beweisen, daß Deutschland, das ja nur den Herrgott und sonst nichts in der Welt fürchtet, auch auf eigene Rechnung und Gefahr Weltpolitik machen kann? Oder will man, wie die „Frankf. Jtg.“ argwöhnt, die Geschichte zum Klappen bringen und die Mächte zur Teilung zwingen?

Jedenfalls haben schon jetzt die rätselhaften Kriegspläne Waldersees die allgemeinste Erregung hervorgerufen. In Frankreich hat das militärisch-diplomatische Impromptu (Stegreifwitz) nicht minder befreudet, wie in Amerika. Nachdem sich bereits der „Temp“ in sehr scharfer Form gegen diese Sorte improvisierter Weltmächtpolitik gewendet hatte, erklärt jetzt der „Figaro“, die Nachricht von der Wacht Waldersees sei in Europa mit Ueberraschung und Unruhe aufgenommen worden. Ein halber Erfolg der Expedition müßte das militärische Prestige Europas kompromittieren. Die Expedition könne nur den fremdenfeindlichen Elementen in China nützen. Frankreich und Rußland hätten bereits früher ihren Willen kundgegeben, sich vor übertriebener Strenge in China zu hüten. Nichts deute darauf hin, daß ihre Ansichten sich geändert hätten.

Wozu also der Lärm? Die Regierung ist endlich Aufklärung darüber schuldig, was eigentlich in China vorgeht. —

Deutsches Reich.

Gegen den Brotwucher.

Eine große Demonstration gegen die geplante Zollpolitik fand am Montagabend in Breslau statt. Die von circa vier-tausend Personen besuchte Versammlung war von freisinniger Seite veranstaltet; unsere Parteigenossen, denen in Breslau kein größerer Saal zur Verfügung steht, mochten den weitaus größten Teil der Besucher aus. Für die freisinnigen sprach Abg. Wienner, für die Socialdemokraten Genosse Tuhauer, Abgeordneter für Breslau-Ost, der auch die Forderungen besonders hervorhob, die unsere Partei über den liberalen Standpunkt hinaus vertritt. Die Versammlung verlief ausgedehnt. Eine Protestresolution wurde beschossen, der auf socialdemokratischen Antrag die Forderung der gänzlichen Verrückung der Lebensmittelzölle zugesetzt wurde.

Aus Dresden wird uns berichtet:

In 13 überfüllten Volksversammlungen vereinigte sich Mittwochabend die Arbeiterschaft von Dresden und Umgegend zu einer gewaltigen Kundgebung gegen die vom Reich geplante Brotzollerhöhung. Die erbitterte Erregung und die scharfe Verurteilung der Brotwucherpolitik durch die arbeitende Bevölkerung der sächsischen Hauptstadt offenbarte sich in dem massenhaften Besuch. Mehrere Lokale mußten schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung wegen Ueberfüllung geschlossen werden. Tausende vermochten deshalb nicht an dem Protest teilzunehmen, nachdem sie stundenlang auf den Treppen und auf der Straße vergeblich gewartet hatten. Im Colosseum (Dresden-Neustadt) referierte Gen. Berlin vor etwa 1100 Personen. In Posthappel sprach der Reichstags-Abgeordnete von Dresden Dr. Gradnauer. Etwa 900 Personen waren im Saal, mindestens 300 mußten umsehen. Im Trianon, wo Reichstags-Abgeordneter Dr. Südekum das Referat hatte, mochten an 2000 Personen erschienen sein. Hier erfolgten einige Verhaftungen von Wider-jährigen. In der Löbtauerverammlung, Referent Reichstags-Abgeordneter Roden, wurde der Saal polizeilich gesperrt, nachdem 600 Personen Einlaß erhalten hatten. Das Striesener Lokal war schon vor 8 Uhr von der vorsichtigen Polizei abgesperrt worden. Hier sprach Redacteur Bloß. Im Pieschener Viertel fand Landtags-Abgeordneter Goldstein etwa 1500 Zuhörer. In Mägeln, Referent Redacteur Gleisner, betrug der Besuch 1000 Personen. In Weißen, Referent Lebus, entfernte die Zuhörer, um Platz zu schaffen, alle Fische und Bänke. Alles stand eng zusammengedrängt wie eine Mauer. Es mochten 700 Personen sein. In Pirna, Referent Schütze-Coffebande, waren 800 Personen zusammengeströmt. In Cotta sprach Schütze-Dresden, in Plauen Gähle-Chemnitz, in Klein-Zschachwitz — es waren hier weit über 1000 Demonstranten erschienen — Grenz-Leipzig. In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der die beabsichtigte Versteuerung der Hauptnahrungsmittel der Arbeiterschaft energisch verurteilt wurde.

Eine weitere Folge der glänzend verlaufenen Demonstration war, daß hunderte bisher der Socialdemokratie ferngebliebene Arbeiter den socialdemokratischen Vereinen beitraten.

Den Protesten gegen die Erhöhung der Getreidezölle hat sich die bürgerliche Presse angeschlossen, auch die Hamburger Bürgerlichkeit angeschlossen. Sie hat am Mittwoch in namentlicher Abstimmung mit 119 gegen 5 Stimmen einen Antrag angenommen, welcher den Senat ersucht, beim Bundesrat gegen eine Erhöhung der Getreidezölle Protest zu erheben.

Ramens der Antragsteller befürwortete Patow den Antrag an den Senat, mit allem Nachdruck jeder Erhöhung der Zölle auf notwendige Lebensmittel entgegenzutreten. Der frühere Reichstags-Abgeordnete Wörmann erklärte, man nehme den drohenden Zollkrieg mit Rußland viel zu leicht. Auf den Jura des Antisemitismus Raab: „Rußland hat schon zugestimmt!“ erwiderte Wörmann: „Sie wissen vielleicht Bescheid, ich habe noch nichts darüber gelesen“, außer Rußland aber lämen auch noch die andern Länder in Betracht. Der Antisemit Schod habe vor den Socialdemokraten gewarnt, nun, so meine Wörmann, „ich gebe lieber mit diesen als mit den Antisemiten“. Ein Engländer habe ihm gesagt: „Fahren sie mir so fort mit dem jetzigen Agrarier-tum, das wird uns zu gute kommen.“ Drei Antisemiten sprachen gegen den Antrag, der auch bei der Abstimmung nur Antisemiten zu Gegnern hatte. Zu diesen Freunden einer Brotversteuerung gehörte auch der „Mittelstandtreiter“ Reichstagsabgeordneter Raab.

Das rote Buch. Unter diesem Titel hat der französische Socialist Pierre Vertrand in der „Revue Socialiste“ eine Artikelserie erscheinen lassen, die sich mit den Hunnen-thaten der Verbündeten in China befaßt. Der erste beschäftigte sich hauptsächlich mit den Plünderungen, wobei ja die Franzosen den Vortritt gehabt zu haben scheinen.

Bei der Besprechung der Chinafrage in der Deputiertenkammer hatte der Minister des Aeußeren behauptet, daß die französischen Truppen sich an den Blüththaten in China nicht beteiligt hätten. Vertrand hat nun eine Menge französischer Hunnenbriefe zusammengetragen, aus denen hervorgeht, daß auch die französischen Soldaten sich vor ihren christlichen Brüdern anderer Nationen in puncto der Schlächerei nicht zu verstecken brauchen. Auch aus den Schilderungen der französischen Soldaten ist ersichtlich, daß ungezählte Chinesen — nicht etwa in offenem Kampfe, sondern

aus reiner Lust am Morden, umgebracht worden sind. Bestätigt werden auch die grauenhaften Schilderungen des Engländers Dillen über die verheerenden Verwüstungen, die von europäischen Kulturträgern an wehrlosen chinesischen Frauen vorgenommen worden sind.

Die Schrift soll in Broschürenform erscheinen und in Massen verbreitet werden. Die französische Parteilitung wird durch ein Manifest die Parteigenossen im Lande einladen, Protestversammlungen gegen den China-Kreuzzug zu veranstalten. —

Das Centralorgan der Scharfmacher. Die „Berl. Neuesten Nachrichten“ vermeiden das folgende Cirkular:

„Wir zeigen Ihnen hierdurch ergebenst an, daß die „Berliner Neuesten Nachrichten“ am 1. Januar in den Besitz einer Aktien-gesellschaft übergegangen sind, zu deren Aktionären unter anderem gehören: Die Firma Friedrich Krupp in Essen, das Rheinisch-Westfälische Kohlenhandlat, die nordwestliche Gruppe Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller, die Gute Hoffmanns-Hütte in Oberhausen, der Bochumer Verein für Bergbau- und Gußstahl-Fabrikation in Bochum, die Alliengeellschaft „Union“, der Förder Bergwerks- und Hüttenverein, die Alliengeellschaft Rheinische Stahlwerke in Weidewich bei Aachen, die Alliengeellschaft „Phönix“ in Saar bei Aachen und die Deutsche Wagenbau- und Leihgesellschaft mit beschränkter Haftung (Norddeutsche Wagenbau-Vereinigung) in Köln-Deutz. Den Aufsichtsrat bilden die Herren: Geheimere Finanzrat Jende in Essen (Aach), Geheimere Kommerzienrat Karl Feig, Oberhausen, Kommerzienrat Fritz Baare, Bochum, General-director Dr. Reumer, W. d. A. Berlin, Kommerzienrat Hermann Brauns, Dortmund, Direktor Wilhelm Olse, Essen und Geheimere Kommerzienrat Julius van der Zypen, Köln-Deutz.

Wir schließen hieran die höfliche Bitte, die Veröffentlichung börsenmäßiger Anzeigen auch durch die „Berliner Neuesten Nachrichten“ gütigst bewirken zu wollen.

Hochachtungsvoll

Berlag der „Berliner Neuesten Nachrichten“ A. G.

Das Cirkular wird gegenwärtig an Interessenten versandt. Aus unfern Leserkreise wird dazu die Frage aufgeworfen, ob die in dem Schreiben genannten Alliengeellschaften nach ihren Statuten überhaupt berechtigt sind, sich an Zeitungsunternehmungen zu beteiligen.

Der Dreischraf ist zahm geworden. Er spricht nicht mehr vom Verhauen, Verwahren, Vertreiben der Juden mittels Dreischrafel, Knüttel und Fäusten, sondern, da die „Bilderreiche Sprache“ den Hebräer schon mehrmals, wenn auch ohne Schaden, vor den Strafrichter geführt hat, so nimmt der edle Graf seine Zuflucht neuerdings zwar nicht zu geistigen, aber doch zu geistlichen Waffen. Er will die Juden aus Deutschland hinaus — beten! Durch Anrufung Jehovas soll der „Judengefahr“ ein Ende gemacht werden.

In einer antisemitischen Berliner Volksversammlung, die am Mittwoch in der Victoria-Brauerei abgehalten wurde, begann der Dreischraf seine Rede mit einem Hinweis auf seine letzte Gastrolle in Moabit. Er sagte, auf der Anlagebank sei es ganz gemüthlich gewesen. Bereits zum viertenmal sei er freigesprochen worden, und mit Bezug auf die Richter meinte der Antisemitenhänfling: „Meine Freunde in Moabit sind ganz famos. Sie sind die das Herz auf dem rechten Fleck haben und die ihren Stammesgenossen nicht im Stich lassen.“ Wenn auch nach diesen Worten zu schließen, Graf Bückler überzeugt ist, daß ihn die Richter aus freundschaftlich-antisemitischen Motiven freigesprochen haben, so fürchtet er jedenfalls, daß er einmal weniger „famose Kerls“ als Richter vor sich haben könnte, und, da die Gefängniszelle ein ungenüßlicher Aufenthalt ist wie eine Rednertribüne in antisemitischen Rednerveranstaltungen, so sieht sich der edle Graf veranlaßt, hinfür etwas nüchternere zu reden. Kein einziges von den derben, ausdauerlichen „Bildern“, die sonst die Reden des Grafen zieren und seine Zuhörer zu frenetischem Jubel fort-treiben, wurde am Mittwoch produziert. Auch nicht die feinste Empfehlung zum Bockbieren auf die Judenbände, zum Verhauen der Judenbände oder dergleichen leistete sich der Antisemitengraf, und so war denn auch die ihres „Bilderreichthums“ entkleidete Rede nichts als ein Sammelurium dichter, inhaltloser Saltabereien, die zwar — ein Zeichen für den geistigen Tiefstand des laut polizeilichen Zeugnis „den besten Kreisen“ angehörenden Antisemiten-Publikums — mit Beifall aufgenommen wurden, wenn auch die Wirkung, welche die aufdringlichen Hebräer sonst ausüben, nicht erzielt werden konnte, und die Zuhörer schließlich enttäuscht waren, als der Dreischraf zum Schluß mit emporgeschobenen Händen sein Publikum ermahnte, Jehova anzurufen, und im Gebet zu ihm die Beseitigung der Judengefahr zu erwirken.

So ist also aus dem Dreischrafen ein Betgraf geworden, der auch in der neuen Pose den Juden ebenso wenig wie in der früheren gefählich werden kann. — Großen Beifall wie ein Graf Bückler fand ein Redner aus der Versammlung, ein Wiener Antisemit vom reinsten Wasser, der mit Bezug darauf, daß vor dem Lokal Flugblätter vom Verein jüdischer Staatsbürger verteilt wurden, mit großer Lungenkraft verlangte, es sollten einige deutsche Männer die Verteilung solcher Flugblätter „handgreiflich“ verhindern.

Redacteur Wildberg von der „Staatsbürger Zeitung“ sollte über den Meinungsprozess in König sprechen. Ein sehr heisses Thema für einen Redacteur der „Staatsbürger Zeitung“, nachdem dieselbe so elend hincingefallen ist mit ihrem Korrespondenten Zimmer, der gegen ständigen Lohn sowohl Juden wie Antisemiten mit gleichen Geschäftseifer über die König Angelegenheit bediente. Herr Wildberg streifte denn auch den Prozess in König nur mit einigen der besannter antisemitischen Redensarten und einer etwaigen Ausprobe über das Reich seiner Zeitung entging er dadurch, daß unmittelbar nach seiner Rede die Versammlung vom Vorstehenden geschlossen wurde. —

Wieder ein weltpolitischer Professor. In einer Festrede zu Kaisers Geburtstag pries kürzlich der Leipziger Professor Otto Kammel die weltpolitische Initiative Wilhelms II. Erst durch den Chinakreuzzug, sei die deutsche Nation eigentlich in die Reihe der wirklichen Kulturnationen aufgerückt.

Unser jetziger Kaiser habe mit klarem Blick das Ziel erkannt, aus das die Nation hinstreben müsse, wenn sie nicht verkommen wolle: den Anteil an der Weltherrschaft der weißen Rasse. Die Zukunft werde es dereinst als eine weltgeschichtliche Fügung erkennen, daß in dem Augenblick, wo die Notwendigkeit einer deutschen Weltpolitik unabwieslich hervortrat, ein junger Herrscher das Scepter führte, der, nicht befangen in den Traditionen kontinentaler Politik, mit freiem Blick die neue Lage erfaßte und trotz der verständnislosen oder ablehnenden Haltung weiterer Völkervere, umbricht durch alles Gerede von „unerlösten“ Plänen und phantastischer „Romantik“, danach handelte. Das Ruhmesjahr 1870/71 sei nicht nur der Abschluß einer kampfesvollsten Vergangenheit gewesen, sondern es habe uns auch das Thor geöffnet, will's Gott, zu einer großen Zukunft. Unvergänglich werde und solle uns die moderne Heroenzeit unfres Volks bleiben, aber wir sollen uns nicht selbstgefällig in ihrem Glanze spiegeln, sondern uns Klar machen, daß wir damals nur das Selbstverständliche und Unentbehrliche, was ein Volk erst wirklich zur Nation macht, sehr spät, vielleicht zu spät erlangen haben: ein nationales Staatswesen; daß wir seit 30 Jahren erst in eine wirklich deutsche Politik eingetreten seien und unter den Weltmächten noch keineswegs in der ersten Reihe ständen.

Arner Bismarck, auch du warst nur ein armseliger politischer Stänper, der in den Traditionen kontinentaler Politik befangen blieb. Eine Nation ist überhaupt keine Nation, so lange sie nicht ein respektables Stück des Erdballs zusammenrobert hat. Bringt sie zehnmal Leute vom Schlang der Kehler, Luther, Kant und Goethe hervor, die die Geisteskräfte der Menschheit unschätzbare bereichern: so lange sie nicht ebensoviele Panzerzüge auf dem Wellmeer schwimmen und ebensoviele Millionen Eingebornen niedergemalt hat, wie Eng-

Land, ist sie nur eine Nation zweiten Rangs. Zwar sind alle „Weltmächte“ von Assyrien, Babylon, Aegypten, Rom an bis auf Spanien und die Niederlande längst vergangen, während das einzige, stets den Frieden pflegende Reich, China, alle überbauerte — aber was kümmert das einen professionellen Weltphantasten, der für die Wertschätzung geistiger Kultur nur sich selbst als Maßstab kennt! —

Die Gewährung der Reichstagsdiäten. Die „Nat.-Lib. Corr.“ schreibt: In Reichstagskreisen ist man geneigt, anzunehmen, daß, wenn der Diäten- resp. Anwesenheitsgelder-Antrag im Reichstag wiederum zur Annahme gelangt, der Bundesrat an seinem bisherigen ablehnenden Standpunkt nicht festhalten werde.

In der That sind jetzt alle Parteien für die Bewilligung an Diäten. Von den konservativen sind die eigentlichen Agrarier für die Gewährung von Diäten in der Form der Anwesenheitsgelder, die aber, nach der „Deutschen Tageszeitung“, nur — das Land soll wieder einmal belohnt, Berlin bestraft werden — an Abgeordnete gezahlt werden sollen, die ihren ständigen Wohnsitz nicht in Berlin oder in den Vororten haben — eine „Aberheit“, da ja auch die in Berlin Wohnenden durch die parlamentarische Thätigkeit ihren Berufsgeheimnissen entzogen werden.

Die „Kreuz-Zeitung“ bringt ihrerseits die beharrliche Abneigung der „vornehmen“ Freidankkonservativen gegen die Diäten zum Ausdruck; diese Mittelstandsfreunde und Ritterfürchten nämlich, daß bei Diätengewährung die hochadligen Kandidaten zu Gunsten der mittelständlichen Reaktionen, Handwerker und Bauern benachteiligt werden könnten. Im übrigen zieht die „Kreuz-Zeitung“ Tagesgelder den Anwesenheitsgeldern vor. „Wenn man durchaus mit der Diätenlosigkeit brechen will, so hätte man sich vor jeder Regelung, die kleinliche Kontrollen nötig macht. Dann zähle man den Mitgliedern des Reichstags Tagesgelder nach den gleichen Grundbegründen wie den Mitgliedern des preussischen Abgeordnetenhauses. Hiergegen würden wir zwar von unserem Standpunkte die oben mitgeteilten Bedenken ebenfalls erheben können. Aber man könnte eine derartige Regelung wenigstens nicht mit der Begründung bekämpfen, daß sie denjenigen, der auf persönliche Würde hält, eine recht harte Zumutung stellt.“

Es scheint nun wirklich endlich der Zustand beseitigt werden zu sollen, daß — während die sonst schon hoch honorierten Bundesratsmitglieder täglich 30 M. Diäten erhalten — die Volksvertreter keine Entschädigung erhalten. —

Unter die „Chinesen“ rubriciert heute die „Post“ auch die „Frankfurter Zeitung“ wegen ihres scharfen Protestes gegen das neueste China-Abenteuer. Die „Post“ ist also der Meinung, daß es das Charakteristikum der Chinesen ist, an der Schläue der deutschen Chinapolitik zu zweifeln. Der Ansicht sind wir auch. Wenn die deutschen Chinapolitiker es noch ein Weilchen so fort treiben, wird es freilich in Deutschland fast nur noch Chinesen geben. —

Um den Brotwucher. Aus Baden wird uns vom 18. d. M. geschrieben: Die Haltung der demokratischen Volkspartei in der Frage der Getreideerhöhung ist bei uns ähnlich wie in Württemberg eine sehr zweifelhafte. Mangels einer genauen Direktive seitens der Parteileitung herrscht in den verschiedenen Organen der Partei, Presse und Vereinen, die größte Verwirrung. Das leitende Blatt der Partei, der „Badische Landesbote“ in Karlsruhe, hat von Anfang an mit dem Gedanken derollerhöhung geliebäugelt und erst ganz kürzlich wieder erklärt, Millionen von Bauern im Reich könnten gegenwärtig eines kräftigen Schutzes auf Getreide nicht entbehren. Dagegen gab der demokratische Verein in Mannheim, die stärkste Ortsgruppe der Volkspartei im Lande, gleichzeitig seine Ansicht in der entgegengesetzten Richtung kund, indem er in seiner Generalversammlung beschloß: „Die zahlreich besuchte Verammlung des Vereins spricht im Einklang mit dem Geiste des Partei-Programms ihre Ueberzeugung dahin aus, daß zur Erhöhung der Getreidepreise, als im Widerspruch mit den Interessen der großen Mehrheit des Volks stehend, unbedingt zu verwerfen ist.“ Dieser „Geist des Partei-Programms“ verhinderte, wie erwähnt, nicht, daß das leitende Blatt der Partei, ohne aus den Kreisen der Parteigenossen heraus irgend welchen energischen Widerspruch zu finden, sich auf den genau entgegengesetzten Standpunkt stellte. Viel Schaden können unsere badischen Volksparteiler mit dieser ihrer zweifelhaften Haltung in der die Interessen der großen Bevölkerungsmassen so außerordentlich empfindlich berührenden Frage glücklicherweise nicht anrichten. Die Socialdemokratie hat längst den letzten badischen „Demokraten“ aus dem Reichsparlament verdrängt, und wenn die Herren mit ihrer „volksfreundlichen“ Gesinnung so weiterfahren, werden bei den nächsten Reichstags-Wahlen die Führer der Partei vollends „allein auf weiter Flur“ stehen. —

Ueber die Stellung der Rechtsanwaltschaft

verbreitet, so wird uns aus juristischen Kreisen geschrieben, sich eine agrarisch-konservative Tageszeitung. Sie benutzt die Zurückziehung des bisherigen Rechtsanwalts Oskar Münzer wegen Rotzucht zu Angriffen gegen den Anwaltsstand und zur Rechtfertigung der Erklärungen des preussischen Justizministers über die Richternennung sündiger Rechtsanwälte zu Notaren. Es ist zwar nicht abzusehen, was ein solcher Fall in dieser Richtung beweisen soll, denn es ist selbstverständlich, daß die Zurückziehung Münzers ohne weiteres dessen Ausschluss aus der Anwaltschaft zur Folge hat, daß er also für die Ernennung zum Notar nie in Frage kommen könnte. Wenn bei der Verhandlung gegen Münzer festgestellt worden ist, daß er sich schon früher unzulässige Angriffe auf Dienstboten erlaubt hat, so beweist das nur, wie recht die Socialdemokratie hatte, als sie bei der lex Heinze solche Mißbräuche der dienstberührenden Stellung unter Strafe stellen wollte, auch wo sie nicht gerade mit Gewalt vollführt worden sind. Darnach ist die Socialdemokratie von den Konservativen im Stiche gelassen worden.

Völlig unbegründet sind die Angriffe gegen den Ehrengericht der Anwaltskammer für die Provinz Brandenburg, das ein „System der Verurteilung“ nachgelagt wird. Dieses Ehrengericht hat unmaßsichtig seines Amtes gewaltet und gegen eine Anzahl von Anwälten auf Ausschließung erkannt. Allerdings hat es, wie wir aus guter Quelle wissen, in den letzten zehn Jahren wiederholt erleben müssen, daß die oberste Instanz, der Ehrengerichtshof in Leipzig, dessen Majorität nicht aus Rechtsanwältinnen, sondern aus Richtern besteht, solche strengen Urteile abgeändert und Anwälte, die vom Berliner Ehrengericht ausgeschlossen worden waren, wieder für würdig erklärt hat, der Anwaltschaft anzugehören.

Es sei hier z. B. an den Fall des Rechtsanwalts St. erinnert, der in Berlin wegen einer bösen Sache ausgeschlossen worden war, aber vom Ehrengerichtshof wieder in die Anwaltschaft „hineingeworfen“ wurde. Er war dann noch Anwalt, bis zu seiner gerichtlichen Verurteilung wegen Urkundenfälschung. Gerade dieser Fall dürfte antisemitischen und konservativen Politikern recht nahe bekannt sein; sie werden schon wissen, warum. Nicht anders ist es mit dem Rechtsanwalt L. gegangen, bezüglich dessen der Ehrengerichtshof in Leipzig ebenfalls ein auf Ausschließung lautendes Urteil erster Instanz gemildert hat. L. wurde erst, als das Ehrengericht in Berlin ihn zum zweitenmal wegen Fortsetzung seines skandalösen Treibens, namentlich wegen Zusammenarbeitens mit Wucherern, ausgeschlossen hatte, endgültig bestraft. Ohne Zweifel liegt Strenge gegen Auswüchse aller Art im wohlverstandenen Interesse der Rechtsanwaltschaft und der ganzen Rechtspflege, aber man richte etwaige Vorwürfe nicht an die falsche Adresse.

Weshalb die konservative Presse den Münzerschen Fall so aufhault, ist ganz klar: diesen Leuten ist die freie Advokatur längst ein Dorn im Auge, weil sie der letzte Versuch ist, in dem freirechtlich denkende Juristen eine unabhängige Stellung finden können, und weil durch die Freigabe der Advokatur die Staatsbehörden die Gelegenheit verloren haben, das Amt des Anwalts als Prüflinge an eine geringe Zahl Begünstigter zu vergeben. Deshalb das System, jede Vererbung eines Einzelnen systematisch dem ganzen Stande aufzuhallen.

Ausland.

England.

Hefige Angriffe richten die „Daily News“ gegen das Kabinett Salisbury wegen dessen Südafrika-Politik. Das Blatt schreibt unter anderem: „Es ist an der Zeit, daß jeder, der die Ehre und den guten Ruf seines Vaterlands höher schätzt, als kleinliche Parteivorteile, sich zu der schärfsten Opposition gegen die unfähigste und unheilvollste Regierung aufstellt, welche seit Menschengedenken die Geschichte des britischen Weltreichs geleitet hat.“

Das Programm dieser Regierung liegt vor uns und wir wissen, daß ein Ministerium der leichten gehaltenen Schwaghaffigkeit noch wie vor entschlossen ist, Gut und Blut britischer Bürger in einem end- und zwecklosen Krieg zu opfern. — In einer mit Vorspiegelungen falscher Thatsachen in Szene gesetzten und durchgeführten Wahlkampagne hat dieses Gouvernement sich keine Existenz gesichert, trotzdem das Volk von Großbritannien vorher bereits weitgehende, trübe Erfahrungen mit der Thätigkeit der Regierung, durch welche es betrogen und zum Karren gehalten wurde, gemacht hatte. Wir befinden uns jetzt in der denkbar miserabelsten und besämendesten Lage, und sollten uns wirklich fragen, ob denn die Regierung thatsächlich vom Volk das Mandat erhielt, diesen Krieg, der thatsächlich nichts anderes mehr ist als ein Bürgerkrieg, unter der eigenmächtigen Rücksicht aller historischen Lehren und Traditionen und aller, jedem christlichen Mann offenbaren pervergen Konsequenzen weiter zu führen. — Lord Salisbury ist ein alter Mann; er hat zwar seinem Lande mit Auszeichnung in hoher und höchster Stellung gedient, aber die Zeit dürfte nunmehr gekommen sein, wo die Bürde seines verantwortlichen Amtes für seine Schultern offenbar zu schwer geworden ist. — Was war seine letzte Rede denn anders als ein Versuch der Verzweiflung, einen erbärmlichen Rekord von Mißwirtschaft und kläglichen Fehlern hinter grundlosen und schwächlichen Angriffen auf die Opposition und hinter gequälten, hochtrabenden Redensarten zu verbergen? — Und zu dieser Regierung in ihrer schwächlichen Zusammenfassung und mit ihrer schwächlichen Führung soll die betrogene und irgeleitete Nation mit Respekt aufblicken und von ihr eine ehrenhafte und nützbringende Verwaltung der Angelegenheiten des Reichs erwarten! —

Man hat der deutschen Socialdemokratie schon öfter Raßlosigkeit ihrer Angriffe gegen die Regierung vorgeworfen. Wie wäre es, wenn die Socialdemokratie sich der Tonart dieses liberalen Blattes bedienen wollte? —

Frankreich.

Die gegenwärtige Streibewegung giebt der französischen wie der deutschen Kapitalistenpresse einen willkommenen Anlaß, gegen das Ministerium und die Socialisten zu hetzen. In Chalons und in Montceau befinden sich aber so große Massen Militär- und Gendarmen, daß für die Unterneher und die Arbeitswilligen wirklich in ausreichendem Maße gesorgt scheint. Zu einem Blutbad hat es die Regierung diesmal in Chalons nicht kommen lassen. Die Soldaten waren von sehr umsichtigen und mäßigen Offizieren kommandiert; trotzdem gegen sie aus den Reihen der Manifestanten einige Steine geschleudert wurden, unterließ das liberale Feuilleton.

Wer waren die Steinwerfer? Nach den Ermittlungen der „Petite République“ und des „Kappel“ treiben in Chalons Anarchisten und agents provocateurs ihr Wesen. Bei der Ankunft von Guesde und Lafargue machten sich einige Individuen durch Rufe bemerkbar, wie: „Wir wollen keine Politiker mehr!“ „Genug davon.“ usw. Als die beiden Genannten in Montceau anlangten, enthielten einige Anarchisten auf dem Bahnhof eine schwarze Fahne. Der sozialistische Bürgermeister Bauwari unterlagte ihnen dies mit dem Hinweis darauf, daß das für die Truppen leicht ein Vorwand bilden könnte zum Einschreiten. Sie weigerten sich, ihre Fahne zusammen zu legen, und so riefen die anwesenden Frauen sie in Schläge.

Das Schicksal der Anarchisten, bei deren Thaten man immer im Zweifel sein muß, ob sie nicht im Auftrag der Polizei, oder, wie jetzt die Dinge in Frankreich liegen, im Dienste ministerieller Parteien geübt werden, würde manches erklären. Es läßt sich nicht leugnen, daß in letzter Zeit in Frankreich recht viele Streiks stattgefunden haben, bezw. noch andern. Davon war z. B. der Galaisier durch den Widerstand der Unterneher gegen das Geleg Mileraud verurteilt. Bei einigen Streiks haben sich, wie schon erwähnt, Momente gezeigt, die darauf hindeuten, daß zweifelhafte Elemente die Arbeiter gern zu Unbedachttheiten hingerissen hätten. Die Streiks, noch mehr die „Revolten“ lassen sich vorzüglich gegen die Regierung im allgemeinen, gegen den sozialistischen Minister im besonderen ansichlagen. Die sozialistischen Redner in den Streitgebieten sind es gewesen, die ihr möglichstes gethan haben, die aufgeregten Gemüter zu beschwichtigen. Die Ausbeute der Reaktion aus den Bewegungen in Chalons und Montceau ist denn auch eine sehr mäßige geblieben. —

Paris, 21. Februar. Die sozialistische Kammergruppe beschloß, die Deputierten Carnaud und Chanvidre nach Chalons sur Saône zu entsenden, um eine Untersuchung über die letzten Vorkommnisse anzustellen. Von dem Ergebnis der Untersuchung wird es abhängen, ob die sozialistische Gruppe über die Vorgänge in der Kammer interpellieren wird. —

Der Deputierte Destournelles hat dem Minister des Auswärtigen, Delcassé, in einem Schreiben mitgeteilt, daß er ihn über das Gerücht betragen werde, nach welchem eine große militärische Expedition vorbereitet werde, die im nächsten Frühjahr in das Innere von China abgehen solle.

Rußland.

Aus Russisch-Polen. Aus Warschau wird uns gemeldet: Vor einiger Zeit hat wieder ein demonstratives Vergraben eines Genossen stattgefunden. Das Arbeiterlied „Die rote Fahne“ wurde gesungen. Es kam zu einem thätlichen Kampf mit der Polizei, deren Führer nicht unversehrt davonkam. Fünf Personen wurden verhaftet. Das Vergraben hat wohl in letzter Linie eine Veröffentlichung des stellvertretenden Generalgouverneurs veranlaßt, die jetzt an allen Säulen prangt. Demnach sollen alle öffentlichen Ansammlungen mit Waffengewalt auseinander getrieben werden. Als ob das nicht immer schon geschehen war!

Die letzten Verhaftungen wurden in den patriotischen Kreisen vorgenommen. Es wurden verhaftet der Arzt Duzgato, die Brüder Guiazdowski, der Ingenieur Ewidzinski, die Akademiker Wellovski und Guiazdowski und der Baubeamte Drzewicki.

Die Angelegenheit der bei der „Robotnik“-Druckerei verhafteten Genossen geht sehr langsam vor sich. Genosse Wiljuzki wurde nach Petersburg übergeführt, seine Frau hat man freigelassen. Die Genossen Malinowski und Rognowski, die in die Sache verwickelt sind, sitzen in Warschau.

In Warschau wimmelt es von Spiegeln. Die Hausmeister werden von der Polizei gezwungen, Spiegeldienste zu leisten. Wählich — die Jarenshergen wissen nicht mehr, was sie anfangen sollen. Als sie vor einem Jahre die Druckerei des Partei-Organs durch einen Zufall sahen und diese Nachricht überall verbreiteten, glaubten sie die Partei vernichtet zu haben. — und die „Socialistische Partei Polens“ hat in der Zwischenzeit wieder einige Nummern ihres Blattes herausgegeben.

Im Sommer kamen die Todesurteile, mit der Farce der Verurteilung — auch sie machten keinen Eindruck. Was werden die Schergen nun thun? Den Fortschritt der „Socialistischen Partei Polens“ können sie auch nicht um einen Schritt hemmen! —

Afrika.

Blutiger Zusammenstoß sudanesischer Truppen. Londoner Blätter melden aus Kairo, daß die blutigen Zusammenstöße zwischen den Soldaten des 14. und 15. sudanesischen Bataillons weit erusteter Natur waren, als zuerst berichtet wurde. Es sollen 15 Mann dabei getötet und über 100 verwundet worden sein. Danach bilden die Sudanesen eine nichts weniger als zuverlässige englische Kolonialtruppe!

Der Boeren-Krieg.

Eine neue englische Niederlage.

General Botha hat General Smith-Dorrien eine allem Anschein nach empfindliche Niederlage beigebracht. Wahrscheinlich würde das Kriegsam diese Niederlage wie so manche andre völlig tolgelächelt haben, wenn es nicht das in London verbreitete Gerücht, daß Smith-Dorrien mit seiner ganzen Kolonne von Botha gefangen worden sei, zu einer Erklärung genötigt hätte. So hat es denn erklärt, daß Smith-Dorrien „nur“ eine Niederlage erlitten habe, die ihm 28 Tote gekostet habe. Die Zahl der Verwundeten, die danach eher über als unter 100 betrogen haben muß, wird vorsichtigerweise verschwiegen.

Ueber Botha liegt ferner folgende Nachricht vor: „Daily Mail“ erzählt aus Kapstadt, General Botha befehligt 4000 Mann und verfügt über mehrere Geschütze. Die Boeren seien über ihre Mitbürger, die sich den Engländern ergeben, sehr aufgebracht.

Gedrückte Stimmung in London.

Die heutigen Morgenblätter bringen nur wenige Mitteilungen vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Die meisten von ihnen legen die Rückkehr Smith-Dorriens nach Pretoria als ein schlechtes Zeichen aus und erblicken darin den Beweis dafür, daß die Operationen gegen De Wet gescheitert sind. „Daily Telegraph“ hält auch das fortgesetzte Fehlen jeglicher amtlichen Nachrichten für ein ungünstiges Zeichen. „Daily Mail“ ist der Ansicht, daß die Meldung des Generals Knox, er stehe im Begriff, De Wet den Weg zu verlegen, unwahrscheinlich sei, da es das erste Mal wäre, wenn dieser General Wort hielt.

Die Tages-Verluste

umfaßt für Mittwoch 24 an Krankheit Verstorbene, 11 Verwundete, darunter drei Offiziere und einen Vermissten. Das Kriegsam teilt außerdem mit, daß 104 Mann, die in die Gefangenschaft der Boeren geraten waren, gestern in das englische Lager zurückgeführt sind.

Dann werden denn endlich die großen Verluste der letzten Wochen offiziell gebüht werden?

Die Pest.

Kapstadt, 20. Februar. Ein Eingeborener wurde in dem unteren Teil der Stadt tot aufgefunden. Man glaubt, daß die Eingeborenen Pestfälle verheimlichen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, 21. Februar 1901, nachmittags 5 Uhr.

Zunächst hat die in der vorigen Sitzung auf Einspruch des Stadtv. Singer abgelehnte zweite Beratung der Vorlage betreffend die

Festsetzung des Gaseinheitspreises

auf 12 1/2 Pf. und den Abschluß eines neuen Vertrags mit der Englischen Gasegesellschaft (Imperial Continental Gas Association) stattgefunden.

Vom Stadtv. Singer ist beantragt, einen Ausschuss von 15 Mitgliedern für die Vorlage einzusetzen.

Zur Verhandlung gestellt werden die einzelnen Paragraphen des Vertrags.

Nach § 1 desselben sollen die bestehenden Verträge zum 1. April 1901 außer Kraft treten und durch das neue Abkommen ersetzt werden.

Stadtv. Stadthagen (Soz.): An Stelle des verhinderten Kollegen Singer habe ich diese wichtige Sache und meinen Antrag zu vertreten. Wäre es wirtschaftlich und rechtlich begründet, uns in eine ähnliche gebundene Lage versetzen zu lassen, wie es öfters schon der Fall gewesen ist, wo wir uns auf die juristischen Kenntnisse des Magistrats verlassen? Aus dem vorliegenden Vertrag wird eine Fülle von Prozessen entstehen. Es ist sehr möglich, daß der ganze Vertrag, soweit er der Stadt Rechte einräumt, auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuchs für unzulässig erklärt wird. Soll der Vertrag ein Vertrag über Arbeitsleistungen sein? Dann ist er unzulässig, wenn er länger als fünf Jahre dauerte. Als Mietvertrag würde er eine längere, aber ebenfalls nur beschränkte Dauer haben. Wenn ein Teil unzulässig ist, so bindet uns das übrige. (Zurück! Schadet nichts.) Doch! Es schadet uns jährlich 6 Millionen Mark. Was schadet es denn, wenn ein Ausschuss die Sache gründlich prüft? Vom Magistratsrat ist allerdings auf das Kündigungsrecht hingewiesen worden. Es ist aber zweifellos, daß, nachdem der erste Kündigungsstermin abgelaufen ist, die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Kraft treten, und da befreite ich, daß rechtlich und noch mehr moralisch die Stadt jeder Verpflichtung überhoben ist. Die Stadt ist moralisch verpflichtet, den kleinen Unternehmern, die sich Gasmotoren angeschafft haben, den Schaden zu ersetzen. Auch vor den Hilfsarbeiter-Prozessen sagten uns die Juristen des Magistrats, alles wäre in der schönsten Ordnung, und doch kam es ganz anders. Eine Kündigung ist deshalb nicht zulässig, auch mit Rücksicht auf den Grundgedanken von Treu und Glauben. Man darf sich hier nicht an den bloßen Buchstaben des Gesetzes halten. Ich bin über den Ausgang der Prozesse, die die kleinen Leute anstrengen werden, nicht im Zweifel. Wie groß die Erregung in der Stadt ist, ergibt sich aus der Menge von Petitionen, die jetzt noch eingegangen sind, aus der Petition des Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden. (Zurück.) Ich erteile auch den Bürgern die Versicherung, die wirtschaftlich, politisch und juristisch nicht auf meinem Standpunkt stehen. Andere Petitionen sind ausgegangen von dem Centralverbande der Vereine selbstständiger Gewerbetreibender aus verschiedenen Stadtteilen. Wenn darunter auch wohlhabende Leute sind, so kann uns das nicht abhalten, diese vielen Petitionen in einem Ausschuss zu prüfen. Die Ausschussberatung ist um so notwendiger, als der Vertrag mit der englischen Gasegesellschaft bis 1925 verlängert werden soll. Bis dahin soll sich die Berliner Verwaltung, bemerkt an Händen und Füßen gebunden, dieser Gesellschaft überantworten! Selbstverwaltung heißt nicht nur: unabhängig sein von den Behörden, sondern auch von einer Privatgesellschaft. Sollten Sie meinen Antrag ablehnen, so würden wir die Debatte so verlängern müssen, daß wir auch heute nicht zum Abschluß des Vertrags kämen. (Weiß bei den Socialdemokraten.)

An dieser Stelle wird die Beratung unterbrochen behufs Einführung des zum Stadtschulrat gewählten und staatlich bestätigten bisherigen Stadtv. Gerkenberg. Oberbürgermeister Kirchner vollzieht die Einführung des Gewählten. Auch Dr. Vorfischer Dr. Langerhans begrüßt den neuen Stadtschulrat.

In der Fortsetzung der Debatte bemerkt Stadtv. Rast (K. L.), daß die gesamte Benachteiligung nur 120000 M. betragen kann, die freilich hauptsächlich auf die Abnehmer von Koch- und Motoren gas entfallen würden, daß dem aber ein Vorteil von 2700000 M. für die Leuchtgas-Abnehmer gegenüberstehe. Die Abnehmer von Koch- bzw. Gewerbe- und Leuchtgas zugleich würden am Leuchtgas so viel ersparen, als sie beim gewerblichen und Kochgas drauflegen müßten. Charlottenburg nehme seit Jahren 13 Pf. und niemand klage darüber. An der Gasmeßernte müsse man festhalten. Die Verammlung könne doch nicht wie ein eigenständiges Kind auf ihrem 12 Pfennig-Schein bestehen.

Stadtv. Rosenow (K. L.): Die Mehrheit meiner Freunde wird für die Vorlage stimmen. Wenn der Preis für Koch- und Gewerbe gas erhöht wird, wird dann der Magistrat wie bisher die Minderungen im wesentlichen kostenlos legen?

Stadtschulrat Rast: Der Vertrag regelt die Frage der kostenlosen Vergütung nicht. Es wird in jedem Jahre eine Frage des Etats sein, wie weit wir mit dem Entgegenkommen gehen können. Im Prinzip ist kein Wandel beabsichtigt. Den Vertrag sollen wir als einen Vertrag über Handlungen auf. (Stadtv. Stadthagen: Gibt es ja

nicht mehr) Der § 2 läßt uns die Freiheit, jeden Tag eine Preisänderung vorzunehmen. Die Verträge über Lieferung von Kohlen haben wir vorläufig mit 7 Monaten gekündigt. Trennung und Glauben ist also nicht verletzt worden. Das Schwere Geschäft der Petitionen kam also nicht ins Gewicht fallen. Die paar Leute, die einen sogenannten Schaden besuchten, melden sich mit großer Mühseligkeit, die große Menge derer, die Vorteil haben, schweigt. (Große Heiterkeit.) 10 Pf. Einheitspreis bedeuten 6 Millionen Verlust = 20 Proz. Einkommensteuer.

Stadt. Wallach (N. L.) sieht in dem Magistratsantrage an sich die immer noch sehr hohen Kohlenpreise ein sehr großes Entgegenkommen. Neben dem Interesse des Einzelnen siehe das Gesamtinteresse.

Stadt. Curt Ulrich (Bürgerpartei) tritt für Ausschlußberatung ein.

Stadt. Deter (N. L.) laßt davon nichts als eine Verschleppung erwarten. Der Ausschluß der Mehrheit siehe ja doch fest.

Stadt. Karl Goldschmidt (N. L.) hält auch die Ertragskraft des Einheitspreises für so groß, daß der neue Vertrag auf 10 Jahre in den Kauf genommen werden kann. Er verlangt indessen vom Magistrat die präzise Zusicherung, daß die Gasleitungen für die Anschlüsse auch in Zukunft gratis gelegt werden.

Stadt. Max Schulz (N. L.): Der Einheitspreis schließlich ist nicht das Ideal sondern der billige Einheitspreis. Die Petitionen sollte man nicht so verächtlich beiseite schieben. Die Verträge bieten tatsächlich Schwierigkeiten, die ein Ausschluß prüfen müßte. (Lebhafte Widerspruch.)

Ein Schlufantrag wird angenommen und der Antrag auf Ausschlußberatung in namentlicher Abstimmung mit 82 gegen 35 Stimmen abgelehnt; § 1 wird angenommen.

Im § 2 wird gefaßt, daß, so lange der Einheitspreis von 13 Pf. abzüglich 6 Proz. Rabatt bestehen bleibt, die englische Gesellschaft an die Stadt eine Rente von 477 541 M. zu zahlen hat.

Stadt. Stadthagen beantragt, statt 13 Pf. zu legen 10 Pf. und den § 2 mit dem Antrag einem Ausschuß zu überweisen. (Lachen und große Unruhe, die noch wächst, als der Redner ausführt, daß er jetzt um so mehr und eingehender zu sprechen verpflichtet sei, da die Mehrheit vorhin den Schluf beschloß, als gerade er, Stadthagen, wieder das Wort hatte erhalten müssen.) Redner zeigt dann, daß die Redner vorhin tatsächlich auch die Notwendigkeit der Ausschlußberatung anerkannt haben. Wie man aus § 2 bedauern könne, daß die Stadt einseitig das Recht habe, den Einheitspreis herabzusetzen, sei ihm unerfindlich. Sonst wäre die Gesellschaft Entschädigung auf Grund ihrer Privilegien zu fordern berechtigt. Ist der Vertrag ein Vertrag über Handlungen, so hat die Gesellschaft gemäß dem Bürgerlichen Gesetzbuch das Recht, nach 5 Jahren die unentgeltliche Verleumdung Schöneberger Reviers abzulehnen und Bezahlung zu beanspruchen. Das wäre ein Millionengeschäft für die Gesellschaft! Ein Teil der Bevölkerung wird mit dem 12 1/2 Pf.-Preis geschädigt; die Schädigung wird nur vermieden, wenn der Einheitspreis auf 10 Pf. normiert wird. (Die Unruhe steigt immer mehr.) Die Erhöhung des Kohlenpreises steht moralisch auf demselben Niveau wie die Erhöhung der Getreidepreise; der ärmeren Bevölkerung wird die Teilnahme in dieser kulturellen Ertragskraft erschwert. Ich bitte nochmals, die Frage an einen Ausschuß zu verweisen. Die Stadt kann event. um 100 Millionen geschädigt werden, welche Sie der Englischen Gesellschaft in den Rücken schmeißen wollen. Herr Deter hat seiner Zeit am eifrigsten für 10 Pf. Einheitspreis gefochten, heute hat er eine andre Meinung.

Oberbürgermeister Kirchner: Die Behauptung, daß der Englischen Gesellschaft 100 Millionen durch falsche Fassung des Vertrags zufallen könnten, ist hinfällig. Verträge über Handlungen sind ein feststehender Begriff, ob sie im bürgerlichen Gesetzbuch erwähnt sind oder nicht. Ein Dienstvertrag ist der Vertrag sicher nicht. § 2 stimmt in seiner Fassung wörtlich mit der heute noch in Kraft stehenden Bestimmung (S. 107) überein. In einer Wendung des bestehenden Rechtszustandes können wir die Gesellschaft gar nicht zwingen. Ich werde nicht so töricht sein, dem Vorredner bei seinem Bemühen, es auch heute noch zu seiner Befriedigung kommen zu lassen, Vorparan zu leisten. (Lebhafte Zustimmung.)

Stadt. Stadthagen: Es ist mir nicht eingefallen, zu sagen, daß ich die Debatte nutzlos verlängern wollte, sondern daß vielleicht unsere sachlichen Ausführungen so lange Zeit in Anspruch nehmen würden, daß wir heute doch nicht fertig werden würden und daß deshalb die Ausschlußberatung die Sache abkürzen würde. Wenn der Oberbürgermeister gemeint hat, Verträge über Handlungen seien ein so feststehender Begriff, daß dieser durch das Bürgerliche Gesetzbuch nicht geändert werden kann, so irrt er. Ist er denn nicht einmal bis in das Comptoir des Oberbürgermeisters gedrungen, daß wir beim Bürgerlichen Gesetzbuch mit dem landrechtlichen Begriff der Verträge über Handlungen nichts zu thun haben wollten? Es handelt sich hier vielmehr um Dienste, die nach den Bestimmungen über Dienstleistungen zu entscheiden sind. (Große Unruhe.) Seien Sie doch nicht so laut, daß der Herr Oberbürgermeister mich nicht verstehen kann. (Stürmische Heiterkeit.) Darin hat er allerdings bis zu einem gewissen Grade recht, daß § 2 dem alten Vertrage entspricht. Dieser gilt aber nicht so lange, wie der neue gelten soll. Soll altes Unrecht bis 1925 verlängert werden? Warum sprechen Sie sich so gegen den Ausschuß? Steht etwas dahinter, was eine gründliche Beratung verhindern soll? (Weisfall bei den Socialdemokraten.)

Oberbürgermeister Kirchner: Nachdem ich nunmehr die juristischen Darlegungen des Vorredners richtig verstanden, habe ich unsofortiger Veranlassung, die Debatte zu verlängern.

Die Anträge Stadthagen werden abgelehnt, § 2 angenommen, ebenso §§ 3 und 4 ohne Debatte.

§ 5 gestattet der Gesellschaft die Weiterbenutzung der vorhandenen und die Verlegung neuer Verbindungs-Röhren. Die in Gemäßheit dieses § 5 verlegten Rohrleitungen können auch über die Dauer dieses Vertrags hinaus so lange liegen bleiben, als sie zur Durchführung von Leucht- bzw. Koch- und gewerblichem Gas benutzt werden. Selbstverständlich muß sich die Englische Gesellschaft hinsichtlich der Verlegung resp. späteren Umlegung ihrer Verbindungs-Röhren den Vorschriften und Anordnungen der Baupolizei und der Strombau-, Straßen- und Wohnbau-Verwaltung unterwerfen.

Stadt. Stadthagen beantragt die Streichung dieses Passus, der die Stadt Berlin benachteiligt, und bemängelt namentlich das unjuristische „Selbstverständlich“ in demselben.

Nachdem Stadtrat Ramskau auf die Unentbehrlichkeit der Bestimmung hingewiesen, wird der Antrag abgelehnt und § 5 angenommen.

§ 8 legt der Gesellschaft die Verpflichtung auf, die öffentliche Verleumdung des Schöneberger Reviers bis 1925 unentgeltlich zu besorgen, dagegen räumt die Stadt der Gesellschaft das Recht ein, auch über 1904 (den Ablauf des mit Schöneberg geschlossenen Vertrags der Gesellschaft) hinaus bis 1925 diesen Stadteil ausschließlich mit Gas zu versorgen.

Stadt. Stadthagen sieht in diesem § 8 eine gründliche Ueberwälzung Berlins durch die sinnigen Berater der Gesellschaft und beantragt die Streichung. Die Gesellschaft könne nach fünf Jahren von der ihr auferlegten Verpflichtung zurücktreten. An diesem Punkt werde vielleicht der Oberbürgermeister schließlich bereuen, zu dem Vertrage, der Berlin blüht, geraten zu haben. (Der Vorsteher bittet doch von solchen Kränkungen der städtischen Beamten Abstand zu nehmen.)

Stadt. Borgmann (Soc.): Wenn die Stadt zu einem billigeren Einheitspreis übergeht, wüßte dieser Stadteil davon ausgeschlossen sein. Also muß der § 8 gestrichen werden.

§ 8 wird angenommen, desgl. § 9, der die Gasmessermiete festlegt, entgegen einem vom Stadt. Subeil (Soc.) befürworteten Entzoge auf Streichung.

Rach § 10 soll das Gas der Automaten mit 10 Pf. für 675 Liter berechnet werden. Stadt. Ewald (Soc.) will das Gas zu demselben Satz berechnet wissen, welcher den größeren Abnehmern zugestanden wird.

Der Antrag wird abgelehnt. Rach § 11 sind die Kontrahenten berechtigt, die Zuleitungsrohre kostenlos zu legen.

Stadt. Hoffmann (Soc.) beantragt, statt „berechtigt“ zu sagen „verpflichtet“. Die Stadt habe sich sogar von städtischen Schulrektoren die Zuleitung bezahlen lassen (Hört, hört!); danach könne man ersehen, wie es nachher dem Keinen Publikum gehen würde. Mit der Zusicherung allein sei es nicht getan.

Stadtrat Ramskau: Es wäre unlaufmännisch, diese Verpflichtung zu übernehmen. Wir können nicht fünf Stock hoch in einen Seitenflügel mit einer Gasleitung gehen, um etwa einer Wäscherin Gas zu liefern. Ich muß bei meiner vorherigen Erklärung stehen bleiben.

Rach § 12 soll der Vertrag auf zehn Jahre geschlossen und Mangels Kündigung um je drei Jahre verlängert werden.

Stadt. Bruns (Soc.) will statt zehn fünf, statt drei ein Jahr legen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Vertrag im ganzen wird genehmigt; einem Antrag der Socialdemokraten auf namentliche Abstimmung giebt der Vorsteher wegen eines Formfehlers keine Folge.

In namentlicher Abstimmung wird darauf der Magistratsantrag auf Festsetzung eines Einheitspreises von 12 1/2 Pf. und auf Abschluß eines neuen Vertrags mit der Internationalen Continental-Gas-Association mit 73 gegen 15 Stimmen angenommen.

Schluf 1/10 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Beseitigung der Hausindustrie und Heimarbeit erstreben außer einer großen Kategorie von Arbeitern anderer Verufe auch die Kostümschneider und Schneiderinnen. In einer öffentlichen Versammlung am Mittwochabend beklagten sie die unheilvollen Folgen dieser Betriebsform; diese biete dem Unternehmer das Mittel, die Löhne herabzudrücken, die Arbeiter gerade durch ihre Isoliertheit auf das intensivste auszubeuten. Der im Frühjahr 1900 festgelegte Tarif stände infolge dessen nur auf dem Papier, es würde nicht danach bezahlt; alle möglichen Arbeiten würden durch Heimarbeiter angefertigt, wodurch die in den Werkstätten beschäftigten bedeutend geschädigt würden. Der Magistrat von Berlin habe die Kostümschneider als „Künstler“ mit 1800 M. eingeschätzt; es würde aber meist überleben, daß sie höchstens 24 Wochen im Jahre Arbeit hätten. Nachdem die zahlreich Versammelten dem Vorgehen der Pariser Damenarbeiter ihre volle Sympathie ausgesprochen, nahmen sie eine Resolution an, in der sie die Hausindustrie und Heimarbeit für eine Betriebsform erklärten, die geeignet, die Gesamtheit der Arbeiter moralisch und materiell zu ruinieren, sowie die Ordnung in allen Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu untergraben; sie fordern einmütig die Beseitigung der Hausindustrie und Heimarbeit und Errichtung von Betriebswerkstätten. Sie appellieren an die höheren Gesellschaftsklassen, namentlich an die Damen wenden sie sich, sie in ihrem Kampf zu unterstützen und nur in solchen Geschäften dieser Art ihre Einkäufe zu machen, die in eignen Werkstätten arbeiten lassen. — Sie beantragen die Ortsverwaltung und die Agitations-Kommission des Verbands, alle rechtlich zulässigen Mittel zur Erreichung obigen Ziels zu ergreifen.

Die Arbeitszeit der Parkettbodenleger soll nach einem in der letzten Branchenversammlung derselben angenommenen Entzoge nie folgt geregelt werden. Die Arbeitszeit beginnt um 7 Uhr früh und endet um 5 Uhr abends. In die Zeit fallen eine Stunde Frühstücks- und eine Stunde Mittagspause. An den Vorabenden der Sonn- und gesetzlichen Feiertage tritt Feierabend um 4 Uhr ein.

Deutsches Reich.

Wegen Lohnabzüge in Höhe von 10—15 Proz. legten sämtliche Spinner und Weber der Zuteilspinnerei und Weberei der Gebr. Sandberg in Freystadt in Niederschlesien die Arbeit nieder. Es handelt sich um 160 bis 170 Arbeiter. Leider ist der größte Teil nicht organisiert.

Polizei und Gewerkschaften. In Eilenburg (Provinz Sachsen) und in Reudamm (Provinz Brandenburg) wurde den Filialen des Textilarbeiter-Verbands die Abhaltung eines Leistungsfestes polizeilich verboten. In Eilenburg mit der Begründung, die Filiale sei ein politischer Verein, in Reudamm sind Gründe nicht angegeben.

In Liegnitz beabsichtigte der Holzarbeiter-Verband ein Vergnügen abzuhalten. Die Polizei verweigerte aber die Erlaubnis dazu, bezw. machte sie die Erlaubnis von der etwaigen Beteiligung der Frauen an dem Vergnügen abhängig. Eine solche Beteiligung wollte die Polizei nicht gestatten, weil nach ihrer Ansicht die Zahlstelle ein politischer Verein sei. Eine Beschwerde an die Regierung war erfolglos, die Polizei behielt recht. Man gedenkt jetzt, die Sache bis zur äußersten Instanz durchzuführen, da der Holzarbeiter-Verband keinerlei politische Tendenzen verfolgt.

Sociales.

Der Kampf gegen die Tuberkulose in Dänemark. Am Sonntag fanden in Dänemark 65 Volksversammlungen statt, in denen die Errichtung von Volks-Heilstätten zur Bekämpfung der Tuberkulose und Struphulose durch den Staat gefordert wurde. In diesen Versammlungen, von denen sechs in Kopenhagen stattfanden, sprachen außer den Vertretern der Krankenkassen, der socialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften auch mehrere Ärzte. Unter den Referenten war auch der alte Gegner der Socialdemokratie, der Professor Dr. med. Oerum. Er hob hervor, daß die Konventionen ca. 70 Millionen Kronen zur Befestigung Kopenhagens bewilligt hätten, während sie zur Bekämpfung der Tuberkulose, des viel schlimmeren Feindes innerhalb der Wälle, nichts übrig hätten. In sämtlichen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, durch die Regierung und Reichstag aufgefordert werden, sofort die nötigen Schritte zu thun, um die Errichtung von Heilstätten zur unentgeltlichen Behandlung von unbemittelten Lungenerkrankten und Struphulösen Kindern vorzubereiten, so daß bereits der nächsten Session des Reichstags definitive Vorschläge gemacht werden könnten.

Aus der Frauenbewegung.

Die Errichtung einer Berliner Oberrealschule für Mädchen fordert der Verein „Frauenwohl“, der in seiner gestrigen, unter Vorsitz von Frau Dr. Anita Augspurg im Abgeordnetenhaus abgehaltenen Versammlung fast einstimmig beschloß, eine Petition an den Magistrat und die Stadterordneten-Versammlung abzugeben, welche verlangt, daß in den städtischen Etat für das Jahr 1901 die notwendigen Mittel zu diesem Zweck eingestellt werden. — In Petitionieren sind die bürgerlichen Frauen seit einiger Zeit wirklich stark. Es vergeht kaum eine Woche, wo sie nicht eine Petition loslassen. Wenn allen ihren Petitionen der Erfolg blüht, den sie erhoffen, so wird ihnen bald nichts mehr zu wünschen übrig bleiben.

China.

Die Bestrafung der Schuldigen.

Die Berliner Gesandten genehmigten nach einer Meldung der „Morning Post“ folgendes Kompromiß: Prinz Tuan, Herzog Lan und General Tsungshung werden zum Tode verurteilt, dürfen dann aber zu lebenslänglicher Verbannung begnadigt werden. Prinz Tchang ist zu erschließen, Huhsten zu enthaupten, Tschaoentschiao und Hinguen dürfen sich selbst erschließen. Tschihsin

und Hsutschengahn sind in Peking zu enthaupten. Damit sind die Verhandlungen über den ersten Punkt der Forderungen der Mächte erledigt.

Den „Hauptschuldigen“ wäre damit also nach wie vor die Strafe gesichert. Diese Konzession halten außerdem die Gesandten schon längst vom Hofe erhalten. Das Kompromiß bedeutete eine neue Niederlage der Realpolitik. Um ein solches Zugeständnis zu erlangen, brauchte Waldersee nicht erst mit dem Säbel zu raseln.

Und was wird nun aus den neuen Expeditionen?!

Isolierung Deutschlands.

Köln, 21. Februar. (W. S.) Die „Köln. Ztg.“ schreibt zu der geplanten größeren Expedition: Was bisher in China geschehen ist, hat unter dem Zeichen der Einigkeit der Mächte geschehen. Dieser Grundgedanke wird selbstredend auch in Zukunft beobachtet werden. Sollte sich die bisher höchstens theoretisch in Betracht gezogene Notwendigkeit ergeben, einen neuen starken militärischen Druck auszuüben, so kann man überzeugt sein, daß das Mittel zu diesem Zweck auch die Zustimmung der Mächte finden wird, die sich etwas absteils halten. Die ausdrücklich als unwiderruflich bezeichneten Friedensbedingungen tragen die Unterschrift der Vertreter sämtlicher beteiligten Mächte. Wenn hier und dort ein weises Nachgeben in Einzelheiten am Plage war, so kann es sehr wohl Bedingungen geben, auf deren genaue Ausführung nicht verzichtet werden kann.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Konserverbative Agitation gegen die Kanalvorlage.

Breslau, 21. Februar. (W. S.) Der Führer der Konserverbativen, Graf Limburg-Sturum, äußerte sich, wie die „Schles. Morgenztg.“ meldet, in einer Wählerversammlung u. a. über die Kanalvorlage sehr abfällig. Er sagte, dem Mittelrand-Kanal sei eine Wichtigkeit beigemessen worden, die er nicht verdiene; die landwirtschaftliche Frage sei wichtiger. Die Beseitigung der traurigen Zustände an den unteren Wasserläufen sei keine Kompensation. Die Kanäle würden die Grundlage unserer Finanzen, die auf den Eisenbahnen beruhen, zerstören. Die Konserverbativen würden trotzdem die Vorlage prüfen. Von hoher Seite wolle man in Schlesien für die neue Vorlage Stimmung machen durch allerlei Versprechungen, die aber lediglich Zukunftsmusik seien. Trotz aller gegenteiligen Versicherungen sei die Stimmung wieder bei den Abgeordneten noch im Volke der Vorlage günstiger als früher.

Die Sprachenfrage im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Wien, 21. Februar. (W. T. V.) Während der Rede des Abgeordneten Brzard verteilten gesehlich-rabifale Abgeordnete große, mit roten Lettern gedruckte Plakate, welche in gesehlicher Sprache den Text des die Gleichberechtigung der Nationalitäten verfügenden § 19 des Staatsgrundgesetzes enthielten und ließen diese auch auf die Säge der Minister, wo sie deutsche Abgeordnete sofort entfernen. Abg. Pressel versucht, solche Plakate auch hinter dem Präsidenten an die Wand zu kleben, deutsche Abgeordnete hindern ihn jedoch daran. Zwischen gesehlich-rabifalen und Deutschrabifalen entziehen heftige Austritte, an denen sich auch Angehörige anderer Parteien beteiligen. An verschiedenen anderen Stellen angeklebte Plakate werden von den Ordnern entfernt. Abg. Dr. Stranzky erklärt, der Protest der Gesehen werde es verhindern, daß hier in diesem Hause die deutsche Staatsprache aufgerichtet werde. (Weisfall bei den Junggesehen.) Abg. Deschatta vermahnt sich, der Konsequenzen halber, gegen die Verlesung der Uebersetzung fremdsprachiger Interpellationen oder Entzoge. Abg. Ritter v. Placet sagt, in Oesterreich seien die Deutschen die heuti possidentes, kein Wunder, daß sie immer mehr fordern. Abg. Rattai spricht hierauf gesehlich. Abg. Forcht beginnt in gesehlicher Sprache und fährt dann in deutscher Sprache fort, ein Parlament, welches österreichisch heißen wolle, dürfe nicht die Rechte der Nationalitäten dieses Staats mit Füßen treten. Abg. Daszjinsky erklärt, der nationale Chauvinismus sei bis zum Wahnsinn geblieben. (Redner wird fortwährend von den Gesehen unterbrochen.) Wenn der Präsident das Recht eines jeden Abgeordneten, Interpellationen in seiner Sprache einzubringen, und das Recht des Hauses, den Inhalt dieser Interpellationen kennen zu lernen, wahrte, würden die Socialdemokraten vollkommen mit seinen Entscheidungen einverstanden sein. Nach der Rede Daszjinsky entspringt sich ein Streit zwischen den Socialdemokraten und den Junggesehen. Abg. Dr. Groh erklärte im Namen der deutschen Fortschrittspartei die Debatte als geschäftsordnungswidrig und sagt, die Deutschen seien bereit, für die Arbeitsfähigkeit des Hauses große Opfer zu bringen, ausgenommen ihre nationalen Rechte und Pflichten. Abgeordneter Graf Valfy bedauert im Namen des konservativen Großgrundbesitzes, daß durch die Erklärung des Präsidenten neuerdings die Sprachenfrage aufgeworfen worden sei. Nachdem noch der Gesehliche Excevitich und der Slovener Schusterschisch sich dem Protest der Gesehen angeschlossen, dagegen Socialdemokrat Daszjinski im Namen der Partei den Rechtsanspruch des Präsidenten beigestrichelt und Dr. Lueger im Namen der Christlich-socialen die Vorfälle in den letzten Tagen ironisiert und das Haus zum Aufgeben des ungeliebten nationalen Streits aufgefordert hatte, beantragt Schönerer, unter Ausfällen gegen Lueger und gegen den gewissenhaften Präsidenten Fuchs, ein Mißtrauensvotum für den Präsidenten Grafen Benter wegen der Einführung der Doppelsprachigkeit. Redner verlangt, der Präsident solle seine Entschuldig zurückziehen, und fragt, ob beide Vicepräsidenten mit der Erklärung des Präsidenten einverstanden seien. Der Präsident erwidert, er habe bereits mitgeteilt, daß eine Einigung im Präsidium nicht erzielt worden sei, die Vicepräsidenten würden sich jedoch hofentlich an seine Entscheidung halten. Der Antrag Schönerer wird genügend unterfütigt und daher der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeföhrt. Abg. Wolf ruft dem Vicepräsidenten Prade zu: „Adanken.“ Prade erwidert: „Sie haben mir nichts zu kommandieren.“ — Die Sitzung, welche ziemlich ruhig verlaufen ist, wurde nach sechshündiger Dauer geschlossen. Nächste Sitzung morgen.

Der Waldersee-Zug im englischen Unterhause.

London, 21. Februar. (W. T. V.) Der Staatssekretär für Indien, Lord Hamilton, erklärt, die Regierung habe Mitteilung erhalten, daß Graf Waldersee einen Armeebefehl verlassen habe, in welchem er ankündigt, daß nach seinem Dasfchalten wegen des unbefriedigenden Fortgangs der Friedensverhandlungen die Wiederaufnahme von größeren Unternehmungen in kurzem notwendig werden würde. Hieran habe die Regierung verlangt, daß sie mit ausreichenden Informationen versehen werde, über Zweck und Ziel dieser Expedition. Nach dem Eintreffen dieser Informationen werde die Regierung sich darüber schlüssig machen, ob an Gesehliche Weisungen zu entsenden seien, welche von den bisher erteilten abweichen. James Lovtcher fragt an, ob Vorkehrungen dafür getroffen würden, daß bis zum Eintreffen dieser Informationen keine Bewegung der englischen Truppen stattfinden werde. Hamilton antwortet, in gewissen Teilen Nordchinas herrsche Kriegszustand; es sei unter solchen Umständen kaum zweckmäßig, ihm eine derartige Frage ohne vorherige Mitteilung vorzulegen.

Frankfurt a. M., 21. Februar. (W. S.) Wie die „Frankf. Zeitung“ mitteilt, haben die Erben des Barons Willy Rothchild an die hiesigen wohlthätigen Stiftungen in einem vom Erblasser bestimmten Rahmen Legate überwiesen, deren Gesamtsumme eine Million Mark beträgt.

Bourges, 21. Februar. (W. T. V.) Wegen Arbeitsmangels mußten 200 Arbeiter des hiesigen Personals entlassen werden.

Reichstag.

64. Sitzung vom Donnerstag, den 21. Februar 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Pöblich.

Die Beratung des Postetats wird fortgesetzt beim Titel „Unterbeamte“.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Die Schaffner, die früher als Postkassen beschäftigt waren und seit dem 1. April 1895 angestellt sind, wünschen volle Anrechnung ihrer Postkassen-Dienstzeit. Redner wünscht des weiteren Aufstellung fester Grundzüge für die Gewährung von Stellungszulagen. Bei der Auswahl des weiblichen Personals sollte man nicht gerade die jüngeren Kräfte berücksichtigen. Ueberhaupt sollten nicht so viel Frauen angestellt werden. Es wäre richtiger, wenn der Staatssekretär Unterstützungsgesuche von Beamten mit linderreichen Familien berücksichtigte, statt ihnen den Rat zu geben, sich doch lieber zu menagieren und einzurichten.

Abg. Werner (Antik.):

Auch ich bedauere es, daß so viele Frauen im Postdienst angestellt werden. Das Gratifikationsystem sollte aufgegeben werden, es schafft nur Unzufriedenheit unter den Beamten, denn es ist doch nicht zu vermeiden, daß die Gratifikationen häufig nach Gunst statt nach Verdienst erteilt werden. — Die Hauptsache ist die anständige Behandlung der Unterbeamten. Leider lassen es die Vorgesetzten, namentlich die jüngeren Beamten, daran noch häufig fehlen. Besonders die älteren Unterbeamten hätten wohl das Recht, von solchen jungen Beamten mit „Herr“ angeredet zu werden.

Abg. Wassermann (natl.):

Wir sind im Gegensatz zu der Ansicht der Herren Vorredner der Meinung, daß wir es mit Freuden begrüßen können, wenn in dem Postdienst den Frauen ein neuer Beruf eröffnet wird.

Abg. Müller-Sagan:

Ich habe nur gewünscht, daß der Herr Staatssekretär nicht die Stellen vermindere, die den Frauen ein so auskömmliches Gehalt bieten, daß sie leicht heiraten können, und daß er die jüngeren weiblichen Kräfte, die sich noch verheiraten könnten, weniger bei der Anstellung berücksichtige. Gegen eine gesunde Frauenbewegung habe ich mich nicht gewandt.

Staatssekretär Pöblich:

Herr Müller-Sagan wird mir nicht nachweisen können, daß Frauen an Stelle von Unterbeamten angestellt sind, sie sind lediglich an Stelle von Postaffizienten und Telegraphenaffizienten angenommen worden. Die Postkassenzeit kann den Schaffnern schwer angerechnet werden, denn sie stehen während ihrer Postkassenzeit im Lohnverhältnis zu den Posthaltern, nicht einmal zur Postverwaltung. Dennoch bin ich bereit, der Frage näher zu treten, denn es ist wünschenswert, daß das Vorkommen der Postkassen gestärkt wird. — Was die Frage des Titels „Herr“ anlangt, so halte ich diese Materie nicht für geeignet für einen Erlaß. Ich bin aber der Meinung, daß der Titel, den ein Beamter führt, vor seinem Namen gesetzt wird, wenn man aber diesen Titel wegläßt, muß man den betreffenden mit „Herr“ anreden. Dagegen daß ein junger Beamter, der vielleicht erst einige Wochen in den Dienst hinein gerufen hat, einen alten Postkassierer ganz familiär bei seinem Namen ruft, halte ich geradezu für eine Unverschämtheit und mißbillige ein solches Vorgehen durchaus. Ich meine also, ein Unterbeamter soll angedeutet werden entweder „Postkassierer Meier“, das ist der Titel, den ihm der Kaiser verliehen hat, oder wenn man diesen Titel wegläßt, mit „Herr Meier“. (Große Heiterkeit.)

Abgeordneter Jubel (Soz.):

Ich muß noch näher auf die Lage der Postkassen eingehen. Diese haben einen sehr schweren Dienst, bei langer Arbeitszeit und geringer Entlohnung. Der Tagelohn beträgt nach 8 Jahren 2,50 M., nach 6 Jahren 2,75 M. Vom 1. September des vorigen Jahres an haben die Postkassen überhaupt keinen freien Tag mehr. Weltweit ist man sich selbst angeschlossen. Auch ist noch immer nicht dafür gesorgt, daß sie bei schlechter Witterung einen besonderen Wettermantel bekommen. Nach zehn Jahren haben diese Beamten zwar das Recht, als Beamte angestellt zu werden; aber nur ein kleiner Teil dieser Postkassen wird nach zehn Jahren vom Arzt für gesund genug erklärt, in den Postdienst übernommen zu werden. Die Behandlung dieser Postkassen läßt viel zu wünschen übrig. Besonders in der Posthalterei Köpnickstraße werden sie vom Oberpostsekretär nur allzu oft mit Sämel, Junge und ähnlichen Stoffen angedeutet. Wenn sie sich beschweren, bekommen sie noch Strafe oder werden von Posthalterei zu Posthalterei versetzt. (Weißfall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Pöblich:

Ich werde sofort eine Untersuchung über die Verhältnisse in der Posthalterei Köpnickstraße anstellen lassen, jedenfalls bin ich dem Vorredner dankbar, daß er mich darauf aufmerksam macht. Die Frage der Wettermäntel wird hoffentlich im nächsten Jahre definitiv gelöst werden. Versuche finden fortgesetzt statt.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel 35: „Löhne für Personen im Arbeitsverhältnis“ bringt

Abg. Frohme (Soz.):

Die Lohnverhältnisse der Telegraphenarbeiter zur Sprache. Diese erhalten einen geringeren Lohn als andre Arbeiter am Orte, während sie doch in erheblichem Maße qualifizierte Arbeiter sind.

Staatssekretär v. Pöblich:

Die Bezahlung dieser Arbeiter ist ja freilich keine sehr hohe, aber Sie wollen dies nicht bedenken, daß diese Arbeiter eine Verantwortung darauf haben, in den Postunterbeamtenstand übernommen zu werden. Das ist meines Erachtens nach ein Grund, weshalb sie in jüngeren Jahren nicht so hohe Löhne erhalten. Auch ist für die Witwen und Waisen dieser Arbeiter gesorgt. Der Titel wird hiermit bewilligt. Beim Kapitel „Telegraphenwesen“ wünscht

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.):

bessere Fernsprech-Verbindung zwischen Berlin und Königsberg i. Pr. und in Oberschlesien.

Direktor Echow:

Die Fernsprech-Verbindungen nach dem Osten, Königsberg und Posen sollten schon in diesem Etat verbessert werden. Wir hoffen, daß wir im nächsten Jahre dem betreffenden Wunsche entgegenkommen können.

Abg. Gerkenberger (L.)

wünscht direkte Telephonverbindung der kleinen Städte am Main mit Frankfurt a. M.

Staatssekretär v. Pöblich:

erkennt die Berechtigung des Wunsches an; zur Zeit seien aber die dort liegenden Linien zu sehr überlastet.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Entschädigungen für frühere Postgerechtsame“ be-
baut

Abg. Hauffmann (Deutsche Volksp.)

die verzögerte Auszahlung von der Post anerkannter Entschädigungs-
beträge an die Inhaber der früheren Privatposten. Möge
in Zukunft diese Verzögerung aufhören und der Standpunkt

der Billigkeit nicht verlassen worden. Das Verfahren der bayerischen
Postverwaltung war noch viel rigoroser, als das der Reichs-Post-
verwaltung.

Der Titel wird bewilligt, ebenso die folgenden.

Beim Titel „Gemietete Räume“ weist

Abg. Thiele (Soz.)

darauf hin, daß das alte Bahnhofsgelände in Halle von der Post
gemietet und ein Postamt darin untergebracht worden sei. Bereits
früher haben die Räume schon nicht genügt. Nach Aufheben der
Privatpost sind die Räume aber durchaus unzulänglich geworden.

Der Titel wird bewilligt, ebenso debattelos der Rest der ordent-
lichen Ausgaben und das Extraordinarium.

Damit ist der Postetat in zweiter Lesung erledigt.

Es folgt der Etat der Reichsdruckerei.

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Der Vertrag mit der Privatdruckerei, in der der „Reichs-
Anzeiger“ hergestellt wird, läuft am 1. April 1902 ab. Die Reichs-
druckerei ist in der Lage, den Druckauftrag zu übernehmen. In der
Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wird gegenwärtig über
die Sache verhandelt. Mit Rücksicht darauf werde ich erst in der
dritten Lesung den Antrag stellen, den Vertrag zu kündigen.

Staatssekretär v. Pöblich:

Ich habe keinen Einfluß auf den Abschluß mit der Reichsdruckerei.
Die neue Einrichtung würde einige 100 000 Mark kosten, wir
müßten Segmaschinen aufstellen. Der Gedanke ist auch nicht ganz
von der Hand zu weisen, ob man hier nicht der Privatindustrie eine
gewisse Konkurrenz bereitet, und ob der Auftrag nicht vielleicht
besser von der Privatindustrie erledigt wird. Es ist nicht meine Ab-
sicht, den Betrieb zu übernehmen, falls nicht der Reichskanzler eine
direkte Anordnung erläßt.

Abg. Paasche (natl.)

bittet den Abg. Arendt, von seinen Anregungen Abstand zu nehmen.
Schon jetzt werden Beschwerden laut, daß die Reichsdruckerei durch
den Druck von Akten mit künstlerischer Ausstattung der Privat-
industrie Konkurrenz bereite. Es liegt kein Grund vor, einer großen
Druckerei, die auf den Betrieb eingerichtet ist, die Arbeit plötzlich zu
rauben.

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Von einer Konkurrenz mit der Privatindustrie kann gar nicht
gesprochen werden, wenn das Reich den „Reichs-Anzeiger“ in der
Reichsdruckerei herstellen läßt. Es handelt sich um ein amtliches Organ,
das häufig in der Lage kommt, amtliche Mitteilungen zu veröffentlichen,
deren Geheimhaltung bis zur Stunde der Veröffentlichung unter Um-
ständen von sehr großer Bedeutung sein kann. Die in der Reichsdruckerei
hierfür gebotenen Garantien sind von großer Wichtigkeit. Es handelt
sich hier um die Begünstigung einer einzelnen Druckerei,
der Druckerei der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Die
Herstellung des „Reichs-Anzeigers“ ist doch erheblich teurer, als sie
in der Reichsdruckerei sein würde. Versteht man sich auf die Kon-
kurrenz, dann müßte man die Arbeit ausschreiben und den Billigsten
nehmen. Das ist aber nicht angängig.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.)

schließt sich den Ausführungen des Abg. Arendt an.
Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats ohne weitere
Diskussion.

Es folgen Petitionen.
Bei verschiedenen Petitionen, betr. Einschränkung der Konsum-
vereine und des Hausierhandels, Ergänzung des Nah-
rungsmittel-Gesetzes, beantragt die Kommission Ueber-
gang zur Tagesordnung.

Das Haus beschließt ohne Diskussion demgemäß.
Ebenso ist Uebergang zur Tagesordnung beantragt über Peti-
tionen betr. Abänderung der Statuten für die Penzionszuschuß-
kasse der Arbeiter in der Gewehr- und Munitions-
fabrik in Spandau.

Der Antrag der Kommission wird debattelos angenommen.
Petitionen betreffend Regelung der Fährische und Ein-
führung einer periodischen Kassaide werden gemäß dem Kommissions-
antrage der Regierung als Material überwiesen. Zur Erwägung
sollen nach dem Antrag der Kommission Petitionen überwiesen
werden, betreffend die Prüfung der sanitären Verhältnisse
der mehreren Staaten gemeinsamen Ströme
durch eine Reichskommission.

Abg. Stolle (Soz.):

Es ist höchste Zeit, daß in dieser Frage endlich etwas geschieht.
Durch die Abwässer der industriellen Betriebe werden die Flüsse
in einer Weise verunreinigt, daß sie bei niedrigem Stand im Hoch-
sommer Ausdünstungen verursachen, die häufig Erkrankungen der
Anwohner zur Folge haben. Für die Gemeinden sind die Kosten
der Flußregulierungen häufig viel zu groß; hier muß der Staat
eingreifen.

Das Haus beschließt hierauf gemäß dem Antrage der Kom-
mission.

Schließlich wird von den Petitionen, welche die Kommission als
zur Erörterung im Plenum ungeeignet bezeichnet hat, auf Antrag
Regier (Soz.) die Petition des Wissenschaftlich-
humanitären Komitees betr. Abänderung des § 175 des
Strafgesetzbuchs an die Kommission zur Verichterstattung an
das Plenum zurückverwiesen.

Präsident Graf V. Vallestrom: Damit ist die Tagesordnung
erschöpft.

Meine Herren, das Beratungsmaterial fängt an zu mangeln,
andrerseits ist es sehr wünschenswert, daß die verschiedenen
Kommissionen einige freie Tage haben. Deshalb schlage ich Ihnen
vor, morgen und übermorgen keine Plenarsitzungen abzuhalten und
beraume die nächste Sitzung an auf

Montag, den 26. Februar, 1 Uhr. (Tagesordnung: Erste
event. zweite Beratung einer Abänderung der Strafbuchordnung,
Berichte der Wahlprüfungs-Kommission.)

Schluß 4 1/4 Uhr.

Abgeordnetenhause.

82. Sitzung vom 21. Februar 1901, 11 Uhr.

Präsident v. Köcher eröffnet die Sitzung.

Am Ministertisch: Bresfeld, Kommissar.

Die Beratung des Etats beginnt beim: Etat des „Reichs-
und Staats-Anzeigers“.

Ein Antrag Arendt (L.), die Frage der Erneuerung des Druck-
vertrags mit der Druckerei der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“
in der Budgetkommission zu prüfen, da Staatssekretär v. Pöblich
erklärt habe, die Reichsdruckerei werde binnen kurzem im Stande
sein, auch den „Reichs-Anzeiger“ zu drucken, wird angenommen.
Hierauf wird die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbe-
verwaltung fortgesetzt.

Abg. Schulz (fr. Sp.)

spricht sich für die Errichtung einer Berliner Handelskammer aus.
Die Vertreter der Kaufmannschaft haben in nicht genügender Weise
die Interessen der kleinen und mittleren Kaufleute vertreten. Sie
sind in Wahrheit eine Interessenvertretung der Börse.

Abg. v. Sauer (natl.):

Eine Änderung des Börsegesetzes in der Richtung, daß Tren-
nung und Gläubiger im Kaufmannstande nicht mehr so leicht außer Kurs

gesetzt werden können, wäre sehr erwünscht. Zwischen dem
Minister und den Führern der Handelskammer aus
dem Hause besteht ein Widerpruch. Der Minister beklagt
es, daß die angesehensten und größten kaufmännischen
Firmen der Korporation nicht angehören. Die Redner aus dem
Hause beklagen es, daß die kleinen Gewerbetreibenden nicht Mitglied
werden können. Durch die Reformvorschläge wird aber den Wünschen
der Kleingewerbetreibenden entsprochen. Die Gegnerschaft der Kon-
servativen gegen die Vorfälle ist mir erklärlich. Ihre wirtschafts-
politischen Grundgedanken richteten sich ausnahmslos gegen die wirt-
schaftlichen Anschauungen der konservativen Parteien.

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.)

weist darauf hin, daß sich viele Gemeinden gegen die
Errichtung von Gewerbegerichten sträuben. Es fragt
sich deshalb, ob nicht das Obligatorium einzuführen ist, und
die Materie liegt ja dem Reichstag jetzt auch zur Beschlußfassung
vor. Leider verhält sich auch die Regierung den Wünschen der
gewerblichen Arbeiter gegenüber ablehnend, leider auch der Minister
für Handel und Gewerbe. Die Behörden haben den Wunsch
der gewerblichen Arbeiter in dem industriell sehr ent-
wickelten schlesischen Kreis Lauban auf Errichtung eines
Gewerbegerichts abschlägig beschieden. Der Regierungs-
präsident von Liegnitz will nicht. In seinem Bescheide
führt er den Wunsch auf Errichtung eines Gewerbegerichts
nur auf freijährige Agitation zurück, ein Verdrüss
aber erkennt er nicht an. Er nennt speziell den Abg. Lüders
als Agitator für Gewerbegerichte. Nun hat der Abg. Lüders
über Gewerbegerichte im Wahlkreis gesprochen. Diese Mitteilung
ist unrichtig. Der Bericht des Regierungspräsidenten entbehrt also
der zu verlangenden Gewissenhaftigkeit. Weiter heißt es in dem
Bescheide, das „Laubauer Tageblatt“, das energisch für das
Gewerbegericht eintrete, weise stark zur Sozialdemokratie
hin. In dem Bescheide des Regierungspräsidenten werden die Unter-
zeichner der Petition auf Errichtung des Gewerbegerichts als
sozialdemokratisch bezeichnet. Es sind aber Mitglieder der
Christlich-Deutschen Gewerbevereine, die mit der Sozialdemokratie gar
nichts zu thun haben. Der Entscheid des Regierungspräsidenten
kommt zum Schluß zu der Meinung, daß die Errichtung eines Ge-
werbegerichts zu vertragen sei, da die in den Gewerbevereinen organi-
sierten Arbeiter nur in dem Gewerbebeschiedsgericht ein
neues Mittel zur Verjährung des Kampfs
zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber zu
erzielen wollten. Man glaubt nicht recht zu lesen, wenn man das
sicht. Ein königlicher Regierungspräsident sagt von einer
staatlichen Institution, sie sei nur geeignet, ein
Mittel in der Hand der Arbeiter gegen die
Arbeitgeber zu bilden. Das verstößt gegen den
§ 131 des Strafgesetzbuchs, der von der Verächtlich-
machung von Staatsinstitutionen handelt. Leider hat sich noch
kein Staatsanwalt gefunden, der gegen den Regierungspräsidenten vor-
gegangen wäre. Auch der Magistrat hat das Gesuch abschlägig be-
schieden. Er hat damit bewiesen, daß er kein Verständnis für die soziale
Bedeutung der Institution hat, die von allen Parteien im Reichs-
tag anerkannt worden ist. Einen Hauptgrund für den ab-
schließenden Bescheid des Regierungspräsidenten bildet aber die Tat-
sache, daß sich die Sozialdemokratie der Gewerbegerichte bemächtigt
habe. Der Regierungspräsident sagt, es handle sich bei
dem Gesuch um einen Vorstoß der Sozialdemokraten,
die bei den Wahlen zu dem Gewerbegericht Propaganda
für ihre Bestrebungen machen wollen. Das kann doch aber,
selbst wenn es wahr wäre, keinen Grund gegen die Ge-
werbegerichte abgeben. In Berlin sitzen in den Gewerbegerichten
als Arbeitnehmer nur Sozialdemokraten; sie haben sich durchaus be-
müht. Wir sollten uns der Mitarbeit der Sozialdemokraten freuen
und sie nicht zu verhindern suchen. Die Gewerbegerichte sind eine
Friedensinstitution, und Angst vor der Sozialdemokratie sollte die
Errichtung solcher Friedensinstitutionen nicht hindern. (Weißfall
links.)

Minister Bresfeld:

Die Errichtung von Gewerbegerichten ist in erster Linie Sache
der Gemeinde, nur in Ausnahmefällen Sache des Ministers. Ich bin
kein Feind der Gewerbegerichte, sondern habe nur immer das Be-
dürfnis entscheiden lassen. So habe ich auch in dem Laubauer Fall
gehandelt. In Preußen bestehen 200 Gewerbegerichte, würde der
Antrag Gesetz, die Gewerbegerichte für alle Städte über 20 000 Ein-
wohner obligatorisch zu machen, so würden nur noch
30 Gewerbegerichte hinzutreten. Der Kreis Lauban
ist sehr weit verzweigt, der Weg zum Gericht nach
Lauban würde für viele Arbeiter sehr weit sein.
Für mich ist in Fragen der Gewerbegerichte nur das Bedürfnis aus-
schlaggebend. Wenn der Regierungspräsident in seinem Bericht er-
wähnt hat, unter den Unterzeichnern seien ein paar zweifelhafte Social-
demokraten, so ist das das Recht des Regierungspräsidenten, aber
auschlaggebend ist das für mich nicht gewesen. Ob nun die Unter-
zeichner wirklich Sozialdemokraten sind, kann ich hier nicht nach-
prüfen und da will ich gern der abweichenden Meinung des Herrn
Vorredners nachgeben.

Abg. Kopisch (fr. Sp.)

stellt fest, daß in Sachen der Errichtung eines Gewerbegerichts in
Lauban dem Minister amtliche Berichte zugegangen sind, die grobe
Unwahrheiten enthalten! Er führt dann Beschwerde über
die Heranziehung fabrikmäßiger Betriebe zu den Kosten der Zwangs-
einmündung. Diese Betriebe sind ausdrücklich von einer solchen Heran-
ziehung frei, und trotzdem in zwei Instanzen in einem Fall in
Berlin ein Betrieb als fabrikmäßig anerkannt war, entschied der
Oberpräsident: Nein, das ist nur ein handwerkmäßiger Betrieb
und du mußt zahlen. Solche Fälle sind nicht selten, sie sind nur
dazu dienlich, die Rechtsunsicherheit zu vermehren und Rechts-
unsicherheit ist für die Gewerbetreibenden fast noch schlimmer als
Rechtslosigkeit.

Minister Bresfeld:

Es ist bedauerlich, daß wir keine sichere Begriffsbestimmung für
handwerkmäßige und fabrikmäßige Betriebe haben; Abhilfe ist da
wünschenswert. Ob sie im Wege der Verwaltung oder durch Gesetz
gewonnen werden wird, das kann ich noch nicht übersehen.

Hiermit schließt die Diskussion.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird der Antrag
Zellich (Errichtung einer Handelskammer in Berlin) angenommen.
Das Gehalt des Ministers wird bewilligt.

Beim Kapitel „Gewerbliches Unterrichtswesen“ entspringt sich
eine längere Debatte über den Befähigungsnachweis für das Bau-
gewerbe, bei der sich der Abg. Zellich (L.) und Gamp (fr.) für
den Befähigungsnachweis, die Abgg. Krawinkel (natl.) und
Kändler (fr. Sp.) dagegen aussprechen.

Abg. Meurer (L.)

wünscht einen Fonds, der den Handwerkerkammern zur Errichtung
von Handwerker-Fortbildungsschulen zur Verfügung
gestellt werde. Für die Landwirtschaftskammern besteht bereits ein
solcher Fonds für die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen. Was
der Landwirtschaft trägt ist, muß dem Handwerk billig sein.

Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.)

hofft, daß man bald allgemein die Notwendigkeit von
obligatorischer Einführung der Fortbildungs-
schulen anerkennt wird. Ebenso wie Gesellen und Lehrlinge
bedürfen aber die Meister weiterer Ausbildung. Ein großer Teil
unserer Handwerkermeister sieht nicht auf der Höhe, die er haben
muß, wenn er den Konkurrenzkampf mit der Industrie aufnehmen
will. Für die Meisterkurse sind aber viel zu geringe Mittel aus-

geworfen. Vielleicht liegt die Schuld weniger am Handelsminister als dem Finanzminister.

Minister Bresfeld:

Die Förderung des Fortbildungswesens liegt mir natürlich sehr am Herzen. Die Meisterkurse sind vorläufig nur ein Versuch, fällt er glücklich aus, so werden auch reichlichere Mittel bewilligt werden.

Der Rest des Etats wird nach unerheblicher Debatte erledigt. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Etat der Bauverwaltung.)
Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budget-Kommission

Sehte in der Donnerstag-Sitzung die Beratung des Militär-Etats beim Kapitel „Naturalverpflegung“ fort. Abg. Prinz Arenberg (L.) regt eine Erleichterung der Urlaubsbewilligungen für unbemittelte Soldaten an, indem man ihnen event. Naturalverpflegung gewährt. Das sei namentlich für arme Soldaten, die in weit von der Heimat entfernten Gattisonen ständen, angebracht. Die Abg. Müller-Sagan (fr. Pp.) und Graf Roon (L.) schließen sich diesem Antrage an. Auf eine Anfrage des Abg. Sped (L.), welche Erfahrungen die Militärverwaltung mit dem direkten Einkauf von Naturalien bei den Landwirten gemacht habe, erklärte ein Kommissar der Militärverwaltung, daß diese befriedigende seien. Beim Titel 7 kamen die Einquartierungslasten zur Sprache, die namentlich in der armen „Eifel“ sehr schwer drücken. Die Entschädigung von 80 Pf. für volle Verpflegung pro Tag sei ganz unzulänglich. General v. Deringer entgegnete, die Verhältnisse liegen in der stark bebauten Rheinprovinz sehr schwierig. Die Eifel sei das einzig vorhandene Terrain für größere Truppenübungen. 80 Pf. reichen für Verpflegung in den meisten Gegenden auf dem Lande, außerdem könne der Bundesrat ausnahmsweise bei außergewöhnlicher Höhe der Lebensmittelpreise über 80 Pf. und selbst über 1 M. für das Reich oder gewisse Gegenden hinausgehen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Pp.) bringt ferner die Zustände in den Kantinen zur Sprache. Die Lieferungen für die Kantinen gingen allmählich in die Hände einer großen, hier in Berlin domicilirenden kapitalistischen Gesellschaft über und würden von dieser mit allem, was sie benötigen, versehen. Von Seiten der Militärverwaltung wurde erklärt, daß nach eingezogenen Erkundigungen die Kantinenverwaltungen mit der Berliner Bezugsquelle zufrieden seien. Abg. Gröber (L.) beantragt eine Revision des Gesetzes von 1875 über die Naturalverpflegung vorzunehmen, es empfehle sich vielleicht, eine Einteilung nach Klassen zu machen und Gegenden, die besonders häufig mit Einquartierung bedacht würden, höhere Entschädigungen zu gewähren. Nach längerer Diskussion wird der Antrag Gröber angenommen.

Bei dem Abschnitt „Bekleidung und Ausrüstung der Truppen“ kamen die Wollepreise und die Löhne der Arbeiter zur Sprache. Abg. Webel (Soz.) befragte, ob die Militärverwaltung bei Abschließen von Lieferungsverträgen auch darauf sehen möge, daß nicht nur gute Arbeit geliefert, sondern auch anständige Löhne für gute Arbeit gezahlt würden, wie das z. B. in England seitens der Regierung und speziell wie es vor einigen Jahren vom Kriegsminister Campbell-Pannerman für sein Ressort als Richtschnur anerkannt worden sei. In der weiteren Debatte wurde durch die Militärverwaltung festgestellt, daß die Angaben über die gezahlten Preise und die gezahlten Löhne, die Webel bei der Beratung des China-Etats in der Kommission angab, sich als richtig herausstellten.

Die weiteren Abschnitte, Kapitel und Titel wurden nach unerheblicher Debatte genehmigt, bis zum Kapitel „Militär-Medizinalwesen“. Graf Oriola beantragte baldmöglichst eine Erhöhung der Gehälter der Apotheker, die sehr niedrige seien, so daß man kaum brauchbare Personen für das Gehalt bekomme. Abg. Hermes (fr. Pp.) befragte, ob ehemalige Militär-Apotheker eine Umwandlung der Organisation des Apothekerwesens. Die Resolution Oriola wird angenommen.

Die Gewerbegerichts-Kommission sehte am Donnerstag die Beratung der zum Gewerbegerichtsgesetz gestellten Abänderungsanträge fort. Während der § 2 des Gesetzes bestimmt, wer als Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes gilt, sehte bisher jede Bestimmung darüber, wer als Arbeitgeber zu betrachten sei. Nach dem socialdemokratische zu § 2 gestellte Antrag, daß als Arbeitgeber jeder selbständige Gewerbetreibende zu gelten habe, auch wenn er keine Arbeiter beschäftigt, bereits in einer früheren Sitzung abgelehnt worden war, sehte Genosse Zuhauer zu § 14 des Gesetzes folgenden Abänderungsantrag: „Als Arbeitgeber im Sinne der §§ 11 bis 13 gelten diejenigen selbständigen Gewerbetreibenden, welche mindestens einen Arbeiter oder Lehrling beschäftigt oder im letzten, der Wahl vorausgegangenen Jahre beschäftigt haben.“ Nach eingehender Beratung wurde der Antrag Zuhauer abgelehnt und auf Antrag Schworze-Lippstadt (L.) beschlossen, daß diejenigen selbständigen Gewerbetreibenden als Arbeitgeber gelten sollen, welche mindestens eine der im § 2 genannten Hilfskräfte, regelmäßig das ganze Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten“ beschäftigen.

Der § 25 des bestehenden Gesetzes bestimmt, daß nur dasjenige Gewerbegericht zuständig ist, in dessen Bezirk die streitige Verpfichtung zu erfüllen ist. Diese Bestimmung hatte zur Folge, daß gewisse gewerbliche Streitigkeiten überhaupt vor keinem Gewerbegericht zur Entscheidung gebracht werden konnten. So war z. B. ein in einem Eisenwagen der Eisenbahn beschäftigter Kellner mit seiner Klage von mehreren Gewerbegerichten abgewiesen worden, da sich diese Gerichte auf Grund der Bestimmung des § 25 für nicht zuständig erklärten, weil Zweifel darüber bestanden, wo für die in einem auf der Fahrt befindlichen Eisenbahnwagen beschäftigten Arbeiter die streitige Verpfichtung zu erfüllen sei. — Die Kommission beschloß, dem § 25 folgende Fassung zu geben:

Zuständig ist dasjenige Gewerbegericht, in dessen Bezirk die streitige Verpfichtung zu erfüllen ist, oder der Beklagte seinen ordentlichen Gerichtsstand hat.“

Die englischen Gewerkschaften im Jahr 1899.

Seit dem Jahr 1887 veröffentlicht das englische Arbeitsamt alljährlich Berichte über den Stand der Gewerkschaftsbewegung; Zahl der Trade Unions, Mitgliederzahl und Lohnverhältnisse werden eingehend berücksichtigt und mit früheren Jahren verglichen. Der gegenwärtige Bericht ist also der zwölfte; er enthält vergleichende statistische Angaben für die Jahre 1892—1899.

Die Zahl der Gewerkschaften betrug im Jahre 1899: 1292 gegen 1310 im Jahre 1898; fast in jedem Jahr macht sich eine Abnahme der Zahl der Trade Unions bemerkbar, da die kleineren vielfach in größeren aufgehen. Dagegen ist der Bestand der Mitglieder in diesem Wachsen begriffen, im Jahre 1899 umfaßten die sämtlichen Gewerkschaften 1.508.232 Mitglieder. Ende 1899 war die Zahl derselben auf 1.802.518 gestiegen. Die Zunahme betrug also 20 Proz. in den acht Jahren; im Berichtsjahre ist die Mitgliederzahl um 9 Proz. gestiegen. Von dieser Zunahme des letzten Jahres entfallen allein auf die Bergbau- und Steinbruch-Industrie 71.084 Mitglieder oder 24 Proz.

In 189 der gezählten Trade Unions sind Frauen als Mitglieder eingetragen; ihre Gesamtzahl beträgt 120.448 oder 7 Proz. der Mitgliederzahl sämtlicher Gewerkschaften und 39 Proz. der Gewerkschaften mit weiblichen Mitgliedern. Der größte Teil der weiblichen Mitglieder entfällt auf die Textilindustrie, nämlich 109.078, also über 90 Proz. Im ganzen sind nur etwa 10 Proz. der in Fabriken und Werkstätten thätigen Frauen organisiert.

Die Verteilung der Gewerkschaften und deren Mitgliederbestand auf die einzelnen Erwerbsgruppen im Jahr 1899 sei in folgender Tabelle gezeigt:

Gewerkschaftsgruppen	Anzahl der Gewerkschaften	Anzahl der Mitglieder	Mitgliederzahl am Schlusse von 1899	
			Anzahl	Prozent der Gesamtzahl
Bergbau und Steinbrüche	60	2029	424.788	24
Metall-, Maschinen- und Schiffbau	272	2570	891.245	19
Baugewerbe	196	3202	251.065	14
Textilindustrie	242	521	220.068	12
Eisenbahnen, Werften u. Transportgewerbe	68	1289	163.288	9
Gewerbliche Hilfsarbeiter	21	900	111.716	6
Bekleidungs-Industrie	47	615	68.309	4
Druckerei und Buchbinderei	53	356	56.471	3
Arbeiter in Staats- u. Kommunalbetrieben	32	908	41.110	2
Holzbearbeitung und Möbel	123	618	39.852	2
Alle übrigen Gewerkschaften	238	1541	95.077	5
Zusammen	1292	14.549	1.802.518	100

Die ersten vier Gruppen umfassen demnach zusammen 69 Proz. aller Mitglieder. Die meisten Zweigvereine besitzen die Bauarbeiter, deren Organisationen sich über alle Orte von nur einiger Bedeutung erstrecken, während die Maschinenbau- und Textilindustrie sich in verhältnismäßig engen Bezirken zusammengedrängt finden. Die meisten der Gewerkschaften sind eingetragen, was ihnen den Vorteil bringt, daß ihre Klassen vom Gesetz geschützt sind. Von 100 der größten Gewerkschaften sind 75 mit 978.000 Mitgliedern registriert, nur 25 mit 139.456 sind nicht eingetragen. Die 100 der bedeutendsten Gewerkschaften, deren Mitglieder- und Klassenbestand zu vergleichender Untersuchung ausgewählt worden sind, hatten im Jahre 1892 insgesamt 905.118 Mitglieder, bis zum Jahre 1899 hatten sie eine Mitgliederzahl von 1.117.465 erlangt; es entspricht dies einem Wachstum von 23,5 Proz.; die übrigen, kleineren Gewerkschaften waren in dem gleichen Zeitraum von 598.118 auf 685.053 Mitglieder oder um 14,5 Proz. gestiegen. Eine Tabelle, auf welcher der Mitgliederbestand der 100 großen und der übrigen kleineren Gewerkschaften in den letzten acht Jahren angegeben ist, zeigt die interessante Thatsache, daß die großen kapitalkräftigen Gewerkschaften von dem wirtschaftlichen Niedergange der Jahre 1893, 1894 und 1895 in viel geringerem Maße betroffen worden sind, als die kleineren. Im Jahre 1892 hatten die kleineren Gewerkschaften insgesamt bereits 598.000 Mitglieder, 1895 waren sie bis auf 494.000 Mitglieder gesunken, um in den letzten drei Jahren um 200.000 zuzunehmen. Die Zunahme entfällt zu 36 Proz. auf die Bergbau- und Steinbruch-Industrie, zu 31 Proz. auf die Baugewerbe, zu 17 Proz. auf die Metallbranchen, zu 9,3 Proz. auf die Gruppe der Eisenbahnbediensteten, zu 5 Proz. auf die Textilindustrie. Die Bekleidungsindustrie und das Transportgewerbe haben in den 8 Jahren erheblich abgenommen; in der Bekleidungsindustrie dauert merklich die Abnahme bis in das Berichtsjahr an. Die Landarbeiter- und Fischer-Organisationen, die 1892 insgesamt noch 30.986 Mitglieder besaßen, sind im Jahre 1899 bis auf 2923 zusammengeschmolzen.

Von großem geschäftlichen Interesse ist die Zusammenstellung der im Jahre 1899 bestehenden Gewerkschaften nach ihrem Alter. Dabei ist als Gründungsjahr dasjenige Jahr angenommen worden, in welchem die Union die gegenwärtige Form erhielt. Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß vor 1825 bereits 83 oder 3 Proz. der Gewerkschaften bestanden, von 1825—1829 war die Gewerkschaftsbildung sehr gering; es wurden nur 12 neue gegründet oder 1 Proz. der Gesamtzahl. In den Jahren 1830—1839 entstehen zwar auch nur 31 neue Trade-Unions, ihr heutiger Mitgliederbestand ist aber ein höherer, als derjenige der in den ersten zwei Perioden begründeten. Die heute mächtigsten Gewerkschaften sind aber fast ausschließlich erst in der Periode nach 1850 ins Leben getreten, wobei allerdings an das oben Belagte erinnert werden muß, daß nämlich in den 50er Jahren viele Verschmelzungen von kleineren Gewerkschaften zu einer stattgefunden haben. Nach der Mitgliederzahl berechnet, welche die Gewerkschaften im Berichtsjahre zu verzeichnen hatten, ergibt sich für die fünf Jahrzehnte von 1850—1899 folgendes Bild: Es wurden Gewerkschaften gegründet von 1850—59: 12 Proz., von 1860—1869: 15 Proz., sodann folgen 15, 25 und 19 Proz. Von den 1271 Gewerkschaften, die im Jahre 1899 gezählt wurden, sind 76 Proz. in den letzten 30 Jahren entstanden; diese umfassen zusammen aber nur 39 Proz. der Mitgliederzahl sämtlicher Organisationen.

Das Verhältnis der Arbeiter in den Gewerkschaften, aus welchen Gewerkschaften hervorgehen, welche thätig sind zu Gewerkschaften gehören, ist ungefähr 1 zu 5 oder mit Ausschluß des Ackerbaues (in welchem Erwerbszweige die verhältnismäßige Zahl der Gewerkschaften fast unberücksichtigt bleiben kann) 1 zu 4.

Hundert der bedeutendsten Gewerkschaften sind von englischen Arbeitern ausgewählt worden zu eingehenderer Untersuchung über den Vermögensstand, Mitgliedsbeiträge usw. Aus einer Zusammenstellung über die Mitgliedsbeiträge ersehen wir, daß in 45 Gewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von 422.996 das einzelne Mitglied im Durchschnitt unter 20 Mark Jahresbeitrag zu leisten hatte, in 22 Organisationen, welche zusammen 811.588 Mitglieder umfassen, betrug die Beitragsleistung 20—30 M., während 11 Gewerkschaften mit 78.958 Mitgliedern pro Kopf 30—40 M. erbehalten; 12 Gewerkschaften mit 167.350 Mitgliedern zahlten 40—60 M., 10 mit 188.601 sogar 60—80 M. Mitgliedsbeiträge pro Jahr. Durch die Wochenbeiträge der Mitglieder verminderten die 100 Gewerkschaften im Jahre 1899 zusammen: 34.201.920 M., die sonstigen Einnahmen betragen 3.078.800 M., so daß insgesamt 37.280.720 M. vereinnahmt wurden. In den 8 Jahren, über die sich der Bericht erstreckt, war (immer in den 100 ausgewählten Gewerkschaften) die enorme Einnahme von rund 275 Millionen Mark zu verzeichnen.

Die Ausgaben der 100 Gewerkschaften belaufen sich im Jahre 1899 auf 25.590.120 M. Es ist dies weniger, als in einem der letzten 7 Jahre gezahlt worden ist; auf den Kopf kommen 22,60 M. Für Arbeitslosigkeit sowohl als auch für Streikunterstützung waren im Berichtsjahre bedeutend geringere Summen aufzuwenden als in den Vorjahren. Streikunterstützung gewähren alle Gewerkschaften, einige davon beschränken sich auf nur diesen Unterstützungsgegenstand, Arbeitslosen- bzw. Reise-Unterstützung wird von 71, Kranken- und Unfall-Unterstützung von 65 Gewerkschaften gewährt, während 41 Gewerkschaften auch Alterspensionen gewähren, 88 gewähren Sterbe- bzw. Begräbnis-Unterstützungen, 19 Gewerkschaften haben sämtliche Unterstützungsgegenstände eingeführt. — Was die Streik-Unterstützung im besonderen anlangt, so brauchten im Berichtsjahre 12 Gewerkschaften solche überhaupt nicht auszugeben, die übrigen hatten dafür insgesamt 2.414.860 M. aufzuwenden oder 9,4 Proz. der Gesamtansgaben. — Die Arbeitslosen-Unterstützung beträgt in den meisten Fällen 10 M. pro Woche; die Gesamtsumme, die für diesen Zweck im Berichtsjahre aufgewendet wurde, beträgt 3.820.280 M. oder 14,9 Proz.; auf den Kopf kommen nur 3,40 M., währenddem der Durchschnitt in den letzten Jahren 6,90 M. betrug.

Von den übrigen Ausgaben entfallen auf Kranken- und Unfall-Unterstützung: 8.045.260 M. (23,7 Proz.), Alterspension: 3.677.120 M. (14,3 Proz.), Sterbe-Unterstützung: 3.820.280 M. (7,3 Proz.), verschiedene Unterstützungen: 1.391.000 M. (5,4 Proz.), Verwaltungs- (persönlich und sachlich): 6.470.280 M. (25,3 Proz.).

Das Vermögen der 100 Gewerkschaften erreichte am Ende des Berichtsjahrs die respektable Höhe von 65.658.440 Mark. Der Zuwachs des letzten Jahres betrug 11.690.000 Mark oder

7 M. pro Kopf der gesamten Mitgliedschaft. Davon kommen zwei Millionen allein auf die Vereinigten Maschinenbauer, deren Vermögen am Ende 1899 die Höhe von 8.148.360 M. erreicht hatte; auf jedes Mitglied dieser Gewerkschaft entfällt ein Vermögen von 72,30 M. Im Jahre 1892 betrug das Vermögen der 100 Gewerkschaften 32.990.040 M., die Zunahme bis 1899 also 103 Proz., währenddem die Zunahme auf den Kopf der Mitgliedschaft 64 Proz. ausmachte.

Man mag mit manchen in den englischen Gewerkschaften herrschenden Anschauungen und Tendenzen nicht ganz einverstanden sein, so bleibt doch so viel gewiß, daß sie unsren deutschen Gewerkschaften im allgemeinen als ein nachahmenswertes Vorbild dienen können. Die Trades-Unions mit ihren inoposanten Mitgliedschaften und ihren wohlgefaßten Klassen bilden eine große wirtschaftliche Macht, deren Bedeutung auch von dem Unternehmertum nicht unterschätzt werden kann.

Mordprozeß Neumann.

Vierter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Köstler wird der Polizeirat Lutterforth aus Gumbinnen vernommen, der sich ausführlich über die Hauptzeugin Frau Emma Seeger und deren Familie äußert. Nach den Eindrücken, die der Zeuge aus seiner Bekanntschaft mit der Familie Seeger gewonnen, bemerkt er, daß Fräulein Seeger von starken Vorurteilen besungen ist, die sie am Fortkommen hindern. Sie schwelge noch immer in den Erinnerungen an bessere Zeiten, glaube als ehemalige Gutsbesitzer-Tochter, daß sie durch Arbeiten unternormdener Art geschändet werde. Sie sei sehr eitel, habe eine falsche Auffassung von der Welt und von sich selbst, und es lasse sich in ihrem Wesen ein Zug erkennen, eine gewisse Hölle zu spielen. Ueber etwaige Unwohlhaftigkeit der Seeger kann der Zeuge nichts sagen, er vermag auch die Frage des Präsidenten nicht zu beantworten, ob der Seeger etwa zuzutrauen sei, daß sie aus einer Mücke gern einen Elefanten macht und sich lediglich, um eine Rolle in einer Sache zu spielen, Dinge behauptet, die den Thatsachen nicht entsprechen.

Frl. Lutterforth, die Tochter des Vorzeugen, kann Anzügliches über Frl. Seeger nicht ausagen, sie hat für dieselbe vielmehr immer Sympathie gehabt, da sie von ihr immer hörte, daß es nicht gelinge, festen Fuß zu fassen und alle ihre Anstrengungen, dauernde Beschäftigung zu erlangen, vergeblich gewesen seien.

Ein als Zeuge vernommener Polizeikommissar aus Gumbinnen giebt aus seiner eignen Kenntnis und nach dem, was er von anderen Personen gehört, dem Fräulein Emma Seeger das allerbeste Zeugnis. Nach seiner Kenntnis ist sie auch in dem Kohlengeschäft der Mutter hervorragend thätig gewesen.

Zeugin Emma Seeger

vernommen. Nach den bei den Gerichtsakten befindlichen Urkunden soll sie 1845 geboren sein, sie behauptet aber auf Befragen des Vorsitzenden, daß sie, „so viel sie wisse“, 1854 geboren sei. Der Vorsitzende ermahnt sie aufs ernste, nur die reine Wahrheit zu sagen und belehrt sie, daß sie in der Lage sei, ihre Aussage zu verweigern, wenn sie bei der Verantwortung einer Frage sich irgendwie belasten möchte. Präsi.: Sie wollen also 1854 geboren sein. Wann sind Sie denn konfirmiert worden? — Zeugin: Im Jahre 1865. — Präsi.: Wann müßten Sie also erst 11 Jahre alt gewesen sein, als Sie konfirmiert wurden. Das ist doch undenkbar. Wann sind Sie denn in die Schule gekommen? — Zeugin: Das weiß ich nicht mehr. — Präsi.: Nach Ihrer Darstellung müßten Sie ja auffallend viel jünger gewesen sein, als alle Ihre Schulgenossinnen. — Zeugin: Das weiß ich nicht. — Präsident: Das ist doch alles sehr auffallend. Sie müßten doch wissen, wie alt Sie sind! Oder haben Sie sich aus Eitelkeit oder um besser fortzukommen, jünger gemacht, als Sie sind? — Zeugin: Nein, bewahre! Ich habe nur ein schlechtes Gedächtnis. — Präsident: Haben Sie vielleicht auch ein schlechtes Vernehmungsgeächtnis? — Zeugin: Nein, für Personen habe ich ein sehr gutes Gedächtnis. Ich habe niemals ein Interesse daran gehabt, wie alt ich bin. Mama hat mir das so gesagt und so habe ich es befolgt. — Präsi.: Aber das ist doch gar nicht denkbar. Wenn Sie in Wahrheit 15 Jahre alt waren und Ihrer Umgebung der Glaube beigebracht werden sollte, daß Sie 6 Jahre alt seien, so würde doch jeder darüber gelacht haben. Wenn Ihre Mama Ihnen mit gesagt hätte, sie seien 5 Jahre alt, während Sie in Wahrheit 40 Jahre alt waren — würden Sie das auch ruhig hingenommen haben? — Zeugin: Ich kann nichts andres sagen, als daß nur die Mutter mein Alter so gesagt hat. — Der Präsident fragt die Zeugin noch eingehend nach allen möglichen Daten, u. a. nach dem Jahre, in welchem der deutsch-französische Krieg stattgefunden. Obgleich ihr Bruder an diesem Kriege teilgenommen, weiß sie das Jahr nicht zu nennen. — Der Vorsitzende verläßt zunächst dieses Thema und geht zur Erweiterung des Verhältnisses über, in welchem die Zeugin zu Frl. Wedenwaldt gestanden. Dies ist, wie die Zeugin sagt, ein freundschaftliches gewesen. Sie habe die alte Dame in den Akademischen Vierhallen kennen gelernt und da diese sagte, daß sie auf ärztlichen Rat jemand um sich haben möchte, sei sie zu ihr gezogen und habe einige Zeit bei ihr gewohnt. Auch nachdem sie von Fräulein Wedenwaldt fortgezogen, sei sie mit derselben in freundschaftlichem Verkehr geblieben und habe sie öfter besucht. Etwa vier Wochen vor dem Tode der alten Dame habe sie derselben wieder einen Besuch abgestattet. Bei dieser Gelegenheit habe Fräulein Wedenwaldt gesagt: Sie sehen mich so so tomiß an, wohl weil ich keinen Schminke an habe. Sie denken wohl, ich habe keine Schminke. Darauf habe die alte Dame erst ein, dann noch ein und schließlich ein drittes Kästchen hervorgeholt. In dem einen Kästchen war eine Kette mit Medaillon in Herzform und in dem Herzgen befand sich ein Herrenportrait, und zwei silberne Armbänder, in dem andren Kästchen befanden sich unter andern drei Ringe und in dem dritten Kästchen lag nur ein Verlobungsring von Dulatengold. Von dem einen der drei Ringe hatte die Wedenwaldt gesagt, daß sie ihn von ihrem Vater geschenkt erhalten habe. Die Zeugin will dann zu der alten Dame gesagt haben: Sie haben so viele Schmucksachen und tragen gar keine! Dann habe ihr die Wedenwaldt bei dieser Gelegenheit einen Haar-Ring im Wert von 1 Mark als Andenken geschenkt. — Der Präsident hält ihr vor, daß sie bei ihren ersten Vernehmungen vor Polizei und Gericht über die Schmucksachen, die Zahl der Ringe z. B. abweichende Angaben gemacht habe. Sie bleibt dabei, daß sie die drei Ringe, die bei Vober beschlagnahmt sind und auf dem Gerichtstische ruhen, mit Bestimmtheit als diejenigen wieder erkenne, die sie bei der Wedenwaldt gesehen. Auf die Aufforderung, doch mal das Kästchen, welches ihr besonders aufgefallen war, aus der Zahl der Ueberführungsstücke herauszufinden, erklärt die Zeugin: „Und wenn der ganze Saal voll Kästchen wäre, so würde ich es herausfinden!“ Sie bezeichnet dann auch das betreffende Kästchen. Aus einem von Vorsitzenden verlesenen Protokoll geht hervor, daß die Zeugin bei einer früheren Vernehmung erklärt hat, sie könne die Identität des Kästchens doch nicht beschwören. — Als Erkennungszeichen für die Ringe hält für die Zeugin auch die Art, wie sie ihr auf ihren eignen Fingern saßen. Der beschlagnahmte goldene Kreuzer hat nach der Ansicht der Zeugin genau dieselbe Form, wie derjenige des Frl. Wedenwaldt, die Gläser waren jedoch andre. Das Kästchen habe, wie die Verstorbene erzähle, von ihrem verstorbenen Bruder, der Gerichtsassessor gewesen, hergekömt. Die Zeugin hat bei ihren Vernehmungen das Kästchen zunächst nur „fast“ mit Bestimmtheit wieder erkannt, das Wiedererkennen wurde dann immer bestimmter. Der Staatsanwalt scheint bei diesen Vernehmungen einmal Zweifel an der Zuverlässigkeit der Zeugin gehabt zu haben. Diese hat dann an den Staatsanwalt einen Brief geschrieben, in welchem sie Auskunft über ihre Person, ihre Herkunft u. s. w. giebt. Der Vorsitzende meint, der Brief lasse erkennen, daß die Zeugin doch wohl von der Idee beherricht sei, in diesem Prozeß als eine sehr wichtige Person zu gelten. — Auf weiteres Befragen befindet die Zeugin, daß sie im

März häufiger und dann noch am 3. und 6. April bei der Medienwaldt gewesen sei. Sie erzählt dann die schon mehrfach erwähnte Geschichte, wonach Mitte März es an der Thür der Medienwaldt geschickelt und sie beim Dessinen einen Mann vor sich gesehen, dem sie 10 Pf. geschenkt habe. Der Mann habe einen schwarzen Filzhut und einen grauen Gehrock getragen. Der Angeklagte Neumann muß sich den Hut aufsetzen und den auf dem Gesicht liegenden schwarzen Lieberzieher anziehen. — Zeugin: Der Angeklagte müßte sich den grauen Rock anziehen! — Angeklagter Neumann: Das thut mir leid, Fräulein, damit kann ich Ihnen nicht dienen, denn ich habe solchen Rock nie gehabt. — Präsident: Wollen Sie den Angeklagten als den Mann wiedererkennen, der damals gellingselt hat? — Zeugin: Nach dem Gesicht möchte ich es behaupten, ich würde aber noch sicherer sein, wenn der Angeklagte den langen grauen Rock an hätte. — Präsident: Sie wollen auch den Angekl. Vober schon einmal gesehen haben? — Die Zeugin erzählt, daß zur Zeit, als sie bei Frau v. Plög war, einmal ein Mann gellingselt und um eine Unterstützung angesprochen habe; derselbe Mann sei dann noch einmal gekommen und habe um Mittagbrot gebeten. Sie glaube, daß Vober diesem Mann sehr ähnlich sehe. — Nachdem der Vorsitzende aus einem früheren Protokoll konstatiert, daß die Zeugin bei einer früheren Vernehmung — im Gefolge ihrer heutigen Vernehmung — dem Neumann mit aller Bestimmtheit als den Mann rekonnoziert hätte, der bei der Medienwaldt im März gellingselt, tritt die Mittagspause ein.

Angeshörte des Neumann.

Nach der Pause wird die Witwe Neumann, Mutter des Angeklagten, als Zeugin aufgerufen. Sie erklärt, vom Rechte der Zeugnisverweigerung Gebrauch zu machen. Beim Verlassen des Gerichtssaals spricht sie halblaut vor sich hin: Ich kann meinen Sohn auch nicht retten.

Olga Neumann, die Schwester des Angeklagten, erklärt sich zur Aussage bereit. Nach ihrer Erinnerung sei ihr Bruder um die kritische Zeit, am 8. oder 9. April krank gewesen. Sie hat bei dem Bruder nie einen modischen Sommer-Lieberzieher und nie einen grauen Gehrock gesehen. Der nachträglich gefundene Schlagring habe nicht ihrem Bruder, sondern einem andren Mann gehört, ebenso der Revolver.

Lebensweise der Ermordeten.

Hierauf wird Fräulein Seeger nochmals vorgelesen und befragt, ob es wahr sei, daß sie mit der Medienwaldt deshalb sich

entzweit habe, weil sie bei einem Bädermeister auf deren Namen Schulden gemacht habe. Die Zeugin erklärt dies für eine große Verleumdung. Die Sache sei damals von der Polizei ganz angeklärt worden und Herr v. Mantuffel werde bezeugen können, daß damals die Bäderfrau ausdrücklich anerkannt hat, daß sie die schuldige Person nicht sei. In ihrer Familie konnte so etwas absolut nicht vor. Wenn Frä. Medienwaldt sie als Schwindlerin oder Diebin angesehen hätte, würde sie nicht bis zuletzt mit ihr in freundschaftlichem Verkehr geblieben sein. — Auf Befragen des Rechtsanwalts Reib giebt die Zeugin Auskunft über die Art der Maßregeln, die die Medienwaldt zu sich zu nehmen pflegte. Bekanntlich soll aus dem in dem Wagen der Verstorbenen vorgefundenen Speiserest gefolgert werden, daß der Mord nicht abends, sondern gegen Mittag verübt sein müsse. — Rechtsanwalt Dr. Wendel kommt nochmals auf eine Forderung jurid., die die Zeugin gemacht. Sie hatte gesagt, daß der Bettler, der an der Thür der Medienwaldt gellingselt und von ihr 10 Pf. erhalten habe, sich noch an das Treppensfenster gestellt und nach dem Hofe hinunter gesehe habe. Der Verteidiger macht darauf aufmerksam, daß das Treppensfenster bunte Scheiben habe, durch die man gar nicht hindurch sehen könne. Die Zeugin präzisiert auf Vorkalt ihre Aussage dahin, daß der Mann jedenfalls an das Fenster herangegetreten sei und sie nicht wisse, ob nicht etwa das kleine Seitenfensterchen geöffnet war. Der Verteidiger kommt noch weiter auf die Geschichte von den drei Ringen zurück und sucht Widerspruch in den darauf bezüglichen Aussagen der Zeugin nachzuweisen.

Die Zeugin Seeger erklärt auf wiederholten Vorkalt nochmals, daß die vorliegenden Dinge und das vorliegende Räthsel dieselben Sachen sind, die sie bei der Medienwaldt gesehen. Ein Festum sei ausgeschlossen. Ebenso müßte sie dabei bleiben, daß das Gesicht des Angeklagten Neumann genau so aussehe, wie das desjenigen Manns, der an dem fraglichen Tage an der Thür der Medienwaldt gellingselt habe. Desistiren könnte sie aber nur sagen, wenn der Angeklagte den langen Gehrock anziehen würde. — Der Vorsitzende erklärt der Zeugin, daß er gar nicht zweifele, daß diese ihre Aussagen nach bestem Wissen mache, in einer Sache aber, wo es sich um Hals und Krone handle, habe jeder die Verpflichtung, sich auch bezüglich der kleinsten Dinge, über die er vernommen wird, sorgfältig zu prüfen. — Nach dieser Ermahnung erklärt die Zeugin auch das vorliegende Portemonnaie und die Visitenkarten-Tasche mit der Stiderei für das Eigentum der Medienwaldt. — Nach einigen Zeugen des Rechts-

anwalts Dr. Schwandt, die auf das Verhältnis des Hausverwalters Müller zu der Verstorbenen und zu der Familie Gluth Bezug haben, läßt sich Rechtsanwalt Bronker von der Zeugin das Portemonnaie äußerlich und innerlich beschreiben und konstatiert, daß die Beschreibung auf das vorliegende Portemonnaie nicht paßt. Trotzdem verbleibt die Zeugin mit Bestimmtheit dabei, daß es das Portemonnaie der Medienwaldt sei. — Die Zeugin leistet den vorgeschriebenen Eid.

Auf eine Anzahl

Entlastungszeugen für Vober

Wird verzichtet, da schon auf Grund des Arbeitsbuches desselben festgestellt, daß er an der Mordthat selbst nicht beteiligt sein kann. Auch auf den unter den Zeugen aufgeführten Kriminalkommissar Tschel wird verzichtet.

Berichtshemiker Dr. Jeserich

Kommt nach längerem Vortrage über die Methoden, das Vorhandensein von Blut an Kleidern und dergleichen nachzuweisen, zu dem Ergebnis: In sämtlichen Kleidungsstücken des Angeklagten ist kein Blut gefunden, mit Ausnahme einer alten Hose, an deren linken Hosendeckel eine veraltete geringe Blutspur noch nachweisbar war. Was die blutbesetzten Frühstücksbeutel betrifft, die am Thortort gefunden wurden, so liegt kein Zweifel vor, daß bei 4 Beuteln das Blut nicht durch Aufsaugen, sondern durch Wischen mit den Fingern oder Abwischen der Finger auf die Beutel gekommen sein muß. — Der Sachverständige hat auch einige Fäserden untersucht, die sich unter den Nägeln der Ermordeten fanden. Es zeigte sich, daß dies 8 faseriges Nähgarn war, aber ebenso wenig von den Kleidern des Neumann wie von denen des Gluth herrühren. — Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Sachverständige es nicht für wahrscheinlich, daß der Mörder, der der Medienwaldt 41 Wunden beigebracht hat, so daß das ganze Zimmer über und über mit Blut bedeckt war, nur ein einziges Blutfläschen an der Hofe davongetragen haben sollte.

Barbier Köfering weiß, daß der Angeklagte Vober ein ähnliches Portemonnaie, wie das hier in Frage stehende, im Jahre 1894 oder 1895 bejessen hat und ihm das Rasiergeld daraus zu bezahlen pflegte.

Nachdem der Staatsanwalt noch auf eine Reihe von Zeugen verzichtet, wird die Sitzung geschlossen und die weitere Verhandlung auf Freitag verlagert.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 22. Februar.
Freie Volksbühne. Carl Weiß. Theater. 2. Abtheilung (blau hinter): Meister Oelze. Freitagabend 8 Uhr.
Cyranus. Der Ring des Nibelungen. 4. Abend: Götterdämmerung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der Compagnon. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opera-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Rodmersholm. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Fischmann als Erzähler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. I. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Liebesprobe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weihen. Wasspiel Noahs. Le Pompier de service. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionsthater. Bunte Theater: Ueberdreit. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ruffen. Jar und Zimmermann. Anfang 9 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damenschneider. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiß. Die Goldgräber von Kalifornien. Anfang 8 Uhr.
Welle. Alliance. Bourbourade. Monfines Babin. Sein Geldbrief. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten - Vorstellung. Summezeitige. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Spezialitäten - Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten - Vorstellung. Des Löwen Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Säger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. D. Vorstellung. Rosenbienstag. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Passage. Panoptikum. Spezialitäten - Vorstellung. Die zwölf unverwundbaren Krieger.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatergebäude) Abends 8 Uhr: „Aus dem Tagebuch der Erde.“ Im Hörsaal: Götterdienst und Paris: „46000 Kilometer zu Fuß um die Erde.“ Anfang 8 Uhr.
Jubelidenstraße 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.

Central-Theater.
Mit vollständig neuer Ausstattung an Dekorationen und Kostümen.
Zum 880. Male:
Die Geisha.
Mimosa: Mia Werber.
Morgen u. folgende Tage: Die Geisha. Sonntagsnachmittag 3 Uhr zu halben Preisen: Der Vogelhändler. Preisrichter: Lilly Wilson.
In Vorbereitung: San Toy. Chinesische Operette in 2 Akten von Sidney Jones. Gastsp. Miss Mary Dalton.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Extra-Vorstellung der freien Volksbühne für die II. Abtheilung:
Meister Oelze.
Anfang 8 Uhr.
Abendklasse findet nicht statt.
Morgen, Sonntag: Die Goldgräber von Kalifornien. (Welt-Rampart).
Sonntagsnachmittag 4 Uhr Kinder-Vorstellung. Kleine Presse. Mar und Morik. Mittwoch, 27. Februar, nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Kl. Presse. Tausend und eine Nacht.
Des großen Andrangs wegen findet der Biletverkauf in dieser Extra-Kinder-Vorstellung bereits vom Montag ab an der Kasse statt.

Apollo-Theater.
Sensationeller Erfolg!
Ada Colley.
Valentine Petit.
Pepi Glöckner.
Des Löwen Erwachen.
Komische Operette in 1 Akt von J. Brandl.
Ferner 8 Spezialitäten.
Kasseneröffnung 7. Anfang 8 Uhr.
Mittwoch, Sonntagabend u. Sonntagsnachmittags: Zauber-Soiree.
Ben-All-Boy. (Halbe Preise).

Metropol-Theater.
Täglich 7/9 Uhr:
Eine tolle Nacht.
Berliner Auditions-Gesellschaft und das vollständig neue
Februar-Special-Programm
Anfang 7/9 Uhr, der tollen Nacht 7/9 Uhr. Ruchden überall gefeiert.
In Vorbereitung:
Man lebt ja nur einmal.
Große Gesangsposse in 5 Bildern.

Metropol-Theater.
Freitag, den 22. Februar er., abends 7 1/2 Uhr:
Grosser Gala-Abend.
Ferner: Austritt des berühmten amerikanischen **Pferdebändigers** Professor Norton S. Smith.
Besonders hervorzuheben:
die großartige Dampfprobe. Außerdem: **Brothers Revelli**, musikalische Clowner. Fortsetzung der vorzüglichsten Programmmummern.
Zum Schluss: Zum 87. Male:
Die eiserne Maske.
Die Jagd bis in die Circus-Innen hinein.
Sonntag, 24. Februar, nachmittags 4 Uhr: „Berliner Landparthen“, wozu jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7 1/2 Uhr: **Die eiserne Maske.**

Schiller-Theater
(Waller-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Rosmersholm.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Henrik Ibsen. Deutsch von H. Zim.
Sonntagsabend 8 Uhr:
Der Raub der Sabinen.
Sonntagsnachmittag 3 Uhr:
Freiwild.
Sonntagsabend 8 Uhr:
Der Herr Senator.

Thalia-Theater
Dresdenerstr. 72.
Heute und folgende Tage:
Amor von heute.
Gr. Ausstattungsgesellschaft u. Ges. u. Tanz. Herren: Thomas, Thielcher, Gelmerding, Zimmermann, Paulmüller. Damen: Wilton, Wilant, Wej, Wannovis.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Cirkus Busch
Freitag, den 22. Februar er., abends 7 1/2 Uhr:
Grosser Gala-Abend.
Ferner: Austritt des berühmten amerikanischen **Pferdebändigers** Professor Norton S. Smith.
Besonders hervorzuheben:
die großartige Dampfprobe. Außerdem: **Brothers Revelli**, musikalische Clowner. Fortsetzung der vorzüglichsten Programmmummern.
Zum Schluss: Zum 87. Male:
Die eiserne Maske.
Die Jagd bis in die Circus-Innen hinein.
Sonntag, 24. Februar, nachmittags 4 Uhr: „Berliner Landparthen“, wozu jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7 1/2 Uhr: **Die eiserne Maske.**

URANIA
Taubenstr. 48/49.
Im Theater Freitagabend 8 Uhr:
Aus dem Tagebuch der Erde.
Im Hörsaal:
Götterdienst aus Paris: „46000 km zu Fuß um die Erde.“
In Vorbereitung: San Toy. Chinesische Operette in 2 Akten von Sidney Jones. Gastsp. Miss Mary Dalton.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Passage-Theater
Unter den Linden 22.
D-Vorstellung
Anfang: Sonntags 12 Uhr. Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die vier Schwestern in ihrer Neuheit
TUA Ringelreia-Übertanz
17 erstklassige Spezialitäten 17
Hanny Luxa die unvergleichliche
Tyrolienne-Excentrique
Rosendienstag Feldwabeltragödie in 1 Akt.

CASTANS
PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Neue aktuelle Serie lebender Photographien.
Die sensationellen Gruppen der alten Germanen.
Der schlesische Zeeher und der Taufel. Die Bernauer Bierprobe. — Der Rothenburger Meisterrunk.
Im Restaurant: Konzert einer russ. Damenkapelle.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22
Sensationelles Februar-Programm.
8 1/2 Uhr. Wochentags 8 1/2 Uhr.
Kollektaler Erfolg!
Bummelfreie.
Große Posse mit Gesang in 3 Akten.
12 Riesen-Schaummern.
Neu für Berlin:
Das Ernest-Trio, sensationelle Sport-Hochturner.
Carl Jörgensen mit seiner Galerie berühmter Männer. Unvergleichlich!
Demoiselle Marchetty, einzig bestehende Kraft-Quilbistin.
Anfang: Wochent. 7 1/2, Sonnt. 7 Uhr.
Entree 50 Pf.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Der Goldneffe.
Posse in 4 Akten (6 Bildern) von Eduard Vörner. Musik von Dr. Schmidt.
Sonntags:
Keine Vorstellung.
Passage-Panopticum und Theater.
Die 12 unverbrennb. Fakire
Neu! General Baum, der kleinste Mann der Welt. Eintritt einleitlich, Theater 50 Pf.

Centralverband der Elektromonteuere
(Sektion Berlin und Umgegend.)
Mittwoch, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Bornstedt, Johannistr. 20:

Mitglieder-Versammlung
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen der Mitglieder unbedingt notwendig.
Der Vorstand.

Apollo-Theater
früher Victoriasäle,
Rixdorf, Hermannstrasse 48/49.
Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten von 50-1200 Personen.
Großer schattiger Garten für 3000 Personen. Sehr geeignet zu Sommerfesten und Sommerabendessen. — Für große Vereine und Gesellschaften stelle ich im Sommer sämtliche Räumlichkeiten auch Sonntags zur Verfügung. Im Juli und August sind noch einige Sommerabende und Sonntage zu vergeben.
4 Regelbahnen und großer Platz für Volksbelustigungen jeder Art. — Elektrische Straßenbahn-Verbindung aus allen Stadtteilen Berlin.
Jetzt jeden Sonntag im großen Saal: **Oeffentlicher Tanz.**
Entree inkl. Garderobe und Tanz Damen 20 Pf., Herren 50 Pf. Um gütige Berücksichtigung bitte!

Ph. Thomas, Gastwirt.
Sonabend, den 23. Februar:
Vierter und letzter Metropol-Theater-Ball.
Anfang 11 Uhr.
4 Musikkapellen. Große Ueberraschungen. Alles Nähere besagen die Plakate.

Cirkus Alb. Schumann.
Heute, Freitag, den 22. Februar, **Sports-Vorstellung.** abends 7 1/2 Uhr.
Außerdem sehr spannende Entscheidungslämpfe zwischen den Siegern:
1. Vaar: **Petersen** (Dänemark) gegen **Piqueplant** (Barbonne).
2. Vaar: **Vervet** (Belgien) gegen **Starek** (Gumburg).
3. Vaar: **Hall Adali** (Sultan Schwed) gegen **Horst** (Paris).
Chren-Schiedsrichter: Herr Professor Reinhold Vegas.
Ferner Kultur der **Steppen-Königin**. Kolossaler Erfolg!
Direktor **Alb. Schumann**
mit seinen bis jetzt unerreicht dastehenden Original-Deffuren.
Zum Schluss: **CHINA.** Größtes Pianogen und Wasser-schauspiel. 600 Mitwirkende.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlsruhe.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:
Sonntags 6 Uhr. Spezialitäten. **J. M. Hütt.**
Jeden Sonabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Entsch. Salicylsäure u. indischen Vanilleextrakt).
Dr. H. Unger in Würzburg.
Hauptdepot in Berlin (20 Pf.) Salomon-Apotheke, Charlottenstraße.
Orell-Apotheke, Dammstraße 33. — Wäncgen: Schützen-Apotheke. — Stuttgart: Hirsch-Apotheke. — Breslau: Victoria-Apotheke. [4689]

Sanssouci
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen. Wochentags Tanz fest. Vereinskassens gütlich. Neu:
Wachsfiguren.
Masken
Kostüme-Verleihbazar größte Auswahl, billige Preise
Fr. C. Fromholz
Elbasserstr. 78, Ecke Ackerstr.

Sonntag 1 1/2 Uhr
Gottesdienst
Zehendorf
(Waldestr.) (11/10)

Reichshallen
Stettiner Säger.
Neues Programm!
Heute:
Elite-Soiree.

Masken-Garderobe.
Größte Auswahl. Billigste Preise. Exakte Dreiermahlung.
Fr. Panknin,
Oranienstr. Nr. 178 II. Abtheilungstr. 91. Gute Oranienstr.

L. Dürs
Geflügelmaß-Anstalt
in Neumühl bei Stolp i. Pomm.
Liefert
Bettfedern
nur kurze und ohne steife, mittels Maschinen getrocknet u. gereinigt, das Bünd zu 60 Pf., 80 Pf., 1 Mr., 1,20 Mr., 1,40 Mr., 1,70 Mr., reine kurze **Gänsefedern** mit vollen Daunenn zu 2,50 Mr., 2,75 Mr., 3 Mr., weiße **Gänsefedern** zu 5 Mr., 5,50 Mr. und 6 Mr., graue Daunenn zu 3,50 Mr., 4 Mr., und 4,50 Mr. 54/11*

Masken-Garderobe
von 5414*
Carl Ernst,
Königsplatz 126 I.
Größte Auswahl! Billigste Preise!
Vorzüge dieser Annonce erh. 10 Proz. Preisermäßigung.

Maschinen-Anzüge
in allen Größen.
Anzug 3,00 und 3,50 Mk.
Jacken 1,50 und 2,75 Mk.
Hosen 1,50 und 2,75 Mk.
Carl Stier,
7859* Oranienstr. 166.

Charlottenburg.
H. Schmerberg (4923*)
Wilmersdorfer-Strasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von **Uhren** und **Goldwaren** zu außerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Christbäume werden schmerzlos gestochen.

Bruch-Pollmann
empfehl ich sehr Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Gerandehältern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt
Vierstadt [5236]
für Ortho- und Hilfs-Stranfenhilfen.
Berlin C.
30. Finien-Strasse 30.

Radeberger Bock
Bierhaus zum Erlanger,
Oranienstr. 113/114.
Bordstein u. Bodmützen gratis. [8372]

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin).

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Zur Beachtung! Diejenigen Kollegen, welche noch Arbeitslosen-Zählcheine in Händen haben, werden ersucht, dieselben auf dem Bureau oder am nächsten Sonnabend auf den Zählstellen abzugeben. Später eingehende Zählcheine können nicht mehr berücksichtigt werden.

Versammlung der Einseher!

Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal I), Engelauer 15.

Tages-Ordnung: 1. Referat über: „Unre gegenwärtige Lage.“ 2. Diskussion. 3. Wahl der Revisoren. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Kommission.

Achtung! Achtung!

Allgemeine Orts-Frankenkasse gewerbl. Arbeiter u. Arbeiterinnen zu Berlin.

Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Köhler, Vertreter der Naturheilmethode. 2. Bericht der Dreizehner-Kommission und Neuwahl derselben. 2734b Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jedes Mitglieds in der Versammlung zu erscheinen. Die Kommission.

Tischler-Verein zu Berlin.

Sonntag, den 23. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Lipke, Melchiorstraße 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Revision, eine hochwichtige, bisher übersehene Zeitfrage.“ Referent: Herr H. Stenz. 2. Vereinsangelegenheiten. Gäste (auch Frauen) haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Regem Besuch sieht entgegen. Der Vorstand.

Centralverband der Zimmerer Deutschlands (Zahlstelle Berlin).

Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20.

Tages-Ordnung: 1. Die Arbeitslosen-Unterstützung und deren Einführung im Verbande. 2. Diskussion über die zur 14. General-Versammlung gestellten Anträge. 3. Verschiedenes. 254a Um recht zahlreich und pünktlich Erscheinen bitten. Der Vorstand.

Möbelfabrik „Union“

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht) Montag, den 4. März cr., abends 5 Uhr, im Geschäftslokal, Fruchtstraße Nr. 35:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bilanz. 2. Neuwahl des Vorstands und Aufsichtsrats. 3. Geschäftliches. Der Vorstand.

P. Schönwetter, Geschäftsführer. O. Weiss, Kassierer. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Bilanz den Genossen in unserem Comptoir, Fruchtstraße 35, zur Einsicht anliegt. 2741b

Mecklenburg, Schwarz- u. Brandenburg, Landbrote

empf. Großfabrik Witter, Müllerstr. 34. Niederlag. d. Waare kostenfrei. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentlich 1 M. Alfred Apenburg, Invalidenstr. 33. Nähe Stettiner Bahn. Spr. 9-7. Reparatur sofort. *

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenerstr. 4 am Kolbuser Thor. I

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Cigarrengeschäft wegen meiner Ausreise veräußert. Kirdorf, Kapfstraße 61. 126*
Mieter finden eine umfassende Darstellung des neuen Mietrechts in dem Buche: Die Rechte und Pflichten des Mieters, 32 Seiten. Preis 20 Pfennige. In bezug durch alle Buchhandlungen und Colporteurs. Bisher abgesetzt 80.000 Exemplare. *
Gardinenhand Große Frankfurterstraße 9, parterre. 140*
Vorläufige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Versand Sonntag und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.
Hemontoirnähren, Regulatoren, Öperngläser, postbillig, Verbands-Reanderstraße 6. 52/18*
Teppiche, Gardinen, postbillig, Reichhaus Reanderstraße 6. 53/18*
Aufbaumöbel, ganze Wirtschaft, auch einzeln, postbillig, Gartenstraße 148, I. links. 1211*
Landsbau! Gebrauchte und neue Latzen, Weiden, Rauhholz, Bretter, Nägel, Nägel, Dachpappe, Zier, billig. Kottbuser Damm 22. 2608b*
Ergänzt, Schlossstraße 76. Gef. Kleindruckerei: Lager fertiger Perren, Knaben- und Arbeiterarbeiten. Anfertigung nach Maß zu soliden Preisen. Frh. Damburg. *

Betten, Steppbetten, postbillig, Reichhaus Reanderstraße 6. 53/18*
Teppiche mit Gardinen, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 140*
Fahrräder hochlegant 35,00, Schadel, Schmidstraße 8. 2720b
Fahrräder, Teilzahlung, mögliche Anzahlung, gebrauchte Fahrräder, feinst vorrätig, direkt Fabrik Dresdenstraße 26 und dreifach. 1483k*
Nähmaschinen: Adler, Singer, Ringel, Bobbin, Walch- und Ringelmaschinen auf Teilzahlung, Kofschwin Brangelstraße 118. 4652*
Nähmaschinen, Adler, Singer, Schmalz, Ringel, Bobbin, sowie Walch- und Ringelmaschinen auf Teilzahlung Krieg, Zeilstraße 136. 2233b
Nähmaschinen oder Systeme verkauft Gustav Schmidt, Alexandrinenstraße 7, Hof 2 Treppen. 1428*
Nähmaschinen-Geschäft: Bienenstraße 29. Ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Lager sämtlicher Systeme, dauerhafte Fabrikate, fünfjährige Garantie. Verschickung ohne Aufpreis. Sofortige Lieferung, auch durch Postkarte. 483*
Waschmaschinen! Sparöfen! 1,50. Zwei- und Dreifachlöcher 10,-. Bügelapparat billig! Wohlauer, Wollmertheaterstraße 32. 2601b*
Papageien, Kanarienvögel, auch weissen, Waldvogel, Vogelbauer, Federn, Postkarten, Postkarten (Papageien). Täglich, Brunnstraße 101, Bahnhof Gesundbrunnen. 1492*
Kanarienvögel, postbillig, Heubauer, Weiden, Urbanstraße 50.
Kanarienvögel verkauft Brandt, Solgauerstraße 9. 3511b
Kanarienvögel, auch weissen, billig Krause, Benfstraße 38. 783*

Achtung! **Achtung!** **Achtung!**
Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler (Filiale A.)
Sonntag, 24. Februar, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:
Musikalische Abend-Unterhaltung zum Besten ausgegrenzter Mitglieder.
Unter Mitwirkung des Berliner Rondolinen-Quartetts, sowie Auftreten des Komiters Herrn Decker u. tümerliche Ausführungen.
Nachher: Tanz. Herren, die daran teilnehmen zahlen 30 Pf. nach. **Villets a 25 Pf.** sind zu haben bei L. Vordhardt, Wienerstr. 14, Durg. I; R. Clemens, Eisenbahnstr. 6, vom III. 181/3 Um rege Beteiligung erucht Die Ortsverwaltung.

Achtung! **Achtung!**
Marmorarbeiter.
Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 1 Uhr:
Oeffentl. Versammlung im Lokal „Englischer Garten“, Alexanderstr. 27 c. Tages-Ordnung: 1. Entgeltliche Beschäftigung über unre Lohnbewegung. 2. Wie stellen sich die Kollegen zu der Aufnahme des Kollegen Buchmann in die Organisation? 3. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Achtung! **Achtung!**
Marmorarbeiter.
Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 1 Uhr:
Oeffentl. Versammlung im Lokal „Englischer Garten“, Alexanderstr. 27 c. Tages-Ordnung: 1. Entgeltliche Beschäftigung über unre Lohnbewegung. 2. Wie stellen sich die Kollegen zu der Aufnahme des Kollegen Buchmann in die Organisation? 3. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Achtung! **Achtung!**
Marmorarbeiter.
Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 1 Uhr:
Oeffentl. Versammlung im Lokal „Englischer Garten“, Alexanderstr. 27 c. Tages-Ordnung: 1. Entgeltliche Beschäftigung über unre Lohnbewegung. 2. Wie stellen sich die Kollegen zu der Aufnahme des Kollegen Buchmann in die Organisation? 3. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Partei-Nachrichten.

Arbeiter im Parteileben.

In der „Neuen Zeit“, Nr. 20 des 19. Jahrganges, bespricht Fritz Herbert... Artikel in der „Neuen Zeit“...

Am die Vorwürfe Ems richtig zu beleuchten, muß man sich die Lage vergegenwärtigen. Durch Einführung der Segmmaschine ist die Entlastung von vier Seggern erforderlich...

Wir liegen im Kriege mit der bürgerlichen Gesellschaft und die Erger eines Parteiblatts erlangen oft Kenntnis von Dingen, die geheim gehalten werden müssen...

Wir möchten demgegenüber doch konstatieren, daß sowohl der Parteivorstand als auch, von ganz vereinzelt Ausnahmen abgesehen, die gesamte Partei- und Gewerkschaftspressen aus prinzipielle Gründe eine Entlassung von Arbeitern aus Parteibüros...

Politikalisches, Gerichtliches usw.

Die läbliche Streikposten-Verordnung wird das Kammergericht nicht beschleunigen. Die Strafkammer in Potsdam hat dem Genossen Guth eröffnet, daß der Termin gegen ihn aufgehoben sei...

Eine Majestätsbeleidigung soll in einem Flugblatt enthalten sein, das seiner Zeit bei der Verbreitung in Altona beschlagnahmt wurde. Wegen die Genossen Thomas und Köpke, die Vertrauensleute des 8. und 10. Schleswig-Holsteinischen Reichstags-Wahlkreises...

Einem besonders hohen Grad von Würdigkeit müssen in Breslau die Gerichtsbevollmächtigten des Genossen Kubus dabeist selbst erhielt auf ein entsprechendes Gesuch folgenden Bescheid:

Ihr Gesuch, zum Zwecke der Verichterstattung für die von Ihnen nominierten Mandatäre zu den öffentlichen Verhandlungen in Strafsachen vor dem hiesigen Landgericht und Amtsgericht zugelassen zu werden, lehne ich im Hinblick auf die zahlreichen über Sie wegen Beleidigung, Freiwortvergehen und Uebertretung des Vereinsgesetzes verhängten gerichtlichen Strafen hierdurch ab.

Dazu muß man sich vergegenwärtigen, daß der also für unwürdig befundene Stadtverordneter und Schöffe ist und in seinem Gesuche auch auf diese seine Ehrenämter verzichtet hat. Rechtsprechen darf er — zum Schreiben ist er nicht würdig genug.

Wegen gewerbmäßiger Druckschriften-Verteilung verurteilt das Schöffengericht Otterndorf (Landgerichtsbezirk Stade) mehrere Genossen zu je 30 M. Geldstrafe. Sie hatten einen Agitationskalender verbreitet. Wegen eines dergleichen Vergehens unter denselben Umständen angeklagte Genossin stellte dagegen das Schöffengericht Othen (Landgerichtsbezirk Stade) das Verfahren ein, weil es in der Handlung der Angeklagten das Moment der Gewerbmäßigkeit nicht zu finden vermochte.

Genossin Rosa Luxemburg soll unter Anklage gestellt werden wegen — Führung eines falschen Namens. So berichten wenigstens die „Hamb. N. Nachr.“ Genossin Luxemburg hat kürzlich in Hamburg einige Vorträge gehalten und da soll nun die dortige Polizei entdeckt haben, daß ihr der Name Rosa Luxemburg gar nicht zutomme, sie vielmehr Rosalie Lübeck heiße. Darum die Anklage.

Vorläufig möchten wir es noch für sehr unwahrscheinlich halten, daß die hamburgische Polizei — so viel überflüssige Zeit hat, um sich mit dergleichen Quark zu befassen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Berliner Reichstags-Wahlkreis. Sonntag, den 24. Februar, abends 6 Uhr: Öffentliche Versammlung bei Eohn, Weichstraße 20. Vortrag des Genossen Dr. Leo Arons: „Warum gibt es mehr Männer als Frauen?“ Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. Zahlreichen Besuch erwarten. Die Vertrauenspersonen.

Zur Lokalliste. Am 23. Februar veranstaltet der Ortsverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter Berlin I einen Maskenball und zwar in den Germania-Sälen, Chausseest. 104. Wie den Genossen bekannt ist, steht genanntes Lokal uns zu Versammlungen nicht zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Kohales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Nachdem der neugewählte Stadtschulrat Herr Gerstenberg überaus schnell die Bestätigung durch die staatliche Aufsichtsbehörde erhalten hat, ist er — ebenso überraschend schnell — bereits in der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung in sein Amt eingeführt worden. Die Einführung hatte nicht einmal mehr durch die Tagesordnung vorher angekündigt werden können, so schnell war sie angeordnet worden. Der Einführungsvortrag vollzog sich äußerlich in den üblichen Formen, aber es war doch ein gewisses charakteristisches Etwas dabei. Als Herr Gerstenberg in den Saal geleitet wurde, begrüßten ihn seine Freunde und Gönner mit freudigem „Hi!“. Auch Herr Kirchner empfing den neuen Kollegen mit einem strahlenden Gesicht, das darauf berechnet schien, aller Welt sichtbarlich zu verkünden, wie sehr sich der

Magistrat freut, gerade Herrn Gerstenberg in sein Kollegium aufnehmen zu können. Herr Kirchners Begrüßungsrede war ganz ungewöhnlich warm. Der Herr Oberbürgermeister sprach von dem Vertrauen, das die städtischen Behörden, insbesondere der Magistrat, in Herrn Gerstenberg setzen, wies ihn aber zugleich auf die „Anforderungen“ hin, die ihm bevorstünden, und die „nicht stille gehalten haben vor dem hochverdienten Manne, der ein Menschenalter hindurch usw.“. Gegenüber denjenigen Mitgliedern der Versammlung, die ihre Unzufriedenheit mit der Amtsführung des also verherrlichten Vertram leider recht oft haben Ausdruck geben müssen, waren diese Worte des Herrn Kirchner eine Tatkraftigkeit; aber die Gönner des Herrn Gerstenberg — dieselben Mitglieder, die so lange auch die Gönner des Herrn Vertram gewesen sind — quittierten mit lautem Bravo.

Die Verhandlungen über den Gas-Einheitspreis und den Vertrag mit der englischen Gesellschaft, die die ganze Sitzung ausfüllten, haben wieder einmal gezeigt, wie schnell sich die Berliner Stadtverordneten-Versammlung schlüssig zu machen versteht, wenn ihr ein langsames Arbeiten und sorgfältiges Prüfen nicht in den Kram paßt.

Der in der vorigen Sitzung abgelehnte Antrag auf Verweisung der Magistratsvorlage an einen Ausschuß war von unsren Genossen erneut eingebracht worden. Stadthagen, der den Antrag begründete, hob besonders die juristischen Bedenken hervor, zu denen der Vertragsentwurf Anlaß gibt. Nachdem der Antrag gegen die Stimmen unsrer Genossen und einiger Freisinnigen abgelehnt war, wurde in die Specialdebatte über die einzelnen Paragraphen eingetreten. Unsre Genossen beantragten hierzu eine Reihe von Abänderungen und Streichungen, um die Schädigungen, die der Vertrag für die gewerbetreibende Bevölkerung und für die Stadtgemeinde bringen muß, auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken. Ramentlich wurde die Festsetzung eines Einheitspreises von zehn Pfennig statt von 13 Pfennig gefordert. Von unsrer Seite sprachen zu diesen Anträgen Stadthagen, Borgmann, Jubel, Ewald, Hoffmann, Bruns. Die Mehrheit nahm unter Ablehnung aller Zusatzanträge nach einander die einzelnen Paragraphen und den Vertrag im ganzen an; dagegen stimmten fast nur unsre Genossen. Der erbitterte, aber leider erfolglose Kampf gegen die Gasverteuerer dauerte volle vier Stunden. Die zahlreichen Klein-Gewerbetreibenden, die auf der dicht besetzten Tribüne den zeitweise sehr hitzigen Verhandlungen mit lebhaftem, bis zum Schluß vorhaltenden Interesse folgten, werden aus der gestrigen Sitzung die Ueberzeugung mit nach Hause genommen haben, daß sie von der freisinnigen Mehrheit der Berliner Stadtverordneten-Versammlung nichts zu erwarten haben.

Ein Eisenbahn-Tarifsuriosum.

Es ist bekannt, daß unser Eisenbahn-Tarif gar manche Sonderheiten enthält, bei welchen der gewöhnliche Mensch vergeblich danach trachtet, zu ergründen, von welchen Voraussetzungen sich wohl die löbliche Eisenbahn-Verwaltung bei ihren Anordnungen leiten ließ. Solcher schwierigen Fragen eine hatte uns dieser Tage wieder einmal ein Leser überantwortet, der hartnäckig mit der Behauptung auftrat, daß er nach seinem Wohnort an der Ostbahn keine Arbeiter-Fahrkarte bekäme, obwohl sonst für alle übrigen Stationen auch über seinen Wohnort hinaus Arbeiter-Fahrkarten veranschlagt werden. Selbst bei unsrer geringen Meinung von der hohen Verkehrsbehörde hegten wir doch Zweifel, ob nicht der Erzähler stark übertriebe und erst, nachdem er uns fünf Alibi's als Beweismittel unterbreitet hatte, konnte unser Mißtrauen überwunden werden. Unser Beschwörer gab folgendes an: Von dem an der Ostbahn gelegenen Ort Gorgast ziehen regelmäßig eine Anzahl Maurer nach Berlin, um hier ihrem Beruf nachzugehen.

Des Sonnabends benutzten diese Arbeiter jahrelang Arbeiterfahrkarten bis zur Station Golzow, von der sie bis zu ihrem Wohnort noch eine Stunde Wegs zu laufen hatten. Im vorigen Jahre hatten nun die Einwohner von Gorgast um die Errichtung einer Haltestelle an diesem Ort petitioniert, und mit einem Zuschuß aus der Gemeinde, der durch freiwillige Beiträge aufgebracht wurde, war auch die Haltestelle geschaffen worden. Die Arbeiter selbst hatten jeder 3 M. gespendet und freuten sich nun der günstigen Fahrgelegenheit nach ihrem Wohnort. Umsonst erlaubten sie, daß ihnen am Schalter in Berlin keine Arbeiter-Fahrkarten nach Gorgast verabsolgt wurden. Nach Gorgast werden keine Arbeiterfahrkarten ausgegeben, hieß es. Das schien den Arbeitern ein wenig unverständlich, da doch nach Köpcke, eine Station über Gorgast hinaus, dergleichen Fahrkarten verkauft wurden. Schließlich kam man aber auf den Ausweg, wieder wie ehemals bis Golzow, einer Station vorher, eine Arbeiterfahrkarte zu lösen und dann mit besonderem Billet von Golzow nach Gorgast zu fahren. Das ging eine Zeitlang, bis eines Sonnabends auf der Station Golzow diesem Stande ein jähes Ende bereitet wurde. Der Kontrollbeamte nahm den Fahrgästen ihre Arbeiterfahrkarten ab, und in einer besonderen Rücksicht wurden von jedem 6 Mark Strafe eingefordert. Auf eine hiergegen eingelegte Beschwerde kam von der Verkehrsinspektion folgender Bescheid:

Vorstand der Königl. Eisenbahn-Verkehrsinspektion.

Cästrin, den 30. Juli 1900.

An Herrn G. M.

Auf die gest. Zuschrift vom 26. d. M. teile ich Ihnen mit, daß der von Ihnen eingeforderte Betrag am G. keineswegs eine Strafe darstellt, sondern ein gemäß § 21 M. der Eisenbahn-Verkehrs-Ordnung festgesetztes erhöhtes Fahrgehalt. Dieses Fahrgehalt hat stets derjenige Reisende zu zahlen, falls nicht der doppelte Betrag des gewöhnlichen Fahrgehalts zur Einziehung gelangt, welcher ohne gültige Fahrkarte betroffen wird. Ihre Fahrkarte war aber zur Reise von Berlin nach Golzow ungültig.

Bestimmungen gemäß dürfen Arbeiter-Rückfahrkarten nur am Wohnort nach dem Arbeitsort und umgekehrt benutzt werden. Da Sie aber nach Ihrer Arbeitsbestimmung nicht in Golzow wohnen, haben Sie auch keine Berechtigung, Arbeiter-Rückfahrkarten nach Golzow zu benutzen.

Im weiteren ist es unzulässig, durch Zulassung von gewöhnlichen Fahrkarten zu einer noch einer Zwischenstation lautenden Arbeiter-Rückfahrkarte die Reisezielstation zu erreichen. Sie werden deshalb nochmals hierdurch aufgefordert, den Betrag von 6 M. bei der genannten Fahrkartenkasse porto- und bestellgeldfrei einzuzahlen, da widrigenfalls weitere Schritte gegen Sie in die Wege geleitet werden müßten.

Der Beschwerdeweg ist jetzt bis zum Ministerium erschöpft, ohne daß ein andres Resultat erzielt wurde, nur mit der Ausnahme, daß man die 6 M. Strafe den Beschwerdeführern erlassen hat, weil man annahm, daß den Arbeitern diese Tarifbestimmung nicht bekannt gewesen sei.

Während den Arbeitern früher die Fahrt 1,70 M. kostete, beträgt jetzt der Fahrpreis hin und zurück dritter Klasse 3,40 M.; sie dürfen weder eine Station vorher, noch eine Station über ihren Wohnort hinaus die Arbeiter-Fahrkarte benutzen, weil sich die Eisenbahnbehörde schematisch an ihre Tarifbestimmungen hält. Ganz unerklärlich ist dabei die Praxis der Behörde, einen Ort an der Strecke, für welche sonst Arbeiter-Fahrkarten ausgeben werden, von dieser Vergünstigung auszuschließen. So lange ein Tarif nicht durchgeföhrt ist, daß für Stationen, die über 50 Kilometer von Berlin entfernt liegen, keine Arbeiterfahrkarten ausgegeben werden, sollte man doch nicht die Bewohner eines Orts benachteiligen und zwar in einer recht Kleinlichen und ganz unverständlichen Weise.

Die Ausgabe der Arbeiterfahrkarten geschieht schon unter einem recht erschweren Geschäftsgang, der fortgesetzt eine Reihe von Unzuträglichkeiten mit sich bringt; aber was hier die Eisenbahn-Verwaltung den Fahrgästen bietet, steht doch nach nichts andern als nach reiner Willkür aus.

Die harte Kälte, die jetzt schon seit Wochen anhält, legt aufs neue die Frage nahe, ob es denn kein Mittel giebt, die Führer der elektrischen Straßenbahnwagen gegen die Unbilden der Witterung zu schützen. Was es heißt, als Führer eines solchen Wagens zehn bis zwölf Stunden mit geringen nicht in Betracht kommenden Pausen dem scharfen Frostwind ausgesetzt zu sein, der durch das rasche Fahren der Wagen entweicht, kann der am besten ersehen, der nur einmal einige Minuten auf dem Vorderperon eines Wagens gestanden hat. Die Folge dieses Zustands ist, daß die Zahl der Wagenführer, die an Augenentzündungen und Erkrankung der Atmungsorgane leiden, eine unverhältnismäßig große ist. Jede andre halbwegs gewissenhafte Verwaltung eines öffentlichen Instituts würde von selbst für Abhilfe sorgen, für die Direccion der Großen Berliner besteht eine solche Verpflichtung nicht; sie überläßt es dem Personal zu sehen, wie es zurecht kommt; mögen die Familien in Sorgen und Mühen um die Gesundheit ihrer Führer in Sorgen vergehen. Es scheint, daß die Gesundheits-Polizei sich kaum um diese Verhältnisse kümmert, so viel Grund dazu vorhanden wäre. Gibt es denn keine Einrichtungen zum Schutz des Fahrpersonals? Selbstverständlich sind solche vorhanden und zwar in den Vereinigten Staaten ganz allgemein und auch in einzelnen Staaten des Continents z. B. in Zürich. Diese Wagen sind auf beiden Perons mit Fensterwänden gegen die Zugluft von vorn geschützt; es hat also nicht bloß der Wagenführer, sondern auch das auf dem Vorderperon stehende Publikum den Schutz von einer solchen Vorrichtung. Eine solche Schutzvorrichtung ist auch hier bei einigen Wagen angebracht.

Vor kurzen wurde nun gemeldet, daß die weitere Anwendung dieser Schutzvorrichtung nicht in Aussicht siehe, weil bei Frost oder Regen dem Führer die Aussicht durch die Glasscheiben erschwert wird. Die Annahme scheint uns aber nicht zutreffend, weil, wie bereits gesagt, in andren Städten dieser Uebelstand nicht empfunden wurde.

Der jegige schutzlose Zustand für den Wagenführer ist ein Skandal und ist Wandel so rasch als möglich dringend nötig.

Flüssige Luft zur Verbrennung verwertet. Eine bemerkenswerte Verwendung flüssiger Luft kündigt der Londoner Engineer an, und zwar auf Grund einer Erfindung des deutschen Ingenieurs Hempel. Dieser ging von der Thatsache aus, daß sich bei der Verbrennung der flüssigen Luft der Stickstoff schneller verdunstet als der Sauerstoff, sodas schließlich ein Gas entweicht, das einen großen Gehalt des leichten Elements aufweist. Hempel wollte nun diese Eigenschaft für die Heizung mit minderwertigen Brennstoffen wie Braunkohle und Torf ausnutzen und konstruierte zu diesem Zweck eine besondere Herdanlage. In einiger Entfernung von dem Heizraum wird ein Gefäß mit flüssiger Luft angebracht, dessen Inhalt selbstverständlich allmählich verdunstet. Die ersten Dämpfe, die an Stickstoff reich sind und daher die Verbrennung behindern würden, werden besonders angezogen; die späteren aber, die bis zur Hälfte aus Sauerstoff bestehen, werden unter die Roststäbe geleitet, wodurch eine lebhaftere Verbrennung erzeugt wird. Die praktische Anwendung dieses sinnreichen Verfahrens ist natürlich von dem Preise und der leichten Erhältlichkeit der flüssigen Luft abhängig.

Die Krastifikation für die elektrische Hochbahn, welche in der Trebbinerstraße an der Ecke des Tempelhofer Ufers errichtet wird, ist im Hobbau fertiggestellt. Das in Sandstein gehaltene dreistöckige Gebäude gewährt in Verbindung mit dem nach der Lindenwalderstraße zu gelegenen Verwaltungsgebäude der Hochbahn einen imposanten Anblick, der wesentlich durch das an dieser Stelle massive Bauwerk der Hochbahn, die hier in den Gebäudelomplex der Lindenwalder- und Trebbinerstraße einschneidet, erheblich verstärkt wird. Das Aesthetische der Krastifikation ist an der Hochbahn belegen und wird mit 10 Stufen zu 3000 Pferdekraften ausgestattet. Der für den Ausbruch der tiefen Heizungsanlagen erbaute Schornstein ist das höchste dergleichen Bauwerk Berlins und eins der höchsten Deutschlands. Er überragt mit seinen 50 Metern die Siegeshöhe und bleibt gegen den Reichsturm nur um 16 Meter zurück. Die zur Erzeugung der elektrischen Kraft erforderlichen Wechselstrom-Dynamos, für welche jetzt die Fundamente errichtet werden, erhalten ihre Luftzufuhr in dem Betriebsgebäude an der Trebbinerstraße. Die Arbeiten, die durch die Kälteperioden in diesem Winter sehr beeinträchtigt worden sind, sollen dergleichen gefördert werden, daß noch im Mai d. J. einige der Krastmaschinen in Betrieb gesetzt werden können.

Die Eröffnung der neuen Volks-Badeanstalt in der Waldstraße wird, wie unnehr bestimmt feststeht, spätestens im Mai d. J. stattfinden, womit einem schneidenden Wunsch der Bevölkerung des südlichen Stadtteils nachgegeben wird. Augenblicklich wird mit großem Eifer an der inneren Ausstattung der Anstalt gearbeitet. Ueber dem Hauptportal des mit einer prachtvollen Sandsteinfassade versehenen Vordergebäudes ist vor kurzem ein schönes, auf den Zweck der Anlage hinweisendes Wappen enthüllt worden, das von zwei stehenden Wären flankiert wird, zu deren Füßen sich aus einer Urne Wasser ergießt. Auf dem Wappen steht man die mit der Mauerkrone geschmückte Verolina sitzen, in der Linken eine Schlange haltend und mit der Rechten ein Gefäß umfassend, aus dem ebenfalls Wasser entströmt. Ein kleiner Knabe lehnt sich gegen diese Figur und blickt freudig auf das dahinstehende Bad.

Im Hinblick auf die bevorstehende Umzugszeit wird das Publikum vom Polizeipräsidium wiederholt davor gewarnt, Mietsverträge über Räume in neu erbauten oder umgebauten Häusern für eine Zeit abzuschließen, zu welcher die von der Ausfertigung des Hobbau-Abnahmehetins ablaufende Zeit von 6 Monaten für die Gebrauchsabnahme-Prüfung noch nicht verstrichen ist, da die Polizey-Organen vor Ablauf dieser Frist das Bezirken der fraglichen Räume nicht bilden und nach den gesetzlichen Bestimmungen auch nicht dulden können. Die Polizeireviere werden nach wie vor auf Anfragen aus dem Publikum über die voraussichtlichen Termine der Beziehbareit von Wohnungen in neuen beziehungsweise umgebauten Häusern bereitwillig Auskunft erteilen.

Durch einen groben Vertrauensbruch im Dienst hat ein Kanzlist der Civilkammer des Landgerichts I seine Karriere vernichtet. Der im Bureau der Gerichtsklasse des oben erwähnten Gerichts in der Grunerstraße angestellte Kanzlist Guth hatte gegen die Schuldner der Klasse, welche den Offenbarungseid zu leisten sich weigerten, die Haftbefehle auszustellen. Ein Schuldner kam kürzlich zu G. und bat ihn, den gegen ihn, den Schuldner, auszustellenden Haftbefehl acht Tage zurück zu behalten, was der Kanzlist auch versprach. Derselbe erhielt für diese Gefälligkeit ein Geschenk von drei Mark. Durch ein Versehen Guths wurde jedoch der Haftbefehl an einen Gerichtsvollzieher ausgehändigt, und als dieser zum Zwecke der Vollstreckung in der Wohnung des Schuldners erschien, weigerte sich der letztere unter Hinweis auf die gezahlten 8 M., dem Haftbefehl Folge zu leisten. Hierdurch kam das Dienstvergehen des Kanzlisten an die Öffentlichkeit und G., der zugestehen mußte, die Pflichtverletzung begangen zu haben, wurde sofort vom Dienste dispensiert. Die Verhaftung des Beamten konnte jedoch nicht erfolgen, weil dieser seit seiner Entlassung verschwunden ist, und man nimmt an, daß er einen Selbstmord verübt hat.

Das Eintreffen gefährlicher Taschendiebe, die in derselben Art arbeiten, wie die auf dem Bahnhofs Friedhofstraße seiner Zeit verhafteten Antonio Botta und Alexander Dumas, ist der hiesigen Kriminalpolizei von Basel angelündigt worden. Dort haben sich zwei Männer am 1. d. M. abends um 8 Uhr an den Kaufmann Johann Karl Mayer aus Frankfurt a. M. herangemacht und ihm beim Besichtigen des Gottardbahnzugs eine leberne Brieftasche mit 3000 Frcs in 100 und 50 Frcnoten, einem Hundertmarktschein und mit dem Gepäckschein 1/2 aus der inneren Brusttasche der Weste herausgeholt. Man vermutet, daß sich die beiden internationalen Verbrecher auf dem Wege nach Deutschland befinden.

Von der Plattform eines Eisenbahnzuges herabgestürzt. Ein Unfall, der überaus gut abließ, ereignete sich vorgestern auf dem Personenzug, der von Magdeburg nach Berlin fuhr. In der Nähe von Werder war ein Handlungreisender aus Berlin, dem während der Fahrt unwohl wurde, auf die Plattform getreten. Hier rutschte er in Folge der Glätte ab und fiel auf den Bahnkörper. Ein Mitreisender hatte aber den Unfall bemerkt und schnell die Kollision gezogen; worauf der Zug auf freier Strecke hielt. Als nun die Schaffner den Bahndamm entlang gingen, um den Verunglückten zu suchen, kam ihnen dieser schon wohlgemut, ohne daß er die geringste Verletzung davon getragen hätte, entgegen und konnte dann die Reise nach Berlin fortsetzen.

Aus dem Fenster gesprungen ist im Passage-Panoptikum am Donnerstagnachmittag der 25 Jahre alte Schwarze Muhamad Edman. Er zog sich eine Hüftverletzung zu und wurde durch zwei Landknechte nach einem Krankenhause gebracht. Der Grund zur That war nicht bekannt.

Erschossen hat sich am Donnerstagnachmittag die 32 Jahre alte Hühnerhändlerin Ella Hennig, die mit ihrem Ehemann in der Angermühlendstraße 12 in kinderloser Ehe lebte. Der Mann hatte um 9 Uhr vormittags die Wohnung verlassen, um sich in sein in der Linienstraße 41 befindliches Geschäft zu begeben, beim Fortgehen aber nichts Auffälliges an seiner Frau wahrgenommen. Als er aber von ihr um 1 Uhr nicht abgelöst wurde, begab er sich nach Hause und fand die Frau entleert mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe im Bette liegen. Die Unglückliche starb bald darauf.

Im Verfolgungswahn getötet hat sich die 45 Jahre alte Zimmervermieterin Sofie Krüger, die seit 5 Jahren den ersten Stock des Hauses Bernburgerstr. 30 bewohnt und neben dem Vermietungsgeschäft auch die Näherei betrieb. Sie war unversehrte und zeigte seit drei Jahren anfangs Spuren von Furchtbarkeit, später aber von Verfolgungswahn. Am Mittwochabend fand man sie, am Spiegelkasten ihres Zimmers hängend, tot auf.

Von einem gewaltigen Dachstuhlbrande heimgesucht wurde am Donnerstagnachmittag das fünfstöckige Haus Edu Kuhn- und Großgärtchenstraße. Das um 7 Uhr bemerzte Feuer verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit, so daß die zuerst am Brandherde eingetroffenen Löszüge sich als ungenügend erwiesen, weshalb Brandinspektor Reinhardt noch andre Züge nachbeordnete. Die Schöneberger Wehr, die ebenfalls zur Stelle war, wurde nicht in Anspruch genommen, da die Berliner Löszüge sich dem Feuer gewachsen zeigten. Dampfsprizen und Hydranten arbeiteten zwei Stunden und beschränkten den Brand auf den Dachstuhl. Gegen 9 Uhr konnten einige Löszüge wieder abziehen, während die andern die Aufräumungsarbeiten übernahmen. Der entstandene Schaden ist bedeutend. — Vorher erging an die Wehr der Ruf: „Menschenleben in Gefahr!“ Es stellte sich heraus, daß Leipzigerstr. 13 auf einem Neubau ein Mann auf einem Fährstuhl verunglückt war. Er hatte sich eine starke Beinverletzung zugezogen und wurde nach dem Krankenhause befördert.

Berichtigung. In Nr. 37 unresr Blatts brachten wir eine Notiz über einen Vorgang, der sich im Brüderrischen Lokal zwischen dem Mitglieder des Lotterielubs Südost und einem alten Parteigenossen abspielte. Wir erhalten zu dieser Angelegenheit von den Vertrauensmännern des vierten Kreises E. Voigt und P. Böhm folgende Berichtigung: In einer zu dieser Angelegenheit togenen Konferenz der beteiligten Personen wurde festgesetzt, daß der Vorsitzende des Klubs Herr Lieblich auf Verlangen der Festteilnehmer den Verkauf von Parteibonds verbot, jedoch an dem darauf folgenden Nachspiel unbeteiligt war.

Verlorenes Manuskript. Auf der Stadtbahn in der Richtung von Lehrter Bahnhof nach dem Bahnhof Wörse ist am 18. d. M. in einem Abteil des Südrings ein Paket liegen geblieben, das mehrere Theaterskizzen im Manuskript enthält. Der Finder wird gebeten, der Redaktion die Schriftstücke zu übermitteln.

Uranis. Am Freitag, abends 8 Uhr, wird der bereits angekündigte Vortrag des Herrn J. P. Paul Gottensien aus Paris, 46 000 Kilometer zu Fuß; Gedenkfeier während einer 14-jährigen Fußreise um die Erde stattfinden. Der Vortrag wird von Herrn Gottensien in deutscher Sprache gehalten werden.

Ringkämpfe im Circus Schumann. Am Mittwoch begannen die Entscheidungskämpfe. Lann (Berlin) wurde von Moret (Paris) in 12 Minuten gewonnen. Adolf (Lüne) warf Pietro II (Mater) in 1 1/2 Min., obgleich sich letzterer tapfer verteidigte. Blau (Paris) besiegte über Vorlage (Paris) in 8 Minuten. Der Kampf zwischen Strenge (Berlin) und Berget (Belgien) mußte der vorgeschriebten Zeit wegen nach 40 Minuten abgebrochen werden.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung genehmigte am Mittwoch die Verlängerung des mit dem Nachdruckverleger Herr getroffenem Abkommens betreffend die Uebertragung des öffentlichen Anschlagweises bis zum 30. Juni. Vom 1. Juli ab soll das Anschlagweiser, eventuell einseitlich mit Berlin, neu geregelt werden. Die Vorlage des Magistrats betreffend Bewilligung einer Summe von 10 000 M. für die Abfassung einer neuen Geschichte der Stadt Charlottenburg zur Zweihundertjahr-Feier (1906) gelangt nach unerheblicher Debatte zur Annahme. Des weiteren erklärte sich die Versammlung mit der Magistratsvorlage betreffend die Zulassung der Frauen zur öffentlichen Armenpflege einverstanden. Es sollen in Zukunft nach Anhörung der beteiligten Armenkommission und auf Antrag des Magistrats auch Frauen zu Armenpflegern bestellt werden können. Gleichfalls genehmigt wurde die vom Magistrat beantragte Neueinteilung der Armenkommissionsbezirke und der Waisentatsbezirke. Sodann nahm die Versammlung einige auf Grund der neuen Geschäftsordnung notwendig gewordene Änderungen vor; im Petitionsausschuß ist die Sozialdemokratie nicht, im Ausschuß zur Prüfung der Stadtverordnetenwahlen durch Genossen nicht vertreten. Zum Schluß wurden mehrere Vorlagen, die die Verstärkung von Staatspositionen betreffen, genehmigt und der Etat in erster Lesung beraten.

Hygienische Vorträge. In den von der Allgemeinen Orts-Arztanstalt für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs veranstalteten hygienischen Vortragsabenden spricht am Freitag, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in der Aula der Gemeindegemeinschaft 22 Herr Regierungsrat und Gewerbe-Verwaltungsrat am Dienstag, den 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in der Aula der Ober-Realschule, Schloßstr. 27, Herr Gewerbe-Inspektor Schmidt. Vortragsplan am beiden Abenden „Gewerbe-Inspektion und Gewerbe-Hygiene.“ Der Besuch dieser Vorträge ist für jedermann unentgeltlich.

Gewerbe-Inspektion.

Wegen öffentlicher Beleidigung vermittelst der Presse hatten sich gestern die Redakteurin Fraulein Minna Kube und der frühere Gerichtsfretzer, jetzige Cigarrenhändler Heinrich Kellermann von der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Fraulein Kube betreibt in Charlottenburg eine Naturalheilanstalt und giebt auch ein Blatt heraus mit dem Titel „Neu-

heilwissenschaft“, welches sie selbst redigiert. In diesem Blatt erschien am Mai 1900 ein von dem Angeklagten Kellermann verfaßter Artikel mit der Ueberschrift „Unser heutige Zerrbild und der Fall Kube.“ Dieser Artikel war ganz desgleichen Genres, wie sie vor mehreren Jahren der „Luchdrucker“ in seinem Kampfe gegen die heutige Zerrbild-Verhandlung verfaßte, der sich dadurch eine Menge von Bestrafungen und Anklagen zuzog, die ihn schließlich zwangen, nach der freien Schweiz zu flüchten. Die Verhandlung wurde zum Teil unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Aus dem öffentlich verkündeten Urteil ging hervor, daß der Gerichts-Ausschuss alle Angaben des Artikels als frei erfinden hielt. Fel. Kube, die an die Richtigkeit des Inhalts des Artikels geglaubt habe, habe nur grob fahrlässig gehandelt und sei daher mit 500 Mark Geldbuße zu bestrafen. Bei Kellermann sei nur deshalb von einer Gefängnisstrafe abgesehen worden, weil er selbst früher einmal Spuren von Geisteskrankheit gezeigt haben solle. Bezüglich seiner sei die Strafe auf 600 Mark bemessen worden. Außerdem mußte auf Publikationsbefugnis erkannt werden.

Eine Leichenrede. Der Tischler Fehling hatte bei der Beerdigung des Tischlers Wiegner an dessen Grabe auf dem Friedhof zu Dornigheim einen Kranz niedergelegt und dabei gesagt: „Im Namen des Holzarbeiter-Verbands lege ich diesen Kranz hier nieder.“ Er wurde deshalb beschuldigt, entgegen dem Verbot auf einem der Kirche unterstehenden Friedhof als Laie eine Leichenrede gehalten zu haben, ohne die Erlaubnis des zuständigen Pfarrers zu besitzen. Das Schöffengericht sprach ihn jedoch frei und das Landgericht verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft. — Die Staatsanwaltschaft legte nunmehr Revision ein und der Oberstaatsanwalt am Kammergericht schloß sich dem Rechtsmittel mit folgenden Ausführungen an: Nach Entscheidungen des Kammergerichts sei eine Grab- oder Leichenrede schon ein ganz kurzer Vortrag, der mit einem einzigen Gedanken ausgedrückt, oder eine einfache, in wenigen Worten zusammengefaßte Ansprache an die Trauerversammlung. Eine solche liege aber hier vor. — Rechtsanwalt Wolfgang Heine, der den Angeklagten vertrat, verwies auf die landgerichtliche Entscheidung als zutreffend, erklärte aber, daß er noch weiter gehe. Es handle sich hier nicht nur um keine Leichenrede, sondern es liege überhaupt keine Rede vor. Allerdings seien vom Kammergericht gegenteilige Entscheidungen ergangen. Er sehe sich indessen veranlaßt, diese als unrichtig zu bekämpfen. Eine Rede setze schon begrifflich voraus, daß es sich dabei handele um mehrere Sätze und mehrere Gedanken, die in einer gewissen feierlichen Form ausgesprochen würden. Danach seien die Worte: „Ich lege den Kranz im Namen des Verbands nieder“, ebenso wenig eine Rede, als wenn jemand zu einem andern gesagt hätte: „Komm, wir gehen nachher zu Schul.“ — Das Kammergericht wies die Revision zurück und führte begründend aus: Der Senat sei von seiner früheren Judikatur nicht abgegangen, gleichwohl müsse die Revision der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen werden, denn sie scheitere an den tatsächlichen Feststellungen. Wenn der Vorderrichter annehme, daß der Angeklagte bei der Kranzniederlegung lediglich gesagt habe, was er that, so wolle der Vorderrichter damit verneinen, daß es sich um eine Ansprache an die Trauerversammlung handle. Und wenn er darauf zu dem Schluß komme, jene Worte des Angeklagten stellten eine Leichenrede nicht dar, dann verlege er damit nicht den Begriff der Leichenrede. Ein Rechtsirrtum des Vorderrichters sei nicht erkennbar.

Aus einer ordnungsparteilichen Gemeindeverwaltung. Der Herrliche Stadtrat Dr. Lampert zu Mülhausen i. Elz., eines der Produkte der liberal-kerikalischen Ordnungsverdrückung bei den Gemeinderatswahlen von 1896, hatte gegen den Vorsitzenden des dortigen Hausbesitzervereins H. Penner Privatklage wegen „verleumderischer Beleidigung“ erhoben, weil derselbe in einer öffentlichen Versammlung der Hausbesitzer gesagt haben sollte, im Gemeinderat säßen Leute, die ihre Stellung zu ihrer persönlichen Bereicherung ausnützten, wobei er auf einen Jurist aus der Mitte der Versammlung den Namen Lampert nannte. Die Sache kam dieser Tage vor dem Schöffengericht zum Austrag. Unter den Zeugen befand sich der Polizeordneter des Bürgermeisters, Fabrikant Kaufhoffer-Loederich, der auf die Fragen des Angeklagten die folgenden Thatsachen bestätigte: Vor zwei Jahren bot die Stadt dem Eigentümer eines 307 Quadratmeter großen Terrains, auf welchem sie eine Verzeigerungsallee zu errichten gedachte, den Kaufpreis von 12 000 M. Der Eigentümer verlangte 14 400 M., die Stadt wollte jedoch diesen Preis nicht zahlen. Kurze Zeit darauf erwarb der Stadtrat Lampert das Terrain und die Stadt kaufte es diesem jetzt für 18 000 M. ab, indem sie sich zugleich verpflichtete, ihm eine der Stadt gehörige Bodenfläche bei seinem Wohnhaus, deren Wert im Gemeinderat selbst auf 4000 M. veranschlagt wurde, unentgeltlich abzutreten. Die Gemeinde sollte somit 22 000 M. an den kerikalischen Stadtrat, nachdem sie kurz vorher die Kaufsumme von 14 400 dem unrichtigen Eigentümer gegenüber für zu hoch erklärt hatte! — Das Schöffengericht sprach den Angeklagten nach einer Beratung von wenigen Minuten frei. In den Urteilsgründen heißt es, daß der Angeklagte als Gemeinderats-Mitglied ein Kaufgeschäft wie das vorliegende sich hätte verjagen sollen. Nach dem Ergebnis der Beweisannahme siehe nicht fest, daß der Angeklagte dem Privatkläger in öffentlicher Versammlung direkt den Vorwurf der Bereicherung gemacht habe, aber selbst wenn dies bestehen wäre, würde das Gericht ihm den Schutz des § 193 Str.-G.-B. zugebilligt haben, denn zur Erhebung solcher Vorwürfe in öffentlicher Verhandlung sei jeder Bürger berechtigt. Es sei nicht wahrscheinlich, daß der Privatkläger die nachgewiesenen Vorteile aus dem Kaufgeschäft gezogen hätte, wenn er nicht Gemeinderat wäre. Wenn solche Dinge im Gemeinderat möglich seien, so gehe dies das Schöffengericht nicht an, es müsse aber das Recht der öffentlichen Kritik gemäß § 193 Str.-G.-B. ihnen gegenüber walten.

Das ordnungsparteiliche Stillleben auf dem Rathaus der ober-sächsischen Industriestadt hat durch diese Gerichtsverhandlung eine böse Störung erfahren.

Verhandlungen.

Die Arbeiter hatten am Mittwoch eine öffentliche Versammlung, in der zunächst der Vertrauensmann Strasser den Bericht der Tarifkommission erstattete. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Accordpreise größtenteils in unrichtiger Weise geregelt sind. Wegen der Feier des 1. Mai hatten die Unternehmer nichts einzuwenden. Auf die Einführung des Minimal-Stundenlohns von 60 Pf. wollten sie sich jedoch nicht verpflichten. — Nach längerer Diskussion, in der sämtliche Redner sich für das unbedingte Festhalten an dem 60 Pf.-Minimallohn aussprechen und sich auch mehrere für die Abschaffung der Accordarbeit erklären, wird folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Änderungen der einzelnen Positionen des Tarifs einverstanden, erklärt aber an den 60 Pfennig-Minimallohn unbedingt festhalten zu müssen, da dieser Lohn die äußerste Grenze des Existenzminimums für einen Arbeiter als Saisonarbeiter bedeutet. Ferner erklärt die Versammlung, daß von Seiten der Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine Kommission zu wählen ist, die, nachdem der Tarif auf dem Gewerbegericht festgelegt worden ist, die Differenzen analog der Tarifkommission für die Polstererbranche zu regeln hat.“ — Es fand dann noch eine erregte Debatte über einen Versammlungsbericht des „Korrespondenz-Blattes“ statt. — Weiter wurde über den Streit bei der Firma Seiffert verhandelt. Die von den Ausführenden gestellten Forderungen wurden als zu niedrig bezeichnet. Nach längerer Diskussion sprach die Versammlung den Streikenden ihre Sympathie aus und erklärte sich mit ihnen solidarisch.

Lichtenberg. Eine Volksversammlung, die von ca. 1000 Personen besucht war, während ebenso viele wegen Ueberfüllung des Lokals umkehren mußten, fand am 20. d. M. hier statt. Reichstags-Abgeordneter G. Wedebour sprach in 1 1/2 Stunden, mit stürmischen Beifall aufgenommenen Vortrag über die geplante Erhöhung der Getreidezölle. Die lebhafteste, zustimmende Diskussion erobte mit der einstimmigen Annahme der Resolution, die bereits in den Berliner

Verhandlungen angenommen wurde. Ein weiterer Antrag, der den Gemeindevorstand ersucht, im Interesse der Gemeindeglieder sich diesem Protest an den Reichstag und den Bundesrat anzuschließen und die sozialdemokratischen Gemeindevereine auffordert, für eine Beiprückung dieses Antrags in der Gemeindevorstellung einzutreten, fand gleichfalls nach kurzer zustimmender Debatte einstimmige Annahme.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen (gegründet 1892). Heute abend 9 Uhr in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20: Geschäftsliche Sitzung. **Sozialwissenschaftlicher Studentenverein.** Freitag, den 22. Februar, 8 1/2 Uhr: Herr Professor Dr. Benitz über „Der Kampf der Völker und seine Formen“. Gäste sind herzlich willkommen.

Vermischtes.

Aufgefundenes Registrierballon. Der am 7. Februar 1901 vormittags in Straßburg vom meteorologischen Landesdienste aufgelassene Registrierballon ist am 14. durch Zufall von Waldarbeitern mitten im Walde bei Douvres-aux-Bois par Dompierre (14 Kilometer Luftlinie NW von Epinal in Frankreich, 113 Kilometer WSW von Straßburg) gefunden worden. Der tadelloser erhaltene Registrierapparat hat gut funktioniert und zeigte an, daß der Ballon eine Maximalhöhe von 8000 Meter bei einer Minimaltemperatur von -45 Grad Celsius erreicht hat.

Feuersbrunst. Aus Gotha wird berichtet: Die im Jahre 1700 fertiggestellte Sternwarte auf dem kleinen Seeburg in letzter Nacht ein Raub der Flammen geworden.

Treibeis. Aus Köln wird berichtet: Der Rhein geht stark mit Treibeis. Die Mosel ist bei Koblenz zugefroren. Hier herrschte heute nach eine Kälte von 17 Grad Celsius.

Grubenunglück. Auf der Zeche „Preußen“ in Dortmund wurden Ende voriger Woche zwei Bergleute verschüttet. Trotz eifriger Rettungsarbeiten gelang es bis heute noch nicht, die Unglücklichen zu retten. Man dürfte sie jetzt kaum noch lebend antreffen. Ein Verwandter eines der Verschütteten wurde bei den Rettungsarbeiten schwer verletzt, und zwar wurde ihm durch einen aus dem Hangenden abstürzenden Stein der Fuß vollständig abgehauen.

Feuer im Rathaus. Während einer Festlichkeit im Anbau des Rathauses zu Schmalldien brach daselbst Feuer aus, das außer dem Tanzsaal die Räume der Kammerer und des Polizeikommissariats sowie andre Teile des Rathauses zerstörte; die wichtigsten Akten wurden gerettet.

Eine gewaltige Feuersbrunst zerstörte in der vergangenen Nacht in der Antwerpenstraße der Schiffeleer Vorstadt Rosenbeek eine Reihe von Gebäuden, darunter eine Margarinefabrik, eine Enveloppenfabrik und ein Magazin, in welchem ein Teil der Dekorations des Theaters de la Monnaie aufbewahrt wurde. Ein Feuerwehrmann kam ums Leben, ein anderer erlitt lebensgefährliche Brandwunden. Der Schaden beträgt 2 000 000 Franken.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

- A. D. 1. Rein. 2. Ja.**
- B. A.** Die Akteure müssen vorher nicht, da Untersuchung entscheidet. Natürlich müssen Sie auf Ihre Reden aufmerksam machen und eventuell, wenn es gemüht wird, später Zeugnisse beibringen.
- C. A.** Die Adressen von Wohlthätigkeits- und Unterstüßungsvereinen finden Sie im zweiten Bande des Adressbuchs.
- C. 2. 10.** Wenden Sie sich an das Kuratorium der Gemeindefürsorge. Bureau: Köpferstr. 63.
- H. S.** Niemand ist verpflichtet, solche Einkünfte in Zahlung zu nehmen. Wegen der Einlösung derselben wenden Sie sich an ein Bankgeschäft.

Zwei Wettende. 1. Diamanten verbrennen in der That. 2. Ja und nicht bekannt.

Rohlauf 111. 1. Von Ihrem persönlichen Erscheinen zwecks Aufgebots kann der Standesbeamte absehen und steht in der Regel ab; nur müssen die Sie betreffenden Urkunden ebenfalls beigebracht werden. Zur Debatte müssen Sie natürlich persönlich erscheinen. 2. Uns unbekannt. — **Edmund Krämer.** Die Beantwortung Ihrer Frage hängt von der Beantwortung der Frage ab, ob die Wägen in der That unbrauchbar sind. Diese Frage dürfte zu verneinen sein, insofern ihnen Sie gut, vor Anstellung der Klage einen Sachverständigen, 3. B. ein Sortimentsmitglied Ihrer Gemerkchaft, herüber zu betrogen. — **H. W. 100.** Sie möchten die Restantation (Schleim) patentes bis zum 25. Februar, einreichen: eine polizeiliche Beglaubigung ist nicht erforderlich. Sie sollten kurz den Sachverhalt, fähigen, falls möglich, Beweismittel für Ihren Vortrag an und beantragen Zurückstellung. — **H. S.** Militärämter, Invalidentar und dergleichen Legitimationskarten darf auch der Wirt nicht pfänden oder einbehalten. Pfändende Gegenstände darf er wegen räumlicher Miete einhalten, hat Standes oder dergleichen nicht zu beanspruchen, hat die Sachen sorgsam aufzubewahren: sie bleiben Eigentum des Wirters, gleichviel wie lange Zeit verstreicht. Will er die Sachen loswerden, so muß er seine Forderung eintragen und dann die Sachen durch einen Gerichtsbevollmächtigten pfänden lassen, oder er läßt die Pfandnoten in öffentlicher Auktion nach Benachrichtigung des Wirters durch einen Gerichtsoffizier versteigern. — **W. 20.** Ihre Vaterländisch ist kein Ehehindernis für eine Ehe mit einer andern, als der Mutter des von Ihnen erzeugten Kindes. Sie hoffen aber nach wie vor für Zahlung der Alimante. Die ausgefallenen Alimante verfahren in dreifach Jahren von der letzten Zwangsversteigerung ab gerechnet. — **A. Ja.** — **H. D. 1. Rein. 2. Ja. 3. Der Vortrag ist noch dem dem preußischen Stempelgesetz dempelpflichtig, aber auch ohne Stempel gültig. 4. Es müßten die Gegenstände aufgeführt, übergeben und endlich zum Eigentum (nicht nur Gebrauch) übergeben werden. Soweit der Vortrag Gläubiger etwa demnachstigen soll, ist er unzulässig. — **Antonius 85.** Der Verlust des Wahlrechts würde bis ein Jahr nach Entlassung aus dem Krankenhause gelten. Ob Sie Katen zahlen oder nicht, ist unerheblich. — **Deutschland.** — **G. J. 36. 1. Ja:** im Streitfall hat das Vormundschaftsgericht zu entscheiden. 2. Wenn ein Haus zwangsweise verkauft (subastriert) wird, so kann der Erwerber bis zu dem dritten Tage des nach dem Verkauf folgenden Quartals zum Ablauf des Quartals den Nießvertrags kündigen. Wer ein Haus am 25. Februar in der Subhastation erwirbt, kann also bis am 3. April die Nießverträge zum 31. Juni kündigen. — **W. Ja.** — **C. 3. 200. 1. Ja. 2. 80 Mark. 3. Das hängt von den Umständen des einzelnen Falls ab. — W. 20. 1. Rein:** der Nießstempel wird durch den Wert unter Vorlegung eines (eigen) Nießbuchs und nicht durch die Stempelung des Vertrags entsteht. 2. Ja. — **Beiläufige. 1. Rein. 2. Ja. 3. Ja. — H. S.** Ein eigenhändig ge- und unterschriebenes Testament ist gültig, auch wenn es ohne Zeugen errichtet und wenn es lediglich zu Hause aufbewahrt wird. Es muß aber unter Angabe des Orts und Tags eigenhändig ge- und unterschrieben sein. Der Name des Testators, also unter, nicht neben dem Datum oder der letzten Zeile stehen. Endlich müssen die Beteiligten (Eltern und Kinder) bedacht sein. Für Ihren Fall genügt ein solches Testament: Berlin, den 25. Februar 1901. Ich und meine Ehefrau legen als alleinige Erben ein: 1. Uns gegenseitig, 2. meinen, des Ehepartners, Vater und meine, der Ehefrau, Eltern. Der Vater und die Mutter sollen sich mit dem Pflichtteil begnügen; (folgt Ihre Unterschrift), sodann (von der Ehefrau eigenhändig ge- und unterschrieben): Dieses Testament soll auch als mein Testament gelten. Berlin, den 25. Februar 1901. Folgt Ihre Ehefrau Unterschrift. Beiprüfung für Testamente finden Sie in dem dem Arbeiterrecht angehängten Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch, S. 238, S. 239.**

Witterungsbericht vom 21. Februar 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hand um Wind- richtung	Witterung	Temp. u. G. u. F.	Stationen	Barometer hand um Wind- richtung	Witterung	Temp. u. G. u. F.
Schwabmünde	770	SB	1 heiter	Daplaranda	768	SW	-9
Hamburg	770	SB	- wolfig	Peiersburg	765	SW	-15
Berlin	770	SB	2 heftig	Fort	772	NO	1 heiter
Frankf. M.	770	NO	3 wolkenl.	Reichenberg	770	SW	2 wolfig
München	767	SO	3 heftig	Paris	768	NO	2 wolkenl.
Wien	768	SW	2 zäune	-	-	-	-

Weiter-Prognose für Freitag, den 22. Februar 1901. Zunehmende Bewölkung und Ernüchterung mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.